



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Was kommt nach dem Wachstum?
Vom Umgang mit Schrumpfung in ländlich-peripheren Gemeinden
am Beispiel von Osttirol“

verfasst von / submitted by

Petra Köck, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 857

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Master Raumforschung und Raumordnung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Hans Heinrich Blotevogel

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

Mag.^a Dr.^a Elisabeth Gruber

*„Das ewige Weiterentwickeln in allen Gebieten
gehört auch mal hinterfragt.“*

Mit diesem kontroversen Satz wurde im Sommer 2016, während eines einjährigen Verwaltungspraktikums beim Land Tirol im Bereich der EU-Regionalförderung, mein Interesse für das Thema geweckt. Schrumpfung – Raumordnung – Regionalentwicklung in Osttirol: rund um diese drei Aspekte dreht sich die vorliegende Masterarbeit und beschäftigt sich mit derzeitigen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, den Wahrnehmungen und Strategien in drei Osttiroler Gemeinden. Diese Prozesse betreffen jedoch nicht nur die drei untersuchten Gemeinden, sondern einen Großteil der ländlichen Gebiete in Österreich. Das verlangt förmlich nach einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Also keine Angst vor Schrumpfung – es lohnt sich!

Dass ich überhaupt so weit gekommen bin und nicht davor irgendwo in den Weiten zwischen Innsbruck, dem Defereggental und Wien verloren gegangen bin, verdanke ich vor allem meiner Familie, insbesondere meiner Mutter, welche mich nicht nur bei dieser Abschlussarbeit, sondern mein ganzes Studium hindurch immer unterstützt hat. Außerdem gilt größter Dank meinen beiden BetreuerInnen, Herrn Hans Blotevogel und Frau Elisabeth Gruber, die mich fachlich bestens begleitet haben und immer ein offenes Ohr für Fragen und Diskussionen hatten.

EIDESSTAATLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der den BegutachterInnen beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, im Februar 2018

INHALTSVERZEICHNIS

1 – SCHRUMPfung TROTZ WACHSTUM?	1
1.1 ÖSTERREICH WÄCHST – ABER NICHT ÜBERALL	1
1.2 ZIELE DER ARBEIT	2
1.3 AUFBAU DER ARBEIT	3
2 – THEORETISCH-KONZEPTIONELLER RAHMEN	5
2.1 SCHRUMPfung	5
2.1.1 Ursachen	7
2.1.1.1 Demographischer Wandel	7
2.1.1.2 Wirtschaftlicher Strukturwandel	12
2.1.2 Auswirkungen	16
2.1.3 Raumordnerische Strategien	22
2.2 DER LÄNDLICH-PERIPHERE RAUM	30
2.3 DAS RAUMORDNUNGSSYSTEM IN ÖSTERREICH	32
2.3.1 Überörtliche Raumordnung in Tirol	33
2.3.1 Örtliche Raumordnung in Tirol	34
2.3.1 Die Region in der Raumordnung	36
3 – FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODIK	43
3.1 FORSCHUNGSFRAGEN	43
3.2 METHODIK	44
4 – ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN FORSCHUNG	49
4.1. ZU DEN DREI UNTERSUCHTEN GEMEINDEN IN OSTTIROL	49
4.1.1 Historische Entwicklung des Defereggentals	57
4.1.2 Rezente Entwicklungen im Hinblick auf Schrumpfung	63
4.1.2.1 Demographische Veränderungen	63
4.1.2.2 Wirtschaftliche Veränderungen	67
4.2 WAHRNEHMUNG & STRATEGIEN DER AKTEURE	72
4.2.1 auf Gemeindeebene	72
4.2.1.1 St. Jakob in Deferegggen	72
4.2.1.2 St. Veit in Deferegggen	77
4.2.1.3 Hopfgarten in Deferegggen	82
4.2.2 auf regionaler Ebene	91
4.2.3 auf Landesebene	98
5 – DISKUSSION DER ERGEBNISSE	107
5.1 DAS TATSÄCHLICHE AUSMAß VON SCHRUMPfung	107
5.2 DIE WAHRNEHMUNG DER AKTEURE	109
5.3 STRATEGIEN IM UMGANG MIT SCHRUMPfung	111

6 - HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM UMGANG MIT SCHRUMPFUNG	119
6.1 MÖGLICHKEITEN AUF ÖRTLICHER EBENE	119
6.2 MÖGLICHKEITEN AUF REGIONALER EBENE.....	122
6.3 MÖGLICHKEITEN AUF ÜBERÖRTLICHER EBENE.....	123
6.4 MÖGLICHKEITEN ABSEITS DER DREI EBENEN	124
7 – WAS KOMMT NUN NACH DEM WACHSTUM?.....	127
8 – LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....	129
ONLINEQUELLEN	131
GESETZESQUELLEN	134
STATISTISCHE DATENGRUNDLAGEN.....	135
ANHANG	II
I IMPRESSIONEN.....	II
II INTERVIEWLEITFÄDEN	VI
II KURZFASSUNG/ABSTRACT.....	XIII

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1: BLICK INS DEFEREGGENTAL VON ST. VEIT I. D.	VII
ABBILDUNG 2: URSACHEN - VERLAUF - WIRKUNGEN VON SCHRUMPFUNG	6
ABBILDUNG 3: ALTERUNGSPROGNOSE FÜR ÖSTERREICH 2014-2030.....	11
ABBILDUNG 4: PROGNOTIZIERTE BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG IN ÖSTERREICH 2014-2030	12
ABBILDUNG 5: VERÄNDERUNG DES BESCHÄFTIGTENANTEILS IN DEN DREI ZENTRALEN WIRTSCHAFTSSEKTOREN IN ÖSTERREICH 1950-2015	13
ABBILDUNG 6: ENTWICKLUNGSSPIRALE BEI SCHRUMPFUNG	21
ABBILDUNG 7: DIE FÜNF KERNZIELE ÖSTERREICHS FÜR DIE REGIONALENTWICKLUNG	37
ABBILDUNG 8: SCHRUMPFUNGSINDIKATOREN AUF GEMEINDEEBENE IN OSTTIROL UNTERSUCHUNGSGEMEINDEN WERDEN IN GRÜN GEKENNZEICHNET	52
ABBILDUNG 9: DAS GEMEINDEGEBIET VON ST. JAKOB I. D.	54
ABBILDUNG 10: DAS ZENTRUM DER GEMEINDE ST. JAKOB IM DEFEREGGENTAL	54
ABBILDUNG 11: DAS GEMEINDEGEBIET VON ST. VEIT I. D.	55
ABBILDUNG 12: DAS ZENTRUM DER GEMEINDE ST. VEIT I. D. AM STEILHANG	55
ABBILDUNG 13: DAS GEMEINDEGEBIET VON HOPFGARTEN I. D.	56
ABBILDUNG 14: DAS GEMEINDEZENTRUM VON HOPFGARTEN I. D. AUS DER FERNE	56
ABBILDUNG 15: DIE ABSOLUTEN NÄCHTIGUNGSZAHLEN (IN 1.000) ZWISCHEN 1980 UND 2016 IM DEFEREGGENTAL	61
ABBILDUNG 16: ERWERBSSTRUKTUR DER BEVÖLKERUNG IM DEFEREGGENTAL 2015	62
ABBILDUNG 17: ABSOLUTE UND RELATIVE VERÄNDERUNG DER BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR IN DEN DREI GEMEINDEN VON 1991 BIS 2016	64
ABBILDUNG 18: BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG DER DEFEREGGER GEMEINDEN VON 1991 BIS 2016 IN ABSOLUTEN ZAHLEN	66
ABBILDUNG 19: DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITSBEVÖLKERUNG IN RELATIVEN ZAHLEN VON 1991 BIS 2015	67
ABBILDUNG 20: DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITSBEVÖLKERUNG IN ABSOLUTEN ZAHLEN VON 1991 BIS 2015	68
ABBILDUNG 21: VERÄNDERUNGEN DES AUSPENDLERINNENANTEILS (DUNKLER FARBTON) IM VERGLEICH ZU DEN BESCHÄFTIGTEN AM WOHNORT (HELLER FARBTON)	70
ABBILDUNG 22: DIE BEBAUUNG AUF DEN STEILHÄNGEN UND IM TALBODEN IN DEN DREI GEMEINDEN	II
ABBILDUNG 23: LEERSTÄNDE UND FREIE BAUGRÜNDE IN DEN DREI GEMEINDEN (OBEN: DER UNBEWOHNTE GEMEINDETEIL GASSEN VON ST. VEIT I.D. UND DIE DAFÜR NEU ERRICHTETE STRABE) (.....	III
ABBILDUNG 24: DER SANIERTE VORPLATZ MIT DEM REIMMICHLBRUNNEN IN ST. VEIT I.D. (OBEN), DAS NEU ERRICHTET KULTURHAUS MIT CAFÉ UND INFORMATIONSTELLE FÜR DEN NATIONALPARK (MITTE) UND DAS HOTEL ZEDERNKLING (UNTEN) IN HOPFGARTEN I.D.....	IV

TABELLENVERZEICHNIS

TABELLE 1: DIE ANTEILE DES ABGESTUFTEN BEVÖLKERUNGSSCHLÜSSELS IM ÜBERBLICK	19
TABELLE 2: RAUMTYPOLOGISIERUNG DER OECD	30
TABELLE 3: AUSGEWÄHLTE MERKMALE UND INDIKATOREN FÜR DIE STRUKTURDATENANALYSE ..	45
TABELLE 4: AUSGEWÄHLTE INTERVIEWPARTNER	46
TABELLE 5: DEMOGRAPHISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE SCHRUMPFUNGSINDIKATOREN ANGEWENDET AUF DIE GEMEINDEN IN OSTTIROL	50
TABELLE 6: SYSTEMATISIERUNG DER STRATEGIEN DER UNTERSCHIEDLICHEN EBENEN	115

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

CLLD	community-led local development
BVG	Bundesverfassungsgesetz
EFRE	Europäische Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMFF	Europäischer Meeres- und Fischereifonds
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESI-Fonds	Europäische Struktur- und Investitionsfonds
ETZ	Europäische Territoriale Zusammenarbeit
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FDT	First Demographic Transition – Erster demographischer Übergang
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
Hopfgarten i. D.	Hopfgarten in Deferegggen
IWB	Investitionen in Wachstum und Beschäftigung
KF	Kohäsionsfonds
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖREK	Österreichisches Raumentwicklungskonzept
ÖROK	Österreichische Raumordnungskonferenz
RMO	Regionsmanagement Osttirol
SDT	Second Demographic Transition – Zweiter demographischer Übergang
St. Jakob i. D.	St. Jakob in Deferegggen
St. Veit i. D.	St. Veit in Deferegggen
TROG 2016	Tiroler Raumordnungsgesetz 2016
VVT	Verkehrsverbund Tirol



*Abbildung 1: Blick ins Defereggental von St. Veit i. D.
(Eigene Aufnahme, 2017)*

I – SCHRUMPFUNG TROTZ WACHSTUM?

1.1 Österreich wächst – aber nicht überall

Seit 2000 ist die Bevölkerung in Österreich um rund neun Prozent von 8.011.566 auf 8.739.806 EinwohnerInnen (Stand: Jahr 2016) angestiegen. In statistischen Prognosen wird von einem neuerlichen Anstieg bis zu knapp unter 9.500.000 EinwohnerInnen bis 2030 ausgegangen. Doch dieses Wachstum betrifft nicht alle Räume in Österreich gleichermaßen. Beim Blick auf die einzelnen Gemeinden wird deutlich, dass das prognostizierte Wachstum nur in bestimmten Teilräumen eintreten wird. Dies sind größtenteils städtische und suburbane Gebiete, welche seit Jahren im Wachsen begriffen sind. Demgegenüber ist in ländlich-peripheren Gebieten ein verstärkter Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Ein Rückgang der Bevölkerung wirft für die Raumordnung und Regionalentwicklung vergleichsweise neue Fragen auf: Wie wird auf stagnierende bzw. sinkende Bevölkerungszahlen reagiert? Welche Strategien werden verfolgt, wenn das Erreichen der kritischen Masse für die Daseinsvorsorge erschwert wird, wenn die finanziellen Mittel weniger werden oder sich die wirtschaftlichen Gegebenheiten verändern?

Aus wissenschaftlicher Sicht ist die Raumordnung gefragt, Konzepte, Strategien und Maßnahmen auch für schrumpfende Teilräume zu entwerfen. Jedoch ist das Operieren mit einer rückläufigen Bevölkerung in der Raumordnung eine relative Neuheit. Das vermeintliche Paradigma *Planung für Wachstum* ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der wirtschaftlichen Veränderungsprozessen nicht mehr allorts zielführend und von der Wissenschaft bereits seit Jahren umstritten. (SOUSA und PINHO 2015, WIECHMANN 2015, WEBER 2008) Dieser Kritik folgeleistend, widmet sich diese Arbeit dem Thema *Schrumpfung* und wie die unterschiedlichen Akteure in der Raumordnungspraxis damit umgehen. Hier sei gleich eingangs angemerkt, dass beziehungsweise auf ländlich-periphere Gebiete neben den klassischen Ebenen der örtlichen und überörtlichen Raumordnung auch immer die Regionalentwicklung mitzudenken ist, da diese in den letzten Jahrzehnten zentrale Aufgaben für eine langfristige Entwicklung in diesen Teilräumen übernommen hat (WEBER 2005).

Die vorliegende Arbeit ist entlang der folgenden vier Forschungsfragen aufgebaut, welche gleichzeitig einen Rahmen die Gliederung der Arbeit vorgeben:

1. *Inwieweit sind wirtschaftliche und demographische Veränderungen in den drei untersuchten Gemeinden feststellbar, welche auf Schrumpfung hinweisen?*
2. *Wie werden diese Veränderungen von den relevanten Akteuren der unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen?*
3. *Welche Strategien verfolgen ebendiese Akteure der unterschiedlichen Ebenen im Umgang mit Schrumpfungsprozessen und wie lassen sich diese hinsichtlich einer „Wachstumsbefangenheit“ einordnen?*
4. *Welche Handlungsempfehlungen lassen sich durch die vorangegangene Analyse ableiten, um den Umgang mit demographischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen zu steuern?*

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird am Fallbeispiel von drei ausgewählten Gemeinden im Bezirk Osttirol des österreichischen Bundeslandes Tirols gezeigt, welche wirtschaftlichen und demographischen Veränderungsprozesse in diesen Teilräumen auftreten und mit welchen Strategien die jeweiligen raumordnungsrelevanten AkteurInnen auf lokaler, regionaler und Landesebene reagieren. Die verfolgten Strategien der unterschiedlichen Ebenen werden einander gegenübergestellt und hinsichtlich der theoretisch-konzeptionellen Überlegungen verglichen. Vor allem im Hinblick auf die eigentlichen Aufgaben der AkteurInnen gilt es deren Strategien kritisch zu hinterfragen und zu bewerten. Abschließend werden, aufbauend auf der vorangegangenen Analyse, Handlungsempfehlungen abgeleitet um den Umgang mit Veränderungsprozessen neu zu gestalten und mögliche potenzielle Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

1.2 Ziele der Arbeit

Das Ziel dieser Arbeit besteht zum einen darin, ein tiefergehendes Verständnis für die Schrumpfungsthematik für ländlich-periphere Gebiete zu gewinnen. Aufgrund der derzeitigen Bevölkerungsprognosen ist es unabdingbar, diese komplexen Verbindungen besser zu

verstehen und die gegenwärtigen Strategien innerhalb der Raumordnung und der Regionalentwicklung in diesem Kontext aufzuarbeiten.

Zum anderen bietet eine Analyse des Mehrebenensystems die Möglichkeit, potentielle Diskrepanzen und Gemeinsamkeiten offenzulegen und zu diskutieren. Divergierende und potentiell konflikträchtige Strategien sollen deshalb aufgezeigt werden.

Die Auseinandersetzung mit der Wachstumskritik innerhalb der Disziplin stellt daher nicht nur den theoretischen Rahmen, sondern birgt vor allem die Möglichkeit diesen Rahmen um empirische Erfahrungen zu ergänzen. Dadurch sollen auch die theoretischen Überlegungen kritisch hinterfragt werden.

1.3 Aufbau der Arbeit

Aufbauend auf der Problemstellung gliedert sich die Arbeit in vier zentrale Kapitel. Nachdem in *Kapitel 1* bereits die Problemstellung und die Ziele der Arbeit vorgestellt wurden, wird in *Kapitel 2* der theoretisch-konzeptionelle Rahmen erläutert, welcher die Grundlage für den weiteren Verlauf bildet. Dabei wird näher auf Schrumpfung, insbesondere auf die Definition des Begriffs, die Ursachen, die Auswirkungen und derzeitigen Strategien eingegangen. Anschließend wird der Begriff *ländlich-peripherer Raum* näher erklärt und auf das Raumordnungssystem in Österreich genauer eingegangen. Durch diese theoretische Aufarbeitung des Themas lassen sich im weiteren Schritt die zentrale Fragestellung und die Methodik für den empirischen Teil der Arbeit ableiten. Demzufolge wird im *Kapitel 3* das Forschungsdesign besprochen. Dabei werden zunächst die zentralen Forschungsfragen erörtert und die methodische Vorgehensweise für die quantitativen und qualitativen Erhebungen vorgestellt. Im darauffolgenden *Kapitel 4* steht vor allem der empirische Teil der Arbeit im Fokus. Hierbei wird zuerst das Untersuchungsgebiet näher beschrieben und im Anschluss die zentralen quantitativen und qualitativen Ergebnisse der empirischen Erhebungen vorgestellt. Im anschließenden *Kapitel 5* werden die Ergebnisse hinsichtlich der Forschungsfragen beantwortet und im Hinblick auf den theoretisch-konzeptionellen Rahmens besprochen. Bevor mit dem Fazit in *Kapitel 7* geschlossen wird, werden im *Kapitel 6* Handlungsempfehlungen für die jeweiligen Ebenen aufgezeigt.

2 – THEORETISCH-KONZEPTIONELLER RAHMEN

Bevor näher auf das konkrete Fallbeispiel eingegangen wird, werden im folgenden Kapitel die zentralen Theorien und Konzepte, auf welchen diese Arbeit aufbaut, näher vorgestellt. Eingangs wird das Konzept Schrumpfung samt den Ursachen, den Auswirkungen und den bislang bekannten Strategien vorgestellt. Darauf aufbauend und zur Eingrenzung des Forschungsbereiches wird kurz auf den ländlich-peripheren Raum als räumliche Kategorie eingegangen. Abschließend ist es unabdingbar, Raumordnung in Österreich mitsamt den unterschiedlichen Ebenen näher zu erläutern.

2.1 Schrumpfung

Den Ursprung hat der Begriff im mittelhochdeutschen Wort „schrumpfen“ bzw. „rümpfen“, „einschrumpfen“ und beschreibt einen Prozess des Zusammenziehens. (vgl. DUDEN 2018) In den Raumwissenschaften wird *Schrumpfung* als ein mehrdimensionaler Prozess begriffen, wobei zentrale Merkmale eine langfristige rückläufige Entwicklung fördern. GANS (2005:1004ff.) bezieht sich bei der Definition auf quantitative Merkmale, welche als die zentralen Kennzeichen von Schrumpfung gesehen werden und auch für die Klassifizierung von Schrumpfungsregionen herangezogen werden:

- Demographische Kennzahlen
- Wohnungs- und Arbeitsmarktdaten
- Kennzahlen zu Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen

Dabei wird jedoch nicht näher auf die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Merkmalen eingegangen. WIRTH und BOSE (2007) liefern eine feingliedrige Betrachtung (Abbildung 2) der dahinterliegenden Prozesse, umso besser zwischen Ursachen, Verlauf und Wirkungen, in denen das Phänomen Schrumpfung sichtbar wird, differenzieren zu können. Grundsätzlich wird dabei zwischen Ursachen, Verlauf und Wirkungen unterschieden. Die genannten Ursachen sind eine rückgängige Wirtschaft und/oder ein Geburtendefizit, was über längere Zeit zu einer Überalterung der Bevölkerung, sozialer Erosion und/oder einem Bevölkerungsrückgang führen kann. Langfristig wirkt sich die Schrumpfung auf die infrastrukturellen Einrichtungen aus, es kann zu einem Wohnungsleerstand kommen, Siedlungen verfallen, die öffentliche Wahrnehmung wird zusehends negativ und die Finanzen der Gemeinden werden knapper.



Abbildung 2: Ursachen - Verlauf - Wirkungen von Schrumpfung
(Eigene Darstellung, Quelle: WIRTH und BOSE 2007:6)

Diese beschriebenen Entwicklungen rund um das Phänomen werden von DOEHLER-BEHZDAI (2005) zusammengefasst und der Begriff *Schrumpfung* wie folgt definiert:

„Im Kern werden mit Schrumpfung demografische und räumliche Phänomene beschrieben, wobei insbesondere der Bevölkerungsrückgang und räumliche wie funktionale Ausdünnungen im Zentrum stehen.“
(ebd.:72)

Die *funktionale Ausdünnung* beschreibt einen Transformationsprozess von quantitativen und/oder qualitativen Merkmalen, welcher durch einen Wandel der Funktionen in schrumpfenden Gebieten *Entdichtungs- und Entmischungsprozesse* vorantreiben. Beispielsweise kann es durch eine zunehmende Überalterung in einer Gemeinde zu einer Entmischung der Wohnbevölkerung kommen. Ein weiteres Beispiel wäre der Wandel von einer landwirtschaftlich dominierten ländlichen Gemeinde hin zu einer AuspendlerInnen-Gemeinde aufgrund der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft und fehlenden anderen Betrieben in der Wohngemeinde.

Nach der Klärung, welche Transformationsprozesse mit Schrumpfung verbunden werden, ist es noch notwendig die Definition um zwei Komponenten zu ergänzen: *temporal* und *kumulativ*. GIFFINGER et al. (2008a) halten fest, dass Schrumpfung ein „kumulativer Prozess von einander gegenseitig beeinflussenden rückläufigen Entwicklungen in mehreren Dimensionen[...]“ (ebd.:11) ist. Diese rückläufigen Entwicklungen treten jedoch nicht kurzzeitig auf, sondern können über einen längeren Zeitraum nachgewiesen werden. Folglich ist es nicht ausreichend, die derzeitige Ist-Situation zu betrachten, sondern es müssen auch die bisherigen Entwicklungen erfasst werden. (vgl.: ebd.) Dadurch wird verhindert, dass mögliche kurzfristige Umstrukturierungsprozesse und damit verbundene rückläufige Entwicklungen mit langfristiger Schrumpfung verwechselt werden. Beispielsweise sind kurzzeitige

rückläufige Prozesse bei den Bevölkerungszahlen in einem Gebiet kein Grund, um bereits von Schrumpfung sprechen zu können. Hält dieser Trend der demographischen Entwicklung jedoch an und kommen dazu noch weitere rückläufige Entwicklungen wie der Rückgang von Arbeitsplätzen oder die Schließung von Versorgungseinrichtungen, kommt es zu einer Überlagerung von mehreren Merkmalen, welche einen schrumpfenden Transformationsprozess beschreiben.

Ausgehend von diesen unterschiedlichen Ansätzen wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff Schrumpfung als *ein qualitativer und quantitativer rückläufiger Transformationsprozess gesehen, der über einen längeren Zeitraum in einer bestimmten räumlichen Einheit vorkommt, wobei die demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen als die zentralen Merkmale für Schrumpfung angesehen werden.*

Welche Merkmale dabei zentral sind und ob es eine Gewichtung bestimmter Merkmale gibt, ist bislang jedoch nicht klar. WEBER (2012) zeigt, dass es aufgrund unterschiedlicher Ansätze bei der Untersuchung von Schrumpfung auch divergierende Definitionen und Ursache-Wirkung – Zusammenhänge geben kann. Jedoch werden zwei zentrale Merkmale genannt, welche „die Rolle des kleinsten gemeinsamen Nenner zur empirischen Definition“ (ebd.:15) einnehmen: die rückläufige *demographische* Entwicklung einerseits und die rückläufige *wirtschaftliche* Entwicklung andererseits.

2.1.1 URSACHEN

Nachdem veranschaulicht wurde, wie Schrumpfung definiert werden kann, wird im Folgenden auf die Ursachen von Schrumpfung eingegangen. Hierbei ist es vorerst notwendig zu klären, wie die bereits genannten zentralen Treiber von Schrumpfung – rückläufige demographische und wirtschaftliche Entwicklungen – zu Schrumpfungsprozessen beitragen. In den folgenden Abschnitten wird auf diese beiden zentralen Treiber eingegangen.

2.1.1.1 Demographischer Wandel

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklungen, sind zwei wesentliche Prozesse zu nennen, welche die derzeitigen demographischen Veränderungsprozesse vorantreiben. Zum einen ist dies die geringe Fertilitätsrate, also der Rückgang von Geburten, welcher langfristig zu einer *Alterung* der Gesellschaft beiträgt. Zum anderen ist die anhaltende *Migration* zu nennen, welche dazu führt, dass die österreichische Gesamtbevölkerung trotz geringer Fertilität weiterhin wachsen wird.

Die derzeitigen, anhaltenden demographischen Entwicklungen führen dazu, dass es in Österreich zu einer Alterung der Bevölkerung kommen wird. Zwar wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung in Österreich auch in den nächsten Jahren stetig weiter wachsen wird, jedoch wird sich, aufgrund der derzeitigen niedrigen Geburtenrate und der längeren Lebensdauer, die Altersstruktur langfristig verändern. Von 1990 bis 2016 ist es im gesamten Staatsgebiet zu einem kontinuierlichen Rückgang der 0 bis 15-Jährigen von 17,5 Prozent auf 14,3 Prozent gekommen, wohingegen gleichzeitig der Anteil der Gruppe *65 Jahre und älter* von 14,9 auf 17,5 Prozent angestiegen ist. (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2018a)

Der anhaltende Geburtenrückgang wird von LESTHAEGHE (2014) als *Second Demographic Transition* (Zweiter demographischer Übergang, kurz: SDT) beschrieben. Um diesen Prozess nachvollziehen zu können, ist es jedoch notwendig, zuerst kurz auf den *First Demographic Transition* (kurz: FDT) einzugehen. Dieses Modells, welches auf Beobachtungen in Europa, in Nordamerika und Australien beruht, „[...] dient zur idealtypischen Beschreibung der in den westlichen Industrieländern im zeitlichen Verlauf festgestellten Veränderungen von Mortalität und Fertilität.“ (BÄHR 2004:221) Dabei wurde festgestellt, dass es zu einem langfristigen Rückgang der Sterberate und der Geburtenrate in den untersuchten Ländern gekommen ist. Nach Abschluss des ersten demographischen Übergangs werden wesentliche Verschiebungen in der Altersstruktur deutlich. Zum einen kommt es zu einer Alterung der Gesamtgesellschaft aufgrund der niedrigen Geburtenzahlen bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung. Des Weiteren nimmt der Anteil der weiblichen Bevölkerung zu, was auf die unterschiedliche Sterblichkeit der Geschlechter zurückgeführt wird. (vgl. ebd.:219ff.) Langfristig führte dies nun zu einer niedrigeren und sich kaum noch verändernden Bevölkerungszahl, wobei LESTHAEGHE und VAN DE KAA (1986) beobachteten, dass in postindustriellen Gesellschaften in Europa die Fertilität auf ein Niveau unter dem Bestandserhalt ($< 2,1$ Kinder pro Frau) fiel. In diesen Gesellschaften ist der Erhalt der Bevölkerungszahlen durch ein natürliches Bevölkerungswachstum nicht mehr möglich und es kann langfristig zu einer Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung kommen. Als mögliche Ursachen für den Rückgang der Fertilität unter das Bestanderhaltungsniveau werden soziale Prozesse gesehen, wie ein steigendes Erstheiratsalter, eine geringere Zahl an Eheschließungen und ein höheres Erstgeburtenalter. Dahinter stehen vor allem gesellschaftliche Veränderungen im Rollenbild von Frauen wie eine höhere individuelle Autonomie, eine höhere Bildungsrate bei Frauen und dadurch auch eine zunehmende ökonomische Unabhängigkeit der Frauen. Daneben werden noch die Gleichstellung von

Frauen und Männern genannt, eine flexiblere Lebensorganisation und heterogene Lebensstile. All diese Entwicklungen werden als Treiber für die demographischen Veränderungen gesehen. (vgl. LESTHAEGHE 2014, SCHIPFER 2015:13) Die Kombination aus einem Geburtenrückgang unter das Bestanderhaltungsniveau und einer steigenden Lebenserwartung führt somit, langfristig betrachtet, zu einer *Alterung* der Gesamtgesellschaft. Auch für Österreich ist ein Rückgang der Fertilität unter das Bestanderhaltungsniveau feststellbar. Seit den 1970-er Jahren liegt die Fertilitätsrate unter 2,1 Kinder pro Frau, wobei vor allem seit den 1980er-Jahren Frauen in Österreich durchschnittlich 1,4 bis 1,5 Kinder bekommen. (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2018b) Doch wie ist es nun möglich, dass Österreich, wie eingangs beschrieben, weiterhin wächst?

Neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist *Migration* maßgeblich für die demographische Entwicklung. Das Wachstum der Bevölkerungszahl in Österreich ist nicht durch Fertilität zu erklären, sondern im Wesentlichen auf die Zuwanderung von Personen aus dem Ausland zurückzuführen. Die Ursachen und Auswirkungen internationaler Migrationen können dabei sehr unterschiedlich sein. (vgl. BÄHR 2004)

Im Fall Österreichs ist vor allem für die letzten Jahrzehnte (seit den 1960er Jahren) die verstärkte Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen, AsylwerberInnen und Vertriebenen zu nennen. (vgl. DEMOKRATIEZENTRUM 2018) So wurden in den 1960er und 70er Jahren überwiegend *GastarbeiterInnen* aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei aktiv angeworben, um in Österreich zu arbeiten. Seit den 1980er Jahren sind auch ArbeitsmigrantInnen aus Mittel- und Osteuropa aber auch aus anderen Regionen der Welt nach Österreich gezogen. Zusätzlich kamen aufgrund von Krieg und Verfolgung Personen aus Kroatien als auch Bosnien und Herzegowina in den 1990er Jahren und geflüchtete Personen überwiegend aus syrischen Kriegsgebieten und Afghanistan im Jahr 2015 nach Österreich. (vgl. ebd.) Dass Migration eine wesentliche Rolle bei der Bevölkerungsentwicklung in Österreich spielt, haben FASSMANN und MARIK-LEBECK (2015) im Rahmen einer Studie zu *Replacement Migration* gezeigt. Dabei wurde berechnet, dass ohne Migration die Bevölkerung in Österreich bis 2050 um rund 770.000 Personen abnehmen würde. Die derzeitige Bevölkerungsstruktur in Österreich könne hingegen lediglich durch einen Zuzug von mindestens 159.000 Personen pro Jahr erhalten werden. Migration übernimmt demnach eine zentrale Rolle in Gesellschaften, wo die natürliche Bevölkerungsentwicklung negativ ist. Trotz der niedrigen Fertilität wird für Österreich ein Bevölkerungswachstum zwischen den

Jahren 2014 und 2030 prognostiziert, wobei davon ausgegangen wird, dass insgesamt 706.000 Personen mehr in Österreich leben werden – 94,5 Prozent davon aufgrund von Zuwanderung.

Die demographischen Entwicklungen sind dabei räumlich nicht gleich verteilt. So findet Zuzug überwiegend in städtischen und stadtnahen Gebieten statt (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2018c). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Wie die Abbildung (3) verdeutlicht, wird in fast allen Regionen, bis auf drei Bezirke in Wien, zwar der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren zunehmen, jedoch mit unterschiedlicher Intensität. So tritt das Phänomen der Alterung in städtischen und suburbanen Räumen weniger stark auf als in ländlichen Gebieten. Für den in der vorliegenden Arbeit untersuchten Bezirk Osttirol wird angenommen, dass bis 2030 der Anteil der Personen über 65 Jahre um mehr als 7,5 Prozentpunkte zunehmen wird, was deutlich über dem österreichweiten Durchschnitt von einer Steigerung von 4,9 Prozentpunkten liegt. Dies hat zur Folge, dass sich ein Großteil des Bevölkerungswachstums auf urbane und suburbane Gebiete beschränkt. Für die Bevölkerungsentwicklung in Österreich zeigt sich, dass vor allem in Städten, im nördlichen Zentralraum und in stadtnahen Gebieten mit einer zunehmenden Bevölkerung gerechnet werden kann. In anderen Gebieten, wie den südlichen Bundesländern und den ländlichen Regionen, wird mit einer Abnahme der Bevölkerung um bis zu mehr als zehn Prozent bis 2030 gerechnet. Für den Bezirk Osttirol wird, anders als die restlichen Bezirke in Tirol, mit einem Rückgang der Bevölkerung von bis zu fünf Prozent gerechnet (siehe Abbildung 4).

Die beschriebene Entwicklung, dass Bevölkerungswachstum in Städten und stadtnahen Gebieten und der Bevölkerungsrückgang in ländlich, zentrumsfernen Gebieten auftreten, ist jedoch kein österreichisches Spezifikum, sondern ist in allen europäischen Industriestaaten erkennbar (vgl. HAHNE 2009:1) und auch global zeichnet sich dieser Trend ab. Bereits 2014 lebten knapp 55 Prozent der Weltbevölkerung in urbanen Räumen. Es wird davon ausgegangen, dass bis 2050 der Anteil auf bis zu 66 Prozent ansteigen wird (vgl. United Nations 2014).

Zusammengefasst lässt sich zeigen, dass zwei zentrale Prozesse – *niedrige Fertilität* und *Migration* – als die beiden wesentlichen Treiber für die derzeitigen demographischen Veränderungsprozesse in Österreich zu nennen sind. Die niedrigere Fertilität in Verbindung mit einer längeren Lebenserwartung führt zu einer zunehmenden Alterung der Gesamtgesellschaft. Lediglich durch Zuwanderung ist in Österreich derzeit von einem Bevölkerungswachstum auszugehen. Diese Prozesse sind jedoch räumlich ungleichmäßig verteilt und so bilden sich Gebiete ab, welche, demographisch betrachtet, wachsen werden und Gebiete, welche bereits oder in naher Zukunft einem Bevölkerungsrückgang gegenüberstehen.

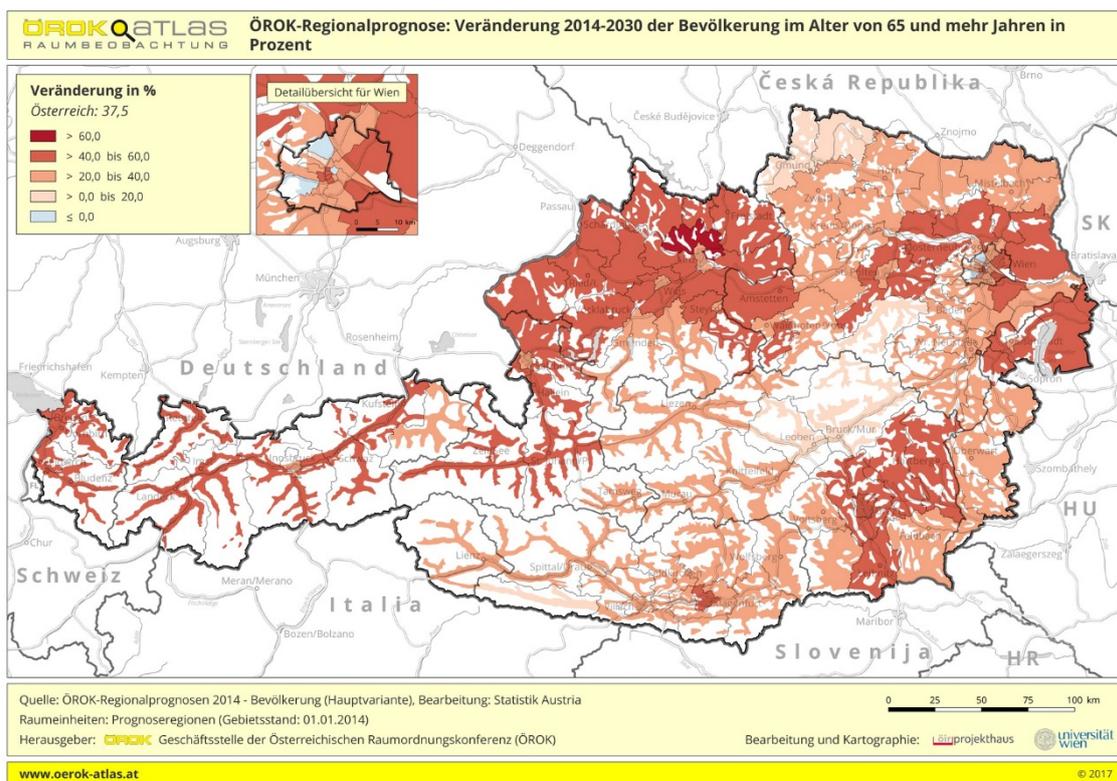


Abbildung 3: Alterungsprognose für Österreich 2014-2030
(Quelle: ÖROK 2018)

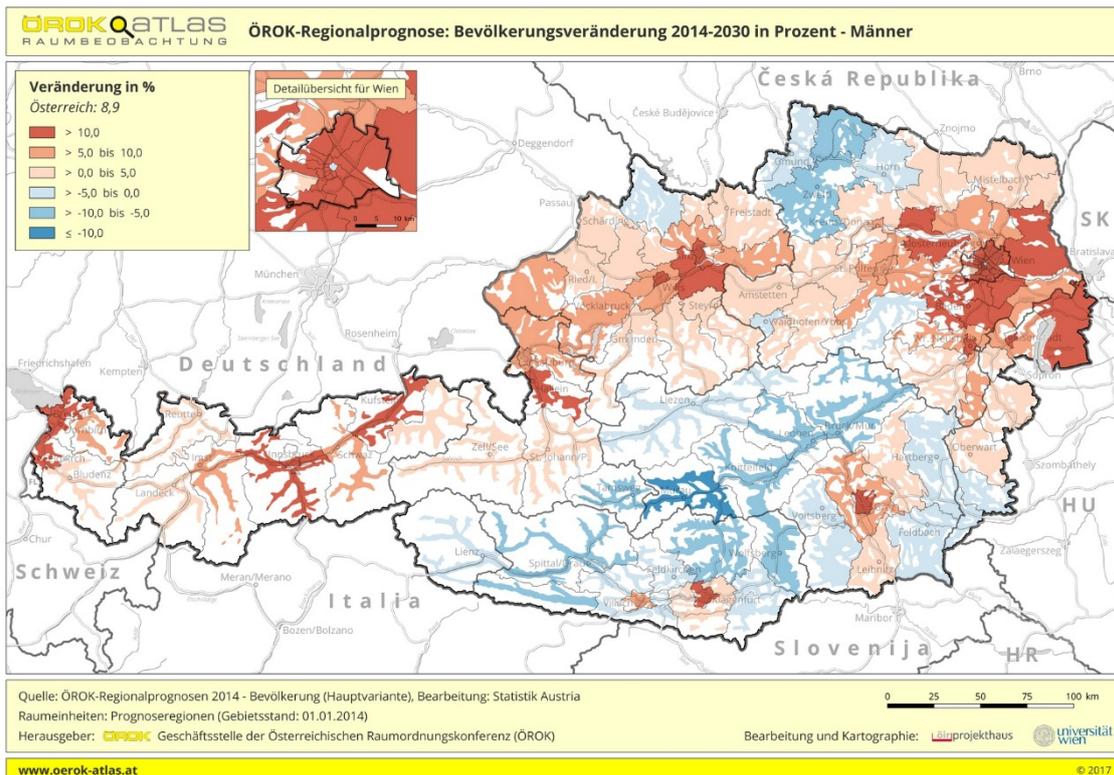


Abbildung 4: Prognostizierte Bevölkerungsveränderung in Österreich 2014-2030
(Quelle: ÖROK 2018)

Die genannten demographischen Faktoren sind dabei unmittelbar mit wirtschaftlichen Entwicklungen als zentral für Schrumpfungsprozesse angenommen. Strukturschwache Regionen werden dabei, wie bei der Definition der ÖROK festgestellt, häufig mit Schrumpfung in ländlich-peripheren Gebieten in Verbindung gebracht. Das nächste Kapitel widmet sich diesen wirtschaftlichen Aspekten, indem zu Beginn der Strukturwandel im Allgemeinen und im Speziellen jene Entwicklungen, welche die untersuchten Gemeinden charakterisieren, näher betrachtet werden.

2.1.1.2 Wirtschaftlicher Strukturwandel

Allgemein beschreibt der wirtschaftliche Strukturwandel einen permanenten Prozess der Verlagerung von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Tätigkeiten von einem (ehemals) dominierenden Wirtschaftssektor zu einem neuen, aufstrebenden Sektor. Historisch betrachtet lässt sich eine Verlagerung vom primären, agrarisch geprägten Sektor über den sekundären, industriell-produzierenden Sektor hin zum tertiären, auf Dienstleistungen spezialisierten Sektor, feststellen. Mit der zunehmenden Digitalisierung und der IKT-Industrie ist mittlerweile eine Verlagerung in den quartären Sektor in Europa feststellbar. (vgl. GABLER 2018)

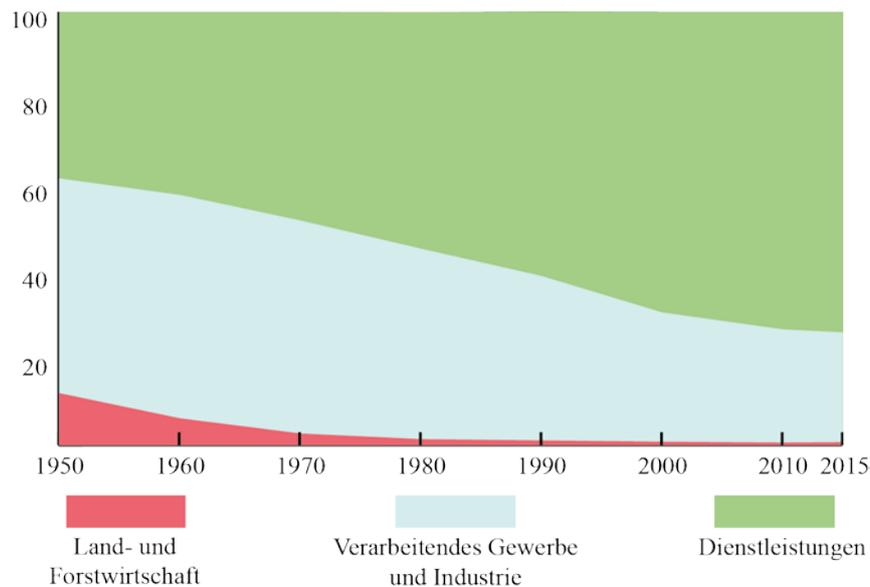


Abbildung 5: Veränderung des Beschäftigtenanteils in den drei zentralen Wirtschaftssektoren in Österreich 1950-2015 (Eigene Darstellung, Datenquelle: STATCUBE 2018)

Da in der vorliegenden Arbeit die Veränderungen in einer stark agrarisch geprägten und heute touristisch genutzten Region betrachtet werden, wird hier explizit auf die Veränderungen dieser Wirtschaftsbereiche eingegangen. Andere Entwicklungen werden dabei nicht besprochen.

Wie in Abbildung (5) dargestellt wird, ist ein kontinuierlicher Rückgang der Beschäftigten im land- und forstwirtschaftlichen Sektor zwischen 1950 und 2015 in Österreich feststellbar. Relativ betrachtet ist der Anteil der Beschäftigten im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) seit 1950 bis 2015 in Österreich von 12 Prozent (236.000 Beschäftigte) auf 0,7 Prozent (23.000 Beschäftigte) zurückgegangen. Im Vergleich dazu ist der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor im gleichen Zeitraum von 38,5 Prozent auf 74,0 Prozent angestiegen. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Zuwachs um 1.791.000 beschäftigten Personen von 760.000 Beschäftigten auf 2.551.000 Beschäftigten im tertiären Sektor.

Bei Gebieten, in denen dieser Wandel nicht stattfindet oder stattgefunden hat, wird von strukturschwachen Gebieten gesprochen (siehe weiter oben: DEFINITION ÖROK). Da die wirtschaftliche Entwicklung eng mit den historischen Voraussetzungen und der Ausstattung der Gebiete zusammenhängt und dadurch auch die Entwicklungen im ländlichen Raum sehr unterschiedlich verlaufen können (vgl. HENKEL 2004), werden im Weiteren jene Prozesse und speziellen Bedingungen, welche im Untersuchungsgebiet vorrangig sind, erläutert. Dies sind

einerseits die Veränderung der Landwirtschaft und andererseits die zunehmende Tourismuswirtschaft.

Von der Landwirtschaft zum Tourismus

Um Entwicklungen im ländlichen Raum besser zu verstehen, ist es notwendig, die Veränderung der Landwirtschaft genauer zu betrachten, da diese Veränderungsprozesse „[...] einen Hauptschlüssel zum Verständnis des ländlichen Raumes der Moderne [bieten]“ (ebd.:103). Diese Entwicklungen beruhen auf dem Strukturwandel von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft, wobei auch hier wieder eine räumliche Ungleichverteilung festzustellen ist. So merkt HENKEL an, dass sich Dienstleistungssektoren meist in Verdichtungsgebieten und stadtnahen Gebieten ansiedeln, „[...] sodass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weitgehend zuungunsten des ländlichen Raumes verlief“ (ebd.:101). Dies bedeutet, dass es zu einer räumlichen Verlagerung der Arbeitsplätze von den ländlichen Räumen hin zu städtischen und urbanen Gebieten gekommen ist.

Betrachtet man nun die land- und forstwirtschaftliche Entwicklung in Österreich, wird ein solcher Strukturwandel deutlich. So hat die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Österreich von 1980 bis 2010 von insgesamt 303.000 auf 173.000 abgenommen. Doch auch bei den Betriebsarten ist ein Wandel feststellbar. Waren es 1980 noch rund 133.000 Haupterwerbsbetriebe (43 Prozent der Betriebe), sind es im Jahr 2010 noch knapp 67.000 Haupterwerbsbetriebe (38 Prozent der Betriebe). Im Nebenerwerb sank die Betriebszahl ebenfalls um mehr als die Hälfte von 165.000 (54 Prozent) auf 94.000 (54 Prozent) Nebenerwerbsbetriebe. Für das Bundesland Tirol liegt im Jahr 2010 der Anteil von Haupterwerbsbetriebe unter dem österreichweiten Durchschnitt bei 28,5 Prozent (4.600 Vollerwerbsbetriebe). Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe hingegen liegt über dem Bundesdurchschnitt bei 58,3 Prozent (9.500 Nebenerwerbsbetriebe). (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2018d) Mit der Zunahme der Nebenerwerbsbetriebe ist es notwendig ein weiteres Einkommen zu schaffen. Oftmals finden Nebenerwerbsbauern/-bäuerinnen ihre Haupterwerbsmöglichkeiten jedoch nicht mehr in der Forstwirtschaft oder dem traditionellen Handwerk, sondern verstärkt in Dienstleistungs- und Industriebetrieben. Diese befinden sich jedoch, wie bereits angesprochen, in den Zentralräumen. (vgl. HENKEL 2004:126)

Neben der Veränderung der Landwirtschaft hat, vor allem im alpinen Raum, der Tourismus seit dem Ende des 20. Weltkriegs eine wichtige wirtschaftliche Rolle übernommen und bot teilweise neue Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten. Im 18. Jahrhundert auf

Bergbauernhöfe beginnend entwickelte sich der Tourismus nach dem Ende des 2. Weltkriegs fast flächendeckend in für die Landwirtschaft ungünstigen Lagen (z.B. Alpenraum) und von der Industrie zunehmend vernachlässigten Regionen (z.B. Waldviertel). (vgl. ebd. 208f.)

Für den Alpenraum unterscheidet BÄTZING (2009:6) zwei Formen von Tourismusorten, wobei auch dafür die historischen Gegebenheiten die Grundlage liefern. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der zwei Typen von alpinen Tourismusorten liegt, darin, ob vor der touristischen Entwicklung bereits eine bäuerlich geprägte Dauersiedlung vorhanden war oder nicht. Dem ersten Typus entsprechen Tourismusorte in Tirol bzw. in Westösterreich. Diese sind überwiegend aus bäuerlich geprägten Dauersiedlungen entstanden. In Italien oder der Schweiz hingegen sind diese Räume durch große Zweitwohnungskomplexe überprägt worden und die ehemals landwirtschaftliche Prägung ist weniger deutlich. Im Kontrast dazu stehen Tourismusorte, welche in Gebieten angelegt wurden, wo die bäuerliche Nutzung bereits stark zurückgegangen ist bzw. nicht mehr vorhanden war. Beispiele für solche Orte finden sich vor allem in Frankreich, in Italien oder im Wallis in der Schweiz. (vgl. ebd.) Im Wesentlichen liegt der Fokus dieser Arbeit auf einer Region bzw. auf Gemeinden, welche dem ersten Typus zugeschrieben werden können.

Anzumerken ist, dass bei diesem Typus von Tourismusort eine Verschneidung zwischen Tourismus und Landwirtschaft verstärkt auftritt. Dies ist im Wesentlichen auf die permanenten Anpassungsprozesse innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors zurückzuführen. Derzeit, so GATTERMAYER (2006:51), passieren diese Anpassungsprozesse aufgrund einer „[...] rückläufigen bzw. stagnierenden Preisentwicklung im Agrarbereich [...]“. Diese Situation wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern, da die zunehmend enger werdende Verbindung mit dem globalen Weltmarkt, die Rahmenbedingungen langfristig ändern wird (vgl. ebd.:52). Als mögliches zweites wirtschaftliches Standbein wird der Tourismus als Entwicklungsstrategie für jene Räume gesehen, „[...] wo die Erwerbsmöglichkeiten im außerlandwirtschaftlichen Bereich eingeschränkt sind“ (ebd.). Vor allem für den österreichischen Alpenraum ist, im Vergleich zu anderen alpinen Gebieten, der Tourismus demnach zu einer gern angewandten Strategie geworden, um das Einkommen aufzubessern. (vgl. ebd.)

Das bedeutet, dass die durch den Tourismus zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten sehr vielfältig sein können. So können beispielsweise landwirtschaftliche Flächen für die touristische Nutzung verpachtet, Grundstücke verkauft oder eigene landwirtschaftliche Produkte durch Direktvermarktung angeboten werden. Hinzu kommt die Möglichkeit als

BergführerIn, SkilehrerIn oder LiftwartIn zu arbeiten. Eine weitere touristische Einkommensmöglichkeit ist die Vermietung von Zimmern oder Appartements direkt in den bäuerlichen Gebäuden. Als Beispiel sei hier *Urlaub am Bauernhof* genannt, wo aktiv mit der landwirtschaftlich geprägten Atmosphäre bei potenziellen KundInnen geworben wird. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft für die Bevölkerung und der Lebensmittelproduktion werden der Landwirtschaft jedoch auch weitere zentrale Aufgaben für den ländlichen Raum zugeschrieben, wie beispielsweise die Gefahrenabwehr (Schutz vor Steinschlag, Lawinen etc.), der Erhalt der ländlichen Kulturlandschaften oder die Bewirtschaftung von Almflächen. All diese Aufgaben sind jedoch mit vergleichsweise hohen Kosten, aufgrund der peripheren Lage (hohe Infrastrukturkosten) und den ungünstigen Bewirtschaftungsgegebenheiten (schwache Ertragslage, starke Hangneigung etc.) verbunden. Seit den 1970er Jahren wird mithilfe von öffentlichen Zuschüssen (Bergbauernförderung, Direktzahlungen, EU-Fördermaßnahmen) zusätzlich versucht diese Differenz auszugleichen und so diese benachteiligten Gebiete zu fördern. (vgl. HOVORKA 2001)

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Auslöser für Schrumpfung im ländlichen Raum sehr vielfältig sind, wobei demographische als auch wirtschaftliche Veränderungen zentral sind. Hinzu kommt, dass die angesprochenen Entwicklungen sich im Raum unterschiedlich auswirken. Städtische und stadtnahe Gebiete werden, aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen, langfristig mit Wachstum rechnen können. Hingegen ist davon auszugehen, dass ländlich-periphere Gebiete aufgrund ebendieser Entwicklungen langfristig weniger stark wachsen bzw. schrumpfen werden. Im nächsten Abschnitt werden die daraus resultierenden Auswirkungen von Schrumpfung im ländlichen Raum näher erklärt, um im Anschluss zu zeigen, welche Herausforderungen und Handlungsfelder sich dadurch ergeben.

2.1.2 AUSWIRKUNGEN

Bezugnehmend auf den demographischen Wandel unterscheidet GANS (2005) drei Bereiche, in denen die Auswirkungen von Schrumpfung deutlich werden und auf welche im Folgenden näher eingegangen wird. Einerseits sind das die regionalen Arbeitsmärkte, welche auch in direktem Zusammenhang gesehen werden können, mit dem bereits angesprochenen Strukturwandel. Andererseits hat eine rückläufige Bevölkerungszahl auch direkte Auswirkungen auf den regionalen Wohnungsmarkt. Als dritten Bereich werden die soziale

Infrastruktur und die Auslastung bei zentralen Einrichtungen angeführt. Nicht angesprochen von GANS, jedoch wesentlich bei der Auseinandersetzung mit Schrumpfung, ist die Auswirkung von Schrumpfung auf die Gemeindefinanzen, weswegen diese ebenfalls hier näher besprochen wird.

Aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung nimmt das Arbeitskräftepotenzial in schrumpfenden Regionen sukzessive ab. Es gibt zwar auch Vorteile, wie eine geringe Arbeitslosigkeit oder ein möglicher Lohnanstieg, jedoch bringt eine Schrumpfung der Arbeitskräfte auch nachteilige Veränderungen mit sich. So fehlt es an Innovationskraft durch junge Personen, was bei Unternehmen dazu führen kann, dass diese aus den Gebieten absiedeln oder erst gar nicht mehr ansiedeln. Langfristig wirkt sich das Fehlen von Arbeitskräften auch auf den Einzelhandel aus. Aufgrund der fehlenden Kaufkraft kommt es in diesen Gebieten zu einer Ausdünnung des Einzelhandels und anderer Versorgungsdienstleistungen. Aufgrund der generellen Wirtschaftsstruktur in Österreich, wie weiter oben beschrieben, neigen die Agglomerationsräume mit Industrie- und vor allem Dienstleistungsbereich dazu neue Arbeitskräfte anzuziehen, wohingegen strukturschwache Gebiete Defizite aufweisen. (vgl. ebd.)

Für den lokalen Wohnungsmarkt bedeutet Schrumpfung eine rückläufige Nachfrage, zunehmende Leerstände, geringe Verkäufe des Bestandes und geringere Immobilien- und Grundstückspreise. Trotz des quantitativen Schrumpfens kann es sein, dass die Haushaltszahlen gleichbleiben. Dies ist den gesellschaftlichen Prozessen wie Singularisierung, Alterung und den persönlichen Präferenzen geschuldet. Der Wunsch vom Eigenheim und einer größeren Wohnfläche wirken sich vor allem auf die Nachfrageseite der Wohnungsmärkte aus. So ist trotz des zunehmenden Leerstandes ein Nebeneinander von Neubau bzw. Sanierung und Altbeständen häufig der Fall. (vgl. ebd.)

Neben der veränderten Nachfrage nach Wohnraum wirkt sich Schrumpfung auch auf die soziale Infrastruktur und die Auslastung von zentralen Einrichtungen aus. Aufgrund des Rückgangs der jüngeren Bevölkerungskohorten kommt es auch zu einer niedrigeren Auslastung von Einrichtungen wie beispielsweise Schulen und Kindergärten. Durch die rückläufige Entwicklung wird in manchen Gebieten die wirtschaftliche Tragfähigkeitsgrenze unterschritten und die Einrichtungen werden geschlossen (vgl. ebd.). Eine detaillierte Analyse zur Veränderung der Infrastruktur liefern GRUBER et al. (2015a). Die zunehmende Entmischung und Entleerung in ländlich-peripheren Gebieten hat zur Folge, dass, bei Versorgungs- und Infrastrukturen, welche auf eine bestimmte Mindestanzahl und Vielfalt der

Bevölkerung ausgerichtet sind, die Auslastung abnimmt und die geschaffenen Strukturen überdimensioniert sind. Dabei muss zwischen *harter* und *weicher* Infrastruktur unterschieden werden (vgl. ebd.). Die *harten Infrastrukturen* sind beispielsweise Straßen, Eisenbahnnetze und Kanalisation. Deren Anpassung an Schrumpfung passiert häufig zeitversetzt, da sie als gebaute Infrastruktur weniger flexibel sind und der Umbau kostenintensiv ist (vgl. GRUBER et al. 2015b:2). Im Gegensatz dazu ist die Anpassung *weicher Infrastruktureinrichtungen* wie Schulen und Arztpraxen schneller umzusetzen, jedoch sind auch diese Einrichtungen für die Lebensqualität in einer Gemeinde wesentlich und können bei Auflassung dazu führen, dass sich die Schrumpfungprozesse verstärken. (vgl. ebd.)

Ein weiterer Aspekt ist die zunehmende finanzielle Belastung in solchen Gebieten. AHRENS (2005) zeigt am Beispiel von ostdeutschen Städten, welche finanziellen Folgen eine zunehmende Entleerung für eine schrumpfende Gemeinde haben kann. Die leerstehenden Häuser und unausgelasteten Infrastrukturen führen langfristig zu einer zunehmenden Belastung der Gemeindekassen. Auf der einen Seite stehen nun die laufenden, gleichbleibenden Kosten für die Instandhaltung der bereits vorhandenen aber ineffizienten, weil zu groß gebauten, Infrastrukturen und die notwendige Aufrechterhaltung der Versorgung für die Bevölkerung. Diesen Ausgaben stehen jedoch immer weniger BewohnerInnen gegenüber, welche für diese laufenden Kosten aufkommen müssten (vgl. ebd.:19). Die Belastung der Gemeindefinanzen wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass eine abnehmende Bevölkerungszahl und eine abnehmende Wirtschaftsleistung direkte negative Auswirkungen auf die Einnahmequellen einer Gemeinde haben. An diesem Punkt ist es unausweichlich, auf das österreichische System der Gemeindefinanzierung einzugehen.

Gemeindefinanzen

Die zentralen Einnahmequellen einer Gemeinde sind der Finanzausgleich (kurz: FAG), eigene Steuern (Kommunalsteuern, Grundsteuer), Gebühren, Abgaben und Einnahmen aus wirtschaftlichen Tätigkeiten. Dabei machen beispielsweise die Ertragsanteile des Finanzausgleichs, welche vom Bund auf Länder und Gemeinden übertragen werden, rund ein Drittel des Gemeindebudgets aus. Kommunal- und Grundsteuer werden eigenständig von den Gemeinden eingehoben und machen rund zwei Drittel des Budgets aus. (vgl. GEMEINDEBUND 2018b)

Wie aus der Tabelle 1 hervorgeht, steht Gemeinden mit geringer EinwohnerInnenzahl im Vergleich mit größeren Gemeinden weniger zu. Jedoch hat sich dieser Unterschied in den letzten Jahren verringert. So wurde der Multiplikator für Gemeinden mit bis zu 10.000 EinwohnerInnen von $1\frac{1}{2}$ auf $1\frac{41}{67}$ angehoben, wohingegen bei den größeren Gemeinden keine Veränderungen vorgenommen wurden.

GRÖSSENKLASSEN	2008 bis 2010	2011 bis 2016	2017 bis 2021
Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen	$1\frac{1}{2}$	$1\frac{41}{67}$	$1\frac{41}{67}$
Gemeinden von 10.001 bis 20.000 EinwohnerInnen	$1\frac{2}{3}$	$1\frac{2}{3}$	$1\frac{2}{3}$
Gemeinden von 20.001 bis 50.000 EinwohnerInnen und Städte mit eigenem Statut mit höchstens 50.000 EinwohnerInnen	2	2	2
Gemeinden über 50.000 EinwohnerInnen und Stadt Wien	$2\frac{1}{3}$	$2\frac{1}{3}$	$2\frac{1}{3}$

Tabelle 1: Die Anteile des abgestuften Bevölkerungsschlüssels im Überblick
(Eigene Darstellung, Quelle: GEMEINDEBUND und RIS)

Grundsätzlich ergibt sich daraus, dass, je mehr hauptwohnsitzgemeldete EinwohnerInnen die Gemeinde nachweisen kann, desto höher sind die Ertragsanteile durch den Finanzausgleich. Dies wird damit begründet, dass größere Gemeinden auch zentralörtliche Aufgaben für Umlandgemeinden übernehmen. An dieser Begründung wird auch immer wieder Kritik geübt. So merkt beispielsweise der Gemeindebund an, dass die Erhaltung der Infrastrukturen von flächenhaften und dispers besiedelten Gemeinden höher ist als in dicht bebauten Gemeinden. (vgl. GEMEINDEBUND 2018a) Mit dem derzeit gültigen Finanzausgleichsgesetz, welches 2017 in Kraft trat und bis 2021 gilt, wurde nun erstmals auch versucht aufgabenorientierte

Indikatoren bei der Mittelverteilung zu berücksichtigen. Ab 2018 werden Kosten für die Kinderbetreuung und ab 2019 Kosten für die Pflichtschulen nach der erbrachten Leistung abgegolten. Bislang ist jedoch noch offen, wie diese neue Mittelgestaltung ausgestaltet sein wird. (vgl.: MITTERER 2016) Eine weitere Neuerung betrifft die Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel. Diese Mittel müssen, entsprechend dem neuen Finanzausgleichsgesetz 2017, für folgende Zwecke verwendet werden, wobei der Schwerpunkt auf den ersten drei Bereichen zu liegen hat: (vgl.: AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG 2017)

- Interkommunale Zusammenarbeit
- Unterstützung strukturschwacher Gemeinden
- Förderung von Gemeindezusammenlegungen
- Landesinterner Finanzausgleich
- Bedarfszuweisungen an Gemeinden

Neben dem FAG bringen die Kommunalsteuer und die Grundsteuer für die Gemeinden wesentliche Einnahmen. Kommunalsteuern müssen UnternehmerInnen in den Gemeinden bezahlen, in der der jeweilige Firmensitz des Unternehmens ist. Die Bemessungsgrundlage sind die Bruttolöhne, wovon drei Prozent an Kommunalsteuer direkt an die Gemeinde zu entrichten sind (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN 2017). Die Grundsteuer wird ebenfalls von der Gemeinde direkt eingehoben und von dieser auch jährlich festgesetzt. Grundlage dafür liefert das Finanzamt, welche eine Bewertung des Grundbesitzes liefert und den Grundsteuer-Messbetrag festsetzt. Der Höchststeuersatz darf dabei nicht höher sein als ein Prozent des Einheitswertes. (vgl. WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH 2017)

Abgesehen von diesen Einnahmen werden von der Gemeinde auch Gebühren eingehoben, welche jedoch nicht direkt als Einnahme gesehen werden können, sondern lediglich für konkrete Leistungen verrechnet werden dürfen. Beispielsweise sind die Kanalgebühren in der Höhe von den BewohnerInnen einzuheben, in welcher sie auch tatsächlich anfallen, um die laufenden Kosten zu decken. Mögliche Überschüsse müssen wiederum direkt in die Erhaltung und Sanierung des Kanals reinvestiert werden. Zusätzlich können Gemeinden auch selbst Einnahmen erwirtschaften, indem sie beispielsweise Freibäder betreiben, Veranstaltungen organisieren oder Kurse anbieten. In solchen Fällen wird eine Gemeinde im „wirtschaftlichen Sinne“ tätig. (vgl. Gemeindebund 2018b)

Es gäbe noch weitere Einnahmequellen für Gemeinden wie beispielsweise Finanztransaktionen und Gemeindegebarungen, die jedoch hier nicht näher angeführt werden sollen. Grund dafür ist, dass Einnahmen durch den FAG, Steuern und Gebühren stark von der Bevölkerungszahl abhängig sind und dementsprechend mitgedacht werden müssen, wenn man sich mit Schrumpfungprozessen in ländlichen Gemeinden auseinandersetzt.

Zusammengefasst zeigt sich, dass Schrumpfung innerhalb einer Gemeinde Auswirkungen in ganz unterschiedlichen Bereichen haben kann. Schrumpfung ist demnach ein komplexer Prozess, dessen Auswirkungen vielschichtig zu Tage treten und diese Komplexität gilt es auch bei der Auseinandersetzung damit mitzudenken. Ein Versuch zu zeigen, wie diese Auswirkungen zusammenhängen und ineinander verwoben sind, wird in der folgenden Abbildung (6) veranschaulicht.

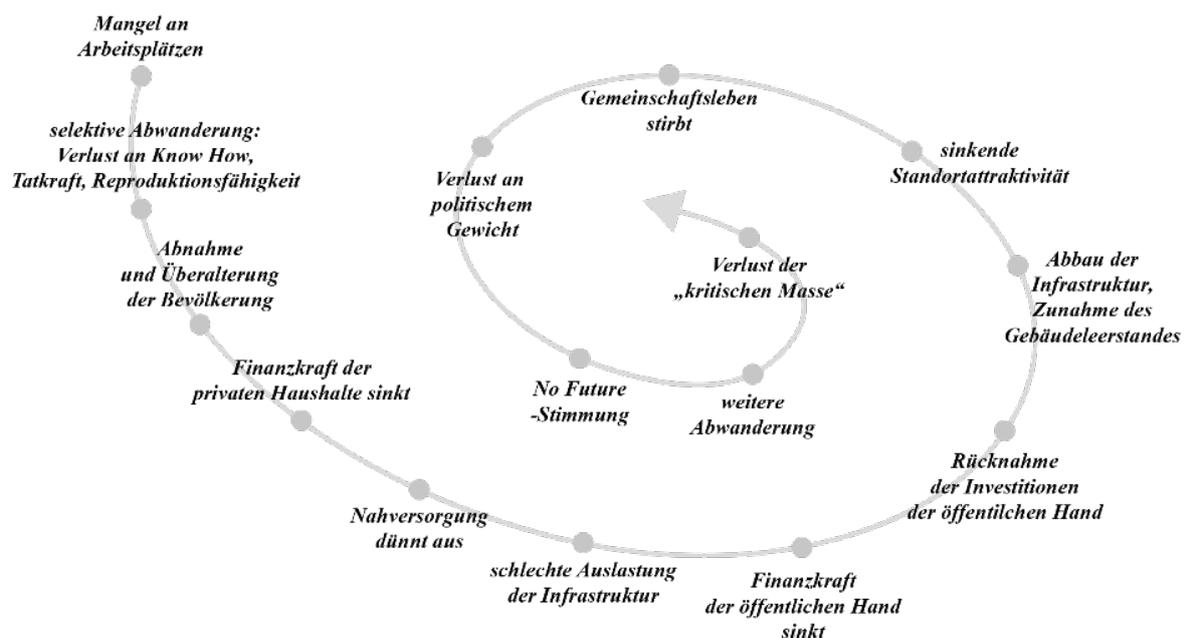


Abbildung 6: Entwicklungsspirale bei Schrumpfung
(Quelle: WEBER et al. 2012:61)

Die negative Entwicklungsspirale zeigt auf einem Blick, welche Auswirkungen Prozesse wie ein Mangel an Arbeitsplätzen, selektive Abwanderung oder Abnahme bzw. Überalterung der Wohnbevölkerung auf eine Gemeinde haben können. Einerseits werden dabei quantitative Aspekte wie die rückläufige Bevölkerungszahl und finanzielle Gemeindeausstattung miteinbezogen und andererseits kommen auch qualitative Veränderungen zum Tragen, wie

eine *No Future*-Stimmung oder der Verlust des Gemeinschaftslebens. Die Abbildung (6) zeigt deutlich, dass die unterschiedlichen Prozesse miteinander in Verbindung stehen und nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Um dieses Phänomen besser verstehen zu können, ist es daher notwendig eine Perspektive einzunehmen, welche diese Komplexität auch widerspiegelt und miteinbezieht. Das Zusammenwirken unterschiedlicher Phänomene und Entwicklungen ist demnach unabdingbar für jede weitere Auseinandersetzung mit diesem Thema. Das nächste Unterkapitel widmet sich, aus einer raumordnerischen Perspektive, den Strategien, welche, trotz der hohen Komplexität des Themas, bereits umgesetzt oder vorgeschlagen werden. Darauf aufbauend wird auf die wissenschaftliche Kritik näher eingegangen, welche eine Wachstumsbefangenheit innerhalb der Raumordnungspraxis postuliert. Abschließend wird eine Systematisierung, welche die derzeitigen Strategien im Umgang mit Schrumpfung aufzeigt, näher erläutert.

2.1.3 RAUMORDNERISCHE STRATEGIEN

Um zu verhindern, dass dieser Prozess der Schrumpfung negative Entwicklungen bei den Gemeinden und den BewohnerInnen auslöst, ist es unabdingbar, dass man sich seitens der Raumordnung diesen komplexen Prozessen annimmt und sich mit ihnen intensiv auseinandersetzt. Das folgende Kapitel widmet sich jenen raumordnerischen Strategien, welche aktuell verfolgt oder vorgeschlagen werden.

Seitens der Raumforschung wurden bislang unterschiedliche Konzepte und Handlungsempfehlungen für ländliche Gemeinden, welche eine rückläufige Entwicklung vorweisen, in die Diskussion eingebracht, die die vorangestellten Zusammenhänge und Interdependenzen mitdenken. Überblicksartig nennt GANS (2005:1011) dazu folgende Maßnahmen: Um die personenbezogenen Infrastrukturen und Dienstleistungen zu erhalten, besteht eine Möglichkeit darin, die zentralen Orte in Schrumpfungsräumen zu stärken und die (öffentliche) Verkehrsanbindung zwischen dem Wohnstandort und den grundlegenden Versorgungseinrichtungen zu sichern. Des Weiteren gewinnt die Kooperation zwischen den Gemeinden an Bedeutung. Zur Erhöhung der Auslastung bei den personenbezogenen Infrastrukturen könnten diese multifunktional genutzt werden, bei Um- bzw. Neubau sollten Wohnungen flexibel gestaltet werden, um die Nutzung für unterschiedliche Altersgruppen zu ermöglichen. Als weitere Form der Kooperation könnte die personenbezogene Infrastruktur multifunktional genutzt werden, um so die Auslastung zu erhöhen und Kosten zu sparen. Dezentralisierung und Mobilisierung von Einrichtungen ermöglicht die Versorgung in der

Fläche. Auch auf regionaler Ebene sollte die Zusammenarbeit forciert werden, um Kosten zu senken und die Versorgung zu erhalten.

Dass es für diese komplexen Prozesse jedoch keine allgemeingültige Strategie gibt, zeigt sich, wenn man einen Blick auf unterschiedliche Länder wirft, wo Schrumpfung ebenfalls ein Thema ist.

In Deutschland versuchte man beispielsweise mit dem Stadtumbau Ost Innen- vor Außenentwicklung zu fördern und kompakte Siedlungsstrukturen zu erhalten, um so die Qualität der einzelnen Städte und Gemeinden mit schrumpfender Bevölkerungszahlen langfristig zu fördern. (vgl. STÄDTEBAUFÖRDERUNG 2018)

In der Schweiz wird hingegen angeraten zuerst zwischen Gebieten zu unterscheiden, wo aus wirtschaftlicher Sicht noch eine Trendumkehr im Sinne eines wirtschaftlichen Wachstums möglich ist und solchen in denen dies nicht der Fall ist. So wird zwischen potenzialarmen Räumen, wo ein Trendbruch möglich ist und Wachstum als mögliche Entwicklungschance gesehen wird und potenzialarmen Räumen, wo sich der Schrumpfungstrend fortsetzen wird, unterschieden. Langfristig wird ein Rückzug aus jenen Gebieten vorgeschlagen, wo sich der Trend mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen wird. Das Ziel ist, dass die Daseinsvorsorge in diesen Räumen auf lange Sicht lediglich minimal vorhanden sein sollte. Dort, wo die notwendigen Potenziale für Wachstum fehlen und die Schrumpfungsprozesse nicht aufzuhalten sind, ist der Mitteleinsatz nicht mehr zielführend. In diesen Gebieten sollte daher ein geordneter Rückzug der nächste Schritt sein. (vgl. MÜLLER-JENTSCH 2017; CAVELTI et al. 2006)

Im Vergleich dazu wurden auch in Österreich Überlegungen angestellt, wie mit solchen Räumen vorgegangen werden sollte. Im derzeit gültigen *Raumentwicklungskonzept für Österreich 2011* (kurz: ÖREK) werden unter anderem fünf Themenfelder identifiziert, welche aufgrund der zunehmenden Abwanderung und Alterung und der geringer werdenden Mittel der öffentlichen Haushalte neu gedacht werden müssten, um so auch auf die tatsächlichen Herausforderungen strategisch und abgestimmt einzugehen. (vgl. ÖROK 2011)

Im Bereich der Bildung sollten allgemein gültige Versorgungsstandards festgelegt werden, wobei hier regional differenzierte Parameter, zum Beispiel bei der KlassenschülerInnenanzahl, mitzudenken sind. Auch im Bereich öffentliche Verkehrserschließung ist es notwendig, Mindeststandards festzulegen, wobei auch hier wieder eine räumliche Differenzierung notwendig sein wird. Alternative Systeme wie Anrufsammeltaxis oder die Festlegung von Verkehrserschließungsstandards zur nachhaltigen

Siedlungsentwicklung spielen hier eine wichtige Rolle für Gebiete mit rückläufigen Veränderungsprozessen. Außerdem wird angeführt, dass zentrale Standorte definiert werden sollten und dort die sozialen Einrichtungen gebündelt vorzufinden sein sollten. Dabei ist es notwendig, diese zentralen Orte in zumutbaren Distanzen für die Bevölkerungsgruppen weiterzuentwickeln. Für jene Gebiete, welche abseits der zentralen Orte sind, wird angeregt die Daseinsvorsorge neu zu organisieren und neue Modelle zu entwickeln, wie beispielsweise multifunktionelle oder mobile Versorgungseinrichtungen oder flexibel ausgerichtete Verkehrsangebote. Vor allem aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung ist es notwendig neue Modelle für eine flächendeckende Grundversorgung, auch in peripheren Gebieten, zu entwickeln. Als letzter Punkt wird explizit noch der Arbeitsmarkt angeführt. Zur Verhinderung von Abwanderung wird es als notwendig erachtet, Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei ist es jedoch wichtig, auf den regionalökonomischen Strukturen aufzubauen und „regional verträgliche Wachstumspotenziale“ (ebd.:55) zu identifizieren. Als wesentlicher Akteur in diesem Bereich wird die Regionalentwicklung genannt, da diese auf regionaler Ebene die horizontale Koordination übernehmen könne (vgl. ebd.:51ff.).

Trotz der zahlreichen Strategien und den konkreten Vorschlägen wird seitens der Wissenschaft kritisiert, dass in der Praxis die Umsetzung von Strategien, welche auf Schrumpfung nicht mit erneutem Wachstum reagieren, wesentlich schwieriger ist, da Schrumpfung in der Raumordnungspraxis aufgrund der negativen Besetzung nicht gesehen werden oder nicht darauf adäquat reagiert werden möchte (vgl. WEBER 2012). Trotz des vorhandenen Wissens um die möglichen Folgen und Auswirkungen von Schrumpfung, welche bereits mithilfe der *negativen Entwicklungsspirale* nachgezeichnet wurde, scheint es, dass in der Raumordnungspraxis weiterhin Wachstum als Strategie und Ziel eine prominente Rolle einnimmt

SOUSA und PINHO (2015) gehen soweit zu sagen, die Raumordnung sei wachstumsbefangen. In ihrer Arbeit sind sie der Frage nachgegangen, inwieweit Wachstum als finales Ziel die Raumordnung in der Praxis dominiert. Sie zeigen, dass das Wachstumsparadigma auch in der Raumordnungswissenschaft zumindest bislang dominierend ist. Sie weisen auf eine mögliche *Wachstumsbefangenheit* in der Wissenschaft und in der Praxis hin, denn trotz der Tatsache, dass es im 21. Jahrhundert zu einer Zunahme von schrumpfenden Städten und Regionen gekommen ist, wurde bislang keine Theorie entwickelt, welche sich mit möglichen Schrumpfungsstrategien auseinandersetzt und so ein neues Paradigma innerhalb der Disziplin schaffen könnte. Viel eher werden Strategien verfolgt, welche das Wachstum wieder

ankurbeln sollen (vgl. SOUSA et al. 2015: 14). Dies führen die beiden AutorInnen darauf zurück, dass AkteurInnen Schrumpfung, als mögliche Entwicklung eines Gebietes, mit Wachstum gleichsetzen, was die AutorInnen wiederum auf das allgemein vorherrschende Verständnis der Raumordnung als Fach an sich zurückführen. Demnach sei Raumordnung immer nur dann notwendig, wenn Wachstum passiert:

„Planning has walked hand-in-hand since the industrial revolution, providing a misleading perception that the former is only justified by the occurrence of the latter“ (ebd.:26)

Aufgrund dieser *Wachstumsfixierung* tendieren die RaumordnerInnen in der Praxis und die politischen EntscheidungsträgerInnen im Umgang mit Schrumpfung als Entwicklung dazu, erneuten Wachstum als einzigen langfristigen Ausweg zu erkennen, obwohl die demographischen und wirtschaftlichen Prognosen und Statistiken eine andere Entwicklung vermuten lassen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen WIECHMANN et al. (2015:2). Sie gehen jedoch einen Schritt weiter und nennen einige Gründe für diese Wachstumsbefangenheit innerhalb der Disziplin. So stellen sie fest, dass zwei wesentliche Punkte dazu führen, dass Schrumpfung als mögliche Entwicklung bislang außen vorgelassen wurde. Einerseits ist es den administrativen Planungssystemen geschuldet, da diese bislang wachstumsorientiert gehandelt haben und zumindest indirekt wachstumsorientierte Ziele und Aufgaben vorgeben. Wachstum als räumliche Entwicklung wird als das zentrale und leitende Prinzip verstanden und findet sich dementsprechend in den nationalen Planungssystemen wieder. Andererseits führen sie die Fokussierung auf Wachstum darauf zurück, dass Schrumpfung bisher als Anomalie von Wachstum gesehen wurde, der es gilt mit Strategien für Wachstum entgegenzuwirken. Ein konstruktiver Umgang mit Schrumpfung war folglich nicht möglich. (ebd.)

Um dieses Wachstumsbefangenheit innerhalb der Raumordnung zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Dies ermöglicht es zu zeigen, dass in der Raumordnungspraxis grundsätzlich das Ziel verfolgt wurde, die Bedürfnisse einer wachsenden Gesellschaft zu befriedigen. MÄNTYSALO (2004:29) hält fest, dass die raumordnungsrelevanten Fragestellungen sich daraus ergeben, wie Wachstum für die gesamte Bevölkerung reguliert werden kann und diese Verteilung für die Zukunft sichergestellt werden kann: „[...] how to secure balanced distribution of services and quality of life [...]“ (ebd.:30) Die Planung von Wachstum ist demnach eine der zentralen Aufgaben der Raumordnung.

Diese Annahme beruht darauf, dass Urbanisierung und Industrialisierung lange Zeit als unhinterfragte Entwicklungskonstante gesehen wurden. Der Umgang mit einer rückläufigen Entwicklung spielte bislang jedoch ein untergeordnetes Thema. Für Österreich hält WEBER (2005: 12) fest, dass ein solches Verständnis vor allem zwischen den 1950er und 1980er Jahren in der Raumordnungspraxis Eingang gefunden hat. Die wesentlichen Aufgaben seitens der Raumordnungspraxis bestünden darin, Flächen für die Siedlungsentwicklung und Unternehmen bereitzustellen. Der Ordnungsauftrag wird dabei jedoch, mit Hinweis auf eine wachsende Gesellschaft, als zweitrangig betrachtet. Hingegen steht der Auftrag des Entwickelns und des Förderns von Wachstum im Vordergrund. Als Ergebnis eines solchen Denkens und Handelns sind beispielsweise ungeordnete Siedlungsstrukturen, ein verschwenderischer Umgang mit der Ressource Boden und der Verlust von Naturräumen zu nennen. Erst ab Mitte der 1980er-Jahre ist ein ökologisches Bewusstsein feststellbar, da die „[...] einseitig auf ökonomisches Wachstum orientierte Raumentwicklungspolitik [...]“ (ebd.:12) auch Kritik mit sich brachte. Mit einem zunehmenden Umweltbewusstsein kommt es zu einem vermehrten Widerstand in der Bevölkerung, das wiederum eine stärkere Beteiligung von BürgerInnen, NGOs und ExpertInnen im Planungsprozess zur Folge hatte. Durch diese *Ökologisierungphase* der Raumordnung wurden auch paradigmatische Änderungen für die Praxis artikuliert. Nicht planloses Wachstum ohne Rücksicht auf die Umwelt und die nachkommenden Generationen stand nun auf der Agenda, sondern beispielsweise wurden eine nachhaltige Baulandnutzung, strikte Siedlungsgrenzen und Zersiedelungsabwehr als neue Aufträge für die Raumordnung wahrgenommen. Dass ein solches Verständnis nicht gleich umgesetzt werden kann und in der Praxis oft auch zu Schwierigkeiten führt, ist vorhersehbar:

„[...] müssen doch damit [...] einst leichtfertig abgegebene Entwicklungsversprechen teilweise widerrufen, neu aufkommende Wünsche nach großzügigen Entwicklungsoptionen zurückgewiesen und der paradigmatische Wandel von der ‚Lust am Gestalten‘ zur ‚Last des Ordnen‘ im Einzelfall ausgefochten werden.“ (ebd.:13)

Aufgrund der derzeitigen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in bestimmten Gebieten ist eine wachstumsorientierte Raumordnungspraxis wie es scheint, nicht mehr zielführend. SOUSA und PINHO (2015: 28) gehen einen Schritt weiter und fordern nicht nur einen Wandel von einem Wachstumsparadigma hin zu einem Schrumpfungparadigma, sondern zu einer Entwicklungsplanung, wo *Wachstum* als auch *Schrumpfung* gleichberechtigt nebeneinanderstehen können. Eine Fokussierung auf alleiniges Wachstum in allen Regionen bei den derzeitigen feststellbaren demographischen als auch wirtschaftlichen Prozessen führt,

so ihre Annahme, langfristig in ein Dilemma. Das Ziel sollte, so die Forderung der AutorInnen, die Verfolgung des klassischen Raumordnungsverständnisses in allen Regionen sein: „[...] Maximizing positive effects and minimizing negative effects, in a dynamic balance [...]“ (ebd.:28)

Im Hinblick auf den Umgang mit Schrumpfung in der österreichischen Raumordnungspraxis stellten WEBER et. al (2012) fest, dass Schrumpfung als mögliche Entwicklungsstrategie in der Raumordnungspraxis nur schwer Eingang findet, da diese Entwicklung bei den zentralen AkteurInnen negativ besetzt ist. Stattdessen beharrt man darauf neues Wachstum zu generieren. Die Studie zeigt am Fallbeispiel Niederösterreich, dass Schrumpfung zwar von den handelnden AkteurInnen auf der lokalen und regionalen Ebene wahrgenommen wird, jedoch entweder mit Wachstumsstrategien darauf reagiert wird oder „[...] das Phänomen [...] außerhalb des Einflussbereiches der lokalen und regionalen Handlungsfähigkeit [...]“ (ebd.:110) gesehen wird. Dies führt dazu, dass der tatsächliche Handlungsspielraum geschmälert wird und nur bedingt proaktive gestalterisch seitens der AkteurInnen eingegriffen wird. In der Studie kommt man zu dem Schluss, dass es notwendig ist, Schrumpfung zu enttabuisieren und ein breiterer Diskurs notwendig ist, um neue Leitbilder zu diskutieren und zu entwickeln. Erst dadurch wird es möglich neue, bislang nicht gesehene Chancen wahrzunehmen. Dabei ist es unabdingbar, diese Debatte „[...] in einem konkreten räumlichen Kontext [...]“ (ebd.:111) zu stellen, um so die jeweiligen spezifischen Bedingungen und Potenziale mitzudenken.

Für einen besseren Überblick hat WIECHMANN (2015) Strategien, welche im Umgang mit Schrumpfung angewendet wurden, systematisch aufgearbeitet und hinsichtlich ihrer Zielsetzungen kategorisiert. Er unterscheidet dabei vier wesentliche Strategien, welche in der Praxis immer wieder vorzufinden sind und angewendet werden. Anzumerken ist, dass diese Typologie durch den Vergleich von europäischen Städten und deren Strategien bezüglich dem Umgang mit rückläufigen demographischen und wirtschaftlichen Prozessen, entstanden ist. Nichtsdestotrotz wird explizit angemerkt, dass diese Typologisierung auch auf ländlich-periphere Räume und Gebiete übertragen werden kann.

Die vier von WIECHMANN (2015) identifizierten Strategien lauten wie folgt:

- Ignorieren des demographischen Wandels
- Trendumkehr durch wirtschaftliches Wachstum
- Anpassung an den Schrumpfungsprozess
- Neuerfindung der Stadt

Ignorieren des demographischen Wandels

Wie der Begriff „Ignorieren“ schon vermuten lässt, werden in der Gemeinde, trotz der demographischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsentwicklung, diese Veränderungsprozesse nicht beachtet. Schrumpfung wird weder wahrgenommen noch als eine Herausforderung gesehen und ist für die Politik und Raumordnung demnach kein Thema. Dementsprechend fehlen in den Strategien und in der täglichen Praxis auch Themen, welche diese Entwicklung aufgreifen. *„Sie verharren in den gewohnten Routinen und bewahren die Illusion neuen Wachstums.“* (ebd.)

Trendumkehr durch wirtschaftliches Wachstum

Hier wurde der Schrumpfungstrend als Problem erkannt. Durch wirtschaftliche Impulse soll eine Umkehr hin zu demographischem und wirtschaftlichem Wachstum geschaffen werden. Schrumpfung wird als negative Entwicklung gedeutet, welcher *„durch ansiedlungsorientierte kommunale Wirtschaftsförderung“* (ebd.) gegengesteuert werden soll. Durch aktive Marketingmaßnahmen, günstige Konditionen für Unternehmen und durch *„[...] das Setzen auf Hoffungsbranchen wie die Kommunikations- und Biotechnologie, die Gesundheitswirtschaft oder der Tourismus“* (ebd.) sollen externe InvestorInnen in die Gemeinde gelockt werden. (vgl. ebd.)

Anpassung an den Schrumpfungsprozess

Im Gegensatz zur Trendumkehr haben sich hier *„Planung und Politik von der Illusion neuen Wachstums [be]frei[t] und streben einen pragmatischen Rückbau an.“* (ebd.) Dementsprechend werden soziale und technische Infrastrukturen an die tatsächliche Bevölkerungszahl und an die Bedürfnisse der tatsächlichen Bevölkerung – auch im Hinblick der Überalterung – angepasst. Als zentrale Elemente einer solchen Anpassungsstrategie werden Bestandsentwicklung, Stabilisierung, Regeneration und qualitative Entwicklung der Gemeinde genannt. (vgl. ebd.)

Neuerfindung der Stadt

In der letzten Kategorie ist ebenfalls ein Bewusstsein für die Schrumpfungprozesse in der Planung und Politik gegeben. Es wird jedoch versucht, die lokale Wirtschaft auf neue Beine zu stellen. Dies geschieht beispielsweise durch Experimente oder die Aktivierung endogener Potenziale. „*Routinen werden [dadurch] hinterfragt, und es besteht die Bereitschaft, Experimente zu wagen.*“ (ebd.) Die Jugend und deren Bedürfnisse werden von der kommunalen Politik als zentral erachtet, um so den Abwanderungstrend langfristig zu stoppen. Dementsprechend werden Strategien entwickelt, welche gezielt die Lebensqualität dieser Gruppe thematisiert (vgl. ebd.). Nicht die Förderung der „alten ökonomischen Basis“ (ebd.) ist das Ziel, sondern es wird versucht kreative Nischen zu schaffen, welche insbesondere die Attraktivität der Gemeinde für junge Personen steigern soll.

Die Unterscheidung zwischen den vier Strategien ist zumeist nicht trennscharf. Sie können sich im Laufe der Zeit verändern oder auch gleichzeitig in einem Gebiet verfolgt werden. WIECHMANN (2015) merkt jedoch an, dass die tatsächlichen Strategien „*komplex und widersprüchlich*“ (ebd.) sein können. Trotz der sehr unterschiedlich erscheinenden Strategien verweist er darauf, dass es in Gebieten, welche schrumpfen, den AkteurInnen schwer fällt „*[...] Schrumpfung als anhaltenden Entwicklungstrend zu akzeptieren.*“ (ebd.)

Nachdem auf die raumordnerischen Strategien im Umgang mit demographischer als auch wirtschaftlicher Schrumpfung in der Praxis sowie auf die Kritik seitens der Raumordnungswissenschaften eingegangen wurde, zeigt sich, dass eine vertiefende Auseinandersetzung notwendig ist, um die vermeintliche Diskrepanz zwischen Praxis und Theorie zu schmälern. Denn obwohl aus wissenschaftlicher Perspektive ein bewusster und unvoreingenommener Umgang mit Schrumpfung angeraten wird, scheint dies in der Raumordnungspraxis aufgrund von subjektiven Restriktionen selten der Fall zu sein.

Bevor jedoch näher auf das Fallbeispiel eingegangen wird, sollen in den beiden folgenden Unterkapiteln noch zwei wesentliche Punkte aufgegriffen werden, welche bislang immer nur implizit angesprochen wurden. Zum einen ist dies der *ländlich-periphere Raum* als Untersuchungskategorie, da die untersuchten Gemeinden diesem Raumtypus zugeschrieben werden und Schrumpfungstendenzen in diesem Raumtypus verstärkt auftreten. Zum anderen ist es notwendig, das österreichische Raumordnungssystem näher zu beleuchten, um die relevanten Akteure innerhalb des österreichischen Raumordnungssystems zu identifizieren.

2.2 Der ländlich-periphere Raum

Wie bereits im Untertitel festgehalten, wurde der *ländlich-periphere Raum* in dieser Arbeit als räumliche Untersuchungseinheit gewählt. Doch was kennzeichnet diesen Raumtypus aus und wie lässt er sich bestimmen? In den vorangegangenen Kapiteln wurden bereits die Prozesse hinsichtlich ihrer räumlichen Bedeutung näher beschrieben. Beispielsweise kommt es zu einer Zunahme der Arbeitsplätze in städtischen und stadtnahen Gebieten aufgrund eines wirtschaftlichen Strukturwandels, wodurch auch mit einer Bevölkerungszunahme in diesen Gebieten zu rechnen ist. Wohingegen in ländlich-peripheren Gebieten mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen ist. Im folgenden Kapitel werden nun unterschiedliche Definitionen zu dieser Raumkategorie vorgestellt, um einerseits die vielfältigen Konnotationen darzustellen und andererseits eine Arbeitsdefinition für den weiteren Verlauf der Arbeit zu entwickeln.

	LÄNDLICH (Bevölkerungsdichte auf Gemeindeebene <150 EW/km ²)	PERIPHER BZW. ZENTRUMSNAH (Entfernung zu Gemeinden mit mehr als 50.000 EW)
ÜBERWIEGEND URBANE REGIONEN	Weniger als 15% der EW leben in ländlichen Gemeinden	
INTERMEDIÄRE REGIONEN IN ZENTRUMSNÄHE	Zwischen 15% und 50% der EW leben in ländlichen Gemeinden	Fahrzeit zu Zentrum < 60 Min. für mehr als 50% der EW
INTERMEDIÄRE PERIPIHERE REGIONEN		Fahrzeit zu Zentrum > 60 Min. für mehr als 50% der EW
ÜBERWIEGEND LÄNDLICHE REGIONEN IN ZENTRUMSNÄHE	Zwischen 15% und 50% der EW leben in ländlichen Gemeinden	Fahrzeit zu Zentrum < 60 Min. für mehr als 50% der EW
ÜBERWIEGEND LÄNDLICH-PERIPIHERE REGIONEN		Fahrzeit zu Zentrum > 60 Min. für mehr als 50% der EW

Tabelle 2: Raumtypologisierung der OECD (Eigene Darstellung, OECD 2011)

Die OECD definiert *ländlich-periphere Regionen* entlang dreier Schritte (vgl. OECD 2012). Im ersten Schritt werden dabei die ländlichen Gemeinden mittels der Bevölkerungsdichte identifiziert (weniger als 150 EinwohnerInnen pro km² auf Gemeindeebene). Im zweiten Schritt werden diese ländlichen Gemeindedaten auf regionaler Ebene (NUTS 3-Regionen) aggregiert, um anschließend zwischen *überwiegend urbanen Regionen*, *intermediären Regionen* und *überwiegend ländlichen Regionen* zu unterscheiden (vgl. ebd.). In den überwiegend ländlichen Regionen leben nach dieser Klassifizierung mehr als die Hälfte der BewohnerInnen in Gemeinden, welche im ersten Schritt als ländlich identifiziert wurden. Für eine detailliertere Typologisierung des ländlichen Raumes wird im dritten Schritt die

Entfernung zu Zentren (Gemeinde mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen) mittels Fahrtzeit miteinbezogen. Demnach ergeben sich in der OECD-Klassifizierung fünf unterschiedliche Raumtypen (siehe Tabelle 2).

Aufbauend auf dieser Typologisierung werden in Österreich drei unterschiedliche Kategorien für den *ländlichen Raum* unterschieden (vgl. ÖROK 2009:15):

- „Ländliche Gemeinden bzw. Gebiete in urbanisierten Regionen; meist strukturstarke Gebiete im Stadtumland oder im Umfeld überregionaler Verkehrsachsen
- Vom Intensivtourismus geprägte ländliche Gebiete
- Periphere ländliche Gebiete; meist strukturschwache Gebiete in inneralpiner oder Grenzlage“

Im Unterschied zur OECD-Klassifikation wird bei der ÖROK-Typologisierung auch auf die wirtschaftlichen Merkmale und österreichischen Spezifika wie Grenznähe und inneralpine Lage mitgedacht. Neben den quantitativen Daten wie Erreichbarkeit und EinwohnerInnen wird für diese Räume eine schwächere Wirtschaftsstruktur festgestellt. FAVRY et. al (2006 zit. in Strahl et al. 2011: 644) bringen weitere Kriterien ein, welche ebenfalls die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Probleme miteinbinden:

„Periphere ländliche Räume sind durch geringe Wertschöpfung, eine geringe Anziehungskraft für Unternehmen, niedriges Pro-Kopf-Einkommen, ungünstige Arbeitsplatzsituation sowie niedrige Beschäftigtenzahlen gekennzeichnet. Der Auspendlerinnen- und Auspendleranteil ist oftmals sehr hoch und die (sozial-)infrastrukturelle Versorgung verschlechtert sich in vielen peripheren Regionen zusehends.“
(FAVRY et al. 2006 zit. in STRAHL et al. 2011: 644)

Es wird deutlich, dass ländlich-periphere Gebiete in ihrer Definition Merkmale aufweisen, welche im vorangegangenen Kapitel bereits besprochen wurden, wie die geringere Wirtschaftsleistung, die niedrigere Auslastung im Bereich der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge sowie die geringe Bevölkerungsdichte. Für den weiteren Verlauf der Arbeit wird die Definition von FAVRY et. al herangezogen. Wie im Kapitel 4 noch näher gezeigt wird, kann bei den ausgewählten Gemeinden von ländlich-peripheren Gemeinden gesprochen werden, da sie zum einen weiter entfernt von den nächstgrößeren Zentren sind und eine geringere Bevölkerungsdichte aufweisen, jedoch auch wirtschaftliche Merkmale vorweisen, welche hier bereits beschrieben wurden.

Als letzter Punkt ist es notwendig, sich näher mit dem österreichischen Raumordnungssystem auseinander zu setzen, um darauf aufbauend, auch die relevanten AkteurInnen zu identifizieren und für den empirischen Teil auszuwählen.

2.3 Das Raumordnungssystem in Österreich

Im folgenden Abschnitt wird das österreichische Raumordnungssystem beschrieben, um so die zentralen AkteurInnen zu identifizieren. Des Weiteren wird auf die jeweiligen Ziele und Aufgaben der relevanten Ebenen eingegangen. Ziel dabei ist, einerseits zu zeigen wie das österreichische Mehrebenensystem in der Raumordnung aufgebaut ist. Andererseits soll besprochen werden, inwieweit eine Überschneidung zwischen den akteurInnenspezifischen Aufgaben und Zielen und den demographischen als auch wirtschaftlichen Veränderungsprozessen in ländlich-peripheren Gebieten feststellbar ist.

Die österreichische Raumordnung als öffentliche Aufgabe mitsamt ihrer Kompetenzverteilung hat ihren Ursprung im Juni 1954 mit der Kompetenzfeststellungskennntnis des Verfassungsgerichtshofs, mittels welcher geklärt wurde, dass sowohl die Bundesländer als auch der Bund raumordnende Tätigkeiten durchführen können. Dieser Entscheid knüpft an den nachfolgenden Artikel 15 des Bundesverfassungsgesetzes (kurz: BVG) an:

§ 15 Abs 1 BVG: „Soweit eine Angelegenheit nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung der Gesetzgebung oder auch der Vollziehung des Bundes übertragen ist, verbleibt sie im selbständigen Wirkungsbereich der Länder“

Aufbauend auf diesem Artikel lautete der Entscheid des Bundesverfassungsgerichtshofs, dass Raumordnung als Landessache anzusehen, ist wie folgt:

„Die planmäßige und vorausschauende Gesamtgestaltung eines bestimmten Gebietes in Bezug auf seine Verbauung, insbesondere für Wohn- und Industriezwecke einerseits, und für die Erhaltung von im Wesentlichen unbebauten Flächen andererseits („Landesplanung“ – „Raumordnung“) ist nach Art. 15, Abs. 1 B-VG i.d.F. von 1929 in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache, als nicht etwa einzelne dieser planenden Maßnahmen, wie im Besonderen solche auf den Gebieten des Eisenbahnwesens, der Bergwesens, des Forstwesens und des Wasserrechts, nach Art. 10-15 der B-VG i.d.F. von 1929 der Gesetzgebung oder auch der Vollziehung des Bundes vorbehalten sind.“ (VfSlg 2674/1954)

Durch diesen Entscheid wurde festgelegt, dass in Österreich die überörtliche Raumordnungskompetenz und somit die höchste Kompetenz, mit bestimmten Ausnahmen wie das Eisenbahn-, Berg-, Forstwesen und das Wasserrecht, bei den neun Bundesländern zu liegen hat und es keine allumfassende Kompetenz auf Bundesebene gibt.

Des Weiteren werden in dieser Entscheidung jedoch auch die Aufgaben und Ziele der gesetzlichen Raumordnung festgelegt. Für die örtliche Raumordnung ist dies eine:

„[...] planmäßige und vorausschauende Gesamtgestaltung eines bestimmten Gebietes in Bezug auf seine Verbauung, insbesondere für Wohn- und Industriezwecke einerseits, und für die Erhaltung von im Wesentlichen unbebauten Flächen andererseits [...]“ (ebd.)

Dieser Punkt ist wesentlich, um zu verstehen, warum in dieser Arbeit insbesondere die Länder und Gemeinden, als auch die Regionen näher betrachtet werden. Denn obwohl auf Bundesebene im ÖREK 2011 bereits Strategien festgelegt wurden (siehe Kapitel 2.1.3), liegt die Umsetzungskompetenz bei AkteurInnen auf anderen Ebenen. Die Zuständigkeit auf Bundesebene besteht darin, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und bestimmte Entwicklungen anzuregen, nicht jedoch diese gesetzlich festzulegen.

Aufbauend auf dem Entscheid des Bundesverfassungsgerichtshofs wird in Österreich zwischen der überörtlichen und der örtlichen Raumordnung differenziert, wobei erstere wie bereits angesprochen Ländersache und letztere Gemeindegache ist. Jedes Bundesland ist dazu verpflichtet, ein Raumordnungsgesetz zu erlassen, in welchem Ziele und Grundsätze für die örtliche und überörtliche Raumordnungsebene formuliert sind. Da sich diese Arbeit mit Schrumpfung in drei Tiroler Gemeinden auseinandersetzt, werden im Anschluss die jeweiligen Gesetzesgrundlagen für das Bundesland Tirol genauer beleuchtet. Im konkreten Fall ist dies für Tirol das Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 (kurz: TROG 2016).

2.3.1 ÜBERÖRTLICHE RAUMORDNUNG IN TIROL

Grundsätzlich finden sich im TROG 2016 unterschiedliche Aufgabenbereiche und Ziele, wie der Schutz vor Naturgefahren oder die Bestimmungen zu Zweitwohnsitzen. Im Anschluss werden jene Bereiche aufgegriffen, welche direkt oder indirekt in Verbindung mit der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Im Bereich der *Siedlungsentwicklung* nennt das TROG 2016 als Ziel, dass die überörtliche Raumordnung Tirols dafür Sorge zu tragen hat, dass Siedlungsgebiete je nach Wohnbedarf der Bevölkerung erhalten und weiterentwickelt werden. Es gilt hierbei jedoch im Sinne einer „[...] geordneten und nachhaltigen räumlichen Entwicklung des Landes [...]“ (Art 1 Abs 1 TROG 2016) zu vermeiden, dass es zu einer Zersiedelung kommt, verdichtete Bauformen sind anzustreben (vgl. Art 1 Abs 2 TROG 2016).

Für die *Daseinsvorsorge* sind Standorte von Betrieben und Einrichtungen mit überörtlicher Versorgungsfunktion so zu verteilen, dass diese im gesamten Einzugsbereich rasch und

einfach erreichbar sind. Hierbei wird wiederum zwischen den *technischen* und den *sozialen* Infrastrukturen unterschieden werden:

Bei den *technischen Infrastrukturen*, wie der Abfallwirtschaft, Energieversorgung, Abwasserbeseitigung und IKT, ist darauf Wert zu legen, dass diese qualitativ hochwertig und bedarfsgerecht gegeben sein müssen. Gleiche Grundsätze gelten für die *sozialen Infrastrukturen* wie beispielsweise Kinderbetreuungseinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen und Einrichtungen des Rettungs- und Feuerwehrwesens und des Zivilschutzes. Auch bei den sozialen Infrastrukturen hat die Raumordnung dafür Sorge zu tragen, dass diese dem Bedarf entsprechend und räumlich ausgewogen vorhanden sind. (vgl. Art 1 Abs 2 lit b j m TROG 2016)

Im Bereich der *Wirtschaftsentwicklung* ist seitens der überörtlichen Raumordnung dafür zu sorgen, dass die Erhaltung und zeitgemäße Entwicklung der Wirtschaft möglich ist. Dies bedeutet, dass neben der Sicherung von landwirtschaftlichen Flächen, der Freihaltung von Flächen mit wichtigen Rohstoffvorkommen und der Flächensicherung für die touristische Entwicklung, die Raumordnung aufgefordert ist, Flächen mit ausreichender Größe zu sichern, welche zur Gründung, Ansiedelung und Erweiterung von Gewerbe- und Industriebetriebe benötigt werden. Dabei ist für die überörtliche Raumordnung das Verfolgen von regionalen Lösungen anzustreben. (vgl. Art 1 Abs 2 lit i TROG 2016)

Für die Erreichung der oben genannten Ziele ist darauf Bedacht zu nehmen, dass regionale Stärken berücksichtigt werden und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen geschaffen werden. (vgl. Art 2 TROG 2016)

2.3.2 ÖRTLICHE RAUMORDNUNG IN TIROL

Neben den Ländern haben die Gemeinden in ihrem Wirkungsbereich raumordnerische Aufgaben zu erfüllen, welche zusammenfassend als *örtliche Raumordnung* bezeichnet werden. Durch die Verfassungsnovelle 1962 erhielten die Gemeinden einen gestalterischen Auftrag und eine Autonomie bei der Raumordnung auf örtlicher Ebene (Art 118 BVG). Bezugnehmend darauf wurden im TROG 2016 auch die Aufgaben und Ziele der örtlichen Ebene festgehalten. Wie bereits bei der überörtlichen Ebene werden hier die wesentlichen Punkte, welche demographische und wirtschaftliche Belange betreffen, näher erläutert.

Ähnlich wie bei der überörtlichen Raumordnung wird auf der örtlichen Ebene eine vorausschauende Planung zur „[...] Erhaltung und Entwicklung des Siedlungsraumes und die Verhinderung der Zersiedelung durch die bestmögliche Anordnung und Gliederung der

Bebauung [...]“ (Art 27 Abs 2 lit a TROG 2016) empfohlen. Dabei ist es notwendig, diesen Wohnbedarf unter leistbaren Bedingungen und nach gegebenem Bedarf zu schaffen (vgl. Art 27 Abs 2 lit b TROG 2016). Hinsichtlich der Siedlungsentwicklung wird angemerkt, dass die gewachsenen Ortskerne gestärkt und belebt werden sollen (vgl. Art 27 Abs 2 lit o TROG 2016) und verdichtete Bauformen bzw. eine nachträgliche Verdichtung bestehender Bauformen anzustreben sind (vgl. Art 27 Abs 2 lit e TROG 2016).

Für die soziale und technische *Daseinsvorsorge* besteht die Aufgabe der örtlichen Raumordnung darin die notwendigen Einrichtungen „[...] zur Wasser-, Löschwasser- und Energieversorgung, zur Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung sowie der Schaffung sonstiger infrastruktureller Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen und dergleichen [...]“ sicherzustellen (vgl. Art 27 Abs 2 lit a TROG 2016). Gleichsam wie bei der Siedlungsentwicklung wird auch in der Daseinsvorsorge angemerkt, dass die Anordnung bestmöglich geschehen soll, um Zersiedelung zu verhindern (ebd.).

Für die wirtschaftlichen Bedürfnisse ist die Raumordnung auf örtlicher Ebene dafür zuständig, die *Weiterentwicklung und Erhaltung der Wirtschaft* zu sichern, wobei auch hier eine zweckmäßige und bodensparende Bebauung mitgedacht werden muss. Im Planungszeitraum sind Flächen nach dem gegebenen Bedarf auszuweisen (vgl. Art 27 Abs 2 lit b TROG 2016). Landwirtschaftliche Flächen, insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Bodenbonität sind zu erhalten und sollten erhalten bleiben (vgl. Art 27 Abs 2 lit h TROG 2016).

Ungeachtet dieser örtlichen Aufgaben kann eine Gemeinde nicht unabhängig agieren, sondern muss, dem TROG 2016 folgend, ihre Ziele und Grundsätze „[...] unter Bedachtnahme auf die Ziele und Grundsätze der überörtlichen Raumordnung [...]“ (Teil II Art 27 Abs 1 lit b TROG 2016) festlegen. Des Weiteren wird ebendort angemerkt, dass auch die Raumordnungsinteressen der Nachbargemeinden mitzudenken sind. Dies bedeutet, dass die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ebenen indirekt gesetzlich festgelegt ist und verlangt wird.

Neben den beiden gesetzlichen Ebenen von Land und Gemeinde hat in den vergangenen Jahrzehnten, und vor allem mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, auch die regionale Ebene zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im folgenden Kapitel wird die Region als Ebene im Raumordnungssystem vorgestellt und auf die Aufgaben und Ziele dieser Ebene wiederum im Hinblick auf die demographischen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse näher eingegangen.

2.3.3 DIE REGION IN DER RAUMORDNUNG

Rein rechtlich ist es in Österreich nicht verpflichtend, dass auf regionaler Ebene Raumordnung betrieben wird. Nichtsdestotrotz gibt es durch den Beitritt zur Europäischen Union, vor allem im Hinblick auf die Förderung von strukturschwachen Gebieten, Ansätze, welche das Ziel verfolgen, diese Regionen langfristig zu fördern. Basierend auf dem Ziel der Kohäsion sollen diese strukturschwachen Gebiete langfristig an die strukturstarken Regionen herangeführt werden und die Unterschiede zwischen den Regionen dadurch verringert werden. (vgl. LEADER 2018)

Zwar werden dieser Ebene nicht explizit raumordnerische Aufgaben zugeschrieben, nichtsdestotrotz hat die Regionalentwicklung, insbesondere bei der wirtschaftlichen Entwicklung, in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der hohe Stellenwert wird diesem neuen Akteur aufgrund der politischen Bedeutung einerseits und der Finanzmittelausstattung andererseits zugeschrieben. Die Auseinandersetzung mit raumordnerischen Themen auf regionaler Ebene hat dadurch zu einer impliziten Erweiterung der Raumordnungsebenen geführt. (vgl. WEBER 2005:10)

Hier überschneiden sich auch die Ziele und Aufgaben der Raumordnung und der Regionalentwicklung. WEBER (ebd.:13f.) hält fest, dass mit dem Auftreten der EU-Regionalentwicklung der Schwerpunkt raumbezogener Aktivitäten beim Entwickeln vom klassischen Bereich der Raumordnung hin zur Regionalentwicklung gewandert ist. Dabei ist die Regionalentwicklung jedoch als kein integrativer Teil der überörtlichen Raumordnung übernommen worden, sondern ist seither von der hoheitlichen Raumordnung abgekoppelt und agiert davon unabhängig und weitestgehend eigenständig.

Alle zehn Jahre werden die zentralen Ziele und Aufgaben der Regionalentwicklung von der Europäischen Union festgelegt. Im nachfolgenden Kapitel wird näher auf die derzeit laufende *Europa 2020*-Strategie mit ihren Zielen und Vorhaben eingegangen, wobei vor allem der Fokus auf der Entwicklung des ländlichen Raumes liegt. Des Weiteren wird noch kurz auf die zuständige Organisation in Tirol eingegangen und die zentralen Strategien in der Region Osttirol vorgestellt.

Die EU-Regionalpolitik und ihre Ziele

Für den Zeitraum 2014 bis 2020 setzt die Europäische Union auf ein *intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum*, um so unter anderem die europäische Wirtschaft und die nachhaltige soziale Marktwirtschaft zu stärken. Die unterschiedlichen Formen von Wachstum werden dabei wie folgt unterschieden (vgl. Europäische Union 2017):

- *intelligentes Wachstum*: wirtschaftliche Entwicklung durch Wissen und Innovation
- *nachhaltiges Wachstum*: Ressourcenschonenden, umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Wirtschaft
- *integratives Wachstum*: Förderung von wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt bei der wirtschaftlichen Entwicklung

Aufbauend auf diesem Programm hat sich die österreichische Bundesregierung im Oktober 2010 auf fünf nationale Kernziele verständigt, welche in Abbildung (7), angeführt sind.

BESCHÄFTIGUNG	FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG	ENERGIE
Beschäftigungsquote: 77-78% Foki: ältere Personen Frauen (jugendliche) MigrantInnen	F&E - Quote: 3,76% des BIP Foki: In Zusammenarbeit mit Unternehmen Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze	-16% der Treibhausgase für bestimmte Branchen (Nicht-ETS-Branchen) Anteil erneuerbarer Energie: 34% Stabilisierung des Energieverbrauchs
	BILDUNG	VERMINDERUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG
	SchulabbrecherInnenquote: 9,5% Anteil der 30 bis 34-jährigen mit Hochschulstudium: 38%	Rückgang um 235.000 Personen Foki: Beschäftigungssteigerung Verbesserung der Qualität in Jobs

Abbildung 7: Die fünf Kernziele Österreichs für die Regionalentwicklung (Eigene Darstellung, Quelle: Bundeskanzleramt 2018)

Anders als in der vorangegangenen Programmperiode werden die wesentlichen europäischen Förderfonds, welche zur Umsetzung und Erreichung der genannten Ziele mit finanziellen Mitteln ausgestattet wurden, für diese Periode gebündelt und verstärkt an diesem Programm (*Europa 2020-Strategie*) ausgerichtet. Zur Erreichung der wirtschaftlichen, sozialen und

territorialen Kohäsion innerhalb der Gemeinschaft rückt in dieser Programmperiode insbesondere *Wachstum* und *Beschäftigung* in den Fokus.

Die beiden wesentlichen Förderfonds für die Regionalentwicklung sind dafür der *Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums* (kurz: ELER) und der *Europäische Fonds für regionale Entwicklung* (kurz: EFRE). Weitere Fonds sind der *Europäische Sozialfonds* (kurz: ESF), der *europäische Meeres- und Fischereifonds* (kurz: EMFF) und der *Kohäsionsfonds* (kurz: KF). Für die laufende Programmperiode werden alle genannten Fonds unter dem *Europäischen Struktur- und Investitionsfonds* (kurz: ESI-Fonds) zusammengefasst und inhaltlich an den drei Wachstumszielen ausgerichtet. (vgl. ÖROK 2017a)

Mittels Partnerschaftsvereinbarung wurden zwischen Österreich und der Europäischen Kommission das Zusammenwirken der unterschiedlichen Fonds, deren Ziele und Ausrichtungen festgelegt, wobei nun auf die beiden für die Regionalentwicklung wichtigen Fonds näher eingegangen werden soll.

Neben den Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe und direkt damit verbundenen Verwaltungsmaßnahmen („erste Säule“) ist die zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik (kurz: GAP) in der Europäischen Union die Entwicklung und Unterstützung des ländlichen Raumes, wofür durch den ELER finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mittels der speziellen Förderschiene *LEADER* sollen Projekte in den Regionen initiiert und aufgebaut werden, um so die zentralen Ziele „[...] die Steigerung der regionalen Wertschöpfung, die Weiterentwicklung des natürlichen und kulturellen Kapitals sowie Fragen der infrastrukturellen Daseinsvorsorge“ (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus 2018) zu verfolgen. Die tatsächliche Ausgestaltung und Umsetzung der jeweiligen regionalen *LEADER*-Strategie steht den regionalen AkteurInnen frei, solange sie im Einklang mit den übergeordneten Zielen der *Europa 2020*-Strategie stehen. (vgl. ebd.) Neben dem ELER werden durch den EFRE weitere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um so die Kohäsion zwischen den Regionen zu fördern. Ausgehend vom BIP pro Kopf auf Bundesländerebene werden dafür die finanziellen Mittel verteilt. In Österreich sind alle Bundesländer, bis auf das Burgenland, welches als Übergangsregion (BIP/Kopf $\geq 75\%$ und $< 90\%$ des EU-27 Durchschnitts) gilt, als stärker entwickelte Regionen (BIP/Kopf $\geq 90\%$ im EU-27 Durchschnitt) ausgewiesen. Die beiden wesentlichen Ziele sind dabei einerseits *Investitionen in Wachstum und Beschäftigung* (kurz: IWB/EFRE) und andererseits eine *Europäische Territoriale Zusammenarbeit* (kurz: ETZ). Für die österreichischen Regionen wurden

unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, welche es auf regionaler Ebene gilt umzusetzen. Mittels IWB/EFRE werden vor allem „[...] regionalpolitische Beiträge zur Erreichung der Europa 2020 Ziele [...] geleistet.“ (ÖROK 2017b)

Umsetzung in den Tiroler Regionen: Regionalmanagement in Tirol

Für die inhaltliche und administrative Umsetzung auf regionaler Ebene sind in Tirol Regionalmanagementvereine zuständig, welche „[...] eine zielgerichtete Zusammenarbeit der Regionen mit dem Land, Bund und EU [...] und die strategische Ausrichtung der Regionalentwicklung [fördern]“ (Regionalmanagement Tirol 2017). Insgesamt sind derzeit acht Regionalmanagement in Tirol tätig. Ihre zentralen Aufgaben bestehen in der Erstellung einer lokalen Entwicklungsstrategie und in der Umsetzung ebendieser, wobei hier das Ziel ist, gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort intensiv zusammenzuarbeiten und neue Projekte zu entwickeln. (ebd.) Die finanziellen Mittel dafür werden aus dem bereits angesprochenen ESI-Fonds als auch, je nach Region, nationalen Förderprogrammen, wie für Osttirol dem Sonderförderungsprogramm *Natura 2000 Region Isel*, zur Verfügung gestellt. Die Regionalmanagementvereine Tirols sind seit dieser Programmperiode (2014-2020) als *One-Stop-Shop* konzipiert, um so die Bündelung unterschiedlicher nationaler, landesweiter, regionaler als auch EU-Programme zu fördern und einen regionalen Kontakt für potenzielle ProjektwerberInnen, unabhängig der jeweiligen Förderungsebene, zu installieren. Mittels des *Community-Led Local Development*-Ansatzes (kurz: CLLD) bei allen Förderprogrammen wird seit 2014 verstärkt auf die Integration und Verschränkung der unterschiedlichen EU-Förderprogramme gesetzt. Dies hat zur Folge, dass:

„[...] Regionalentwicklung im ländlichen Raum nicht losgelöst von den ‚Investitionen in Wachstum und Beschäftigung‘ gesehen wird und Themenfelder wie Arbeitsplätze, demographischer Wandel und Abwanderung integriert betrachtet werden.“ (EFRE 2017)

Wie bereits angesprochen, besteht das Ziel der laufenden Programmperiode darin, die Regionen durch wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung langfristig zu stärken und zu fördern. Für die Region Osttirol wurden dabei folgende wesentliche Schwerpunkte gesetzt:

Zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den ländlichen Gebieten soll vor allem die lokale bzw. die regionale Wirtschaft belebt werden. Die drei zentralen Schwerpunkte sind dabei der Ausbau eines authentischen und nachhaltigen Tourismus, eine moderne und sektorenübergreifende Land- und Forstwirtschaft als auch eine innovative, zukunftsfähige und

kooperative Struktur von klein- und mittelständischen Unternehmen, GründerInnen und Ein-Personen-Unternehmen in Osttirol. (vgl. RMO 2017)

Näher eingegangen wird auch auf die Abwanderung, insbesondere „[...] der ‚Abfluss‘ der gut ausgebildeten OsttirolerInnen in die österreichischen bzw. europäischen Ballungszentren.“ (ebd.) Neben einem integrierten Ansatz, durch welchen diese Thematik über alle Bereiche und Ziele der Regionalentwicklung gespannt werden soll, wird vor allem die Fortbildung vor Ort als möglicher Hebel für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für das Aufrechterhalten des sozialen Gefüges in der Region genannt. Einerseits soll dies durch eine „wirtschaftlich bedarfsorientierte Bildung“ (ebd.) passieren. Andererseits soll es möglich sein, dass, insbesondere junge Menschen, die Möglichkeit haben in der Region „Räume zur kreativen und individuellen Potenzialentfaltung“ (ebd.) vorzufinden. Dies soll langfristig beim Aufbau und der Stärkung des endogenen Potenzials in der Region helfen.

Ein weiterer Aspekt, welcher im Hinblick auf Schrumpfung genannt wird, sind die sozialen (pflegenden) Dienstleistungen vor Ort. Insbesondere Frauen werden hier als zentral angesehen, da diese häufig die Pflegearbeiten leisten. Hier gilt es Projekte zu finden, die die dadurch entstehenden individuellen Mehrfachbelastungen minimieren und dadurch den Abzug insbesondere von jungen Frauen zu verhindern. (ebd.)

Als letzte Punkte, welche die Siedlungsentwicklung und Abwanderung betreffen, werden die Mobilität und die Funktionsentleerung der Ortskerne genannt. Hinsichtlich der Funktionsentleerung sollen die Ortskerne gestärkt und neue Betriebsmodelle im Bereich der Nahversorgung entwickelt werden bzw. diese Betriebe bei *Kristallisationspunkten*, welche noch weitere, hier nicht näher angeführte, Funktionen übernehmen, im Ortskern angesiedelt werden. Außerdem wird die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden angeführt, welche, aufgrund der zunehmenden Komplexität bei rechtlichen Belangen und Aufgaben der Gemeinden, intensiviert werden soll. Im Bereich der Mobilität wird festgehalten, dass in Gebieten mit geringen Bevölkerungsdichten die Notwendigkeit besteht, finanziell tragbare Lösungen für den öffentlichen Personennahverkehr (kurz: ÖPNV) gefunden werden sollen. Dies soll insbesondere zur Unterstützung von PendlerInnen, Jugendlichen und PensionistInnen dienen. (ebd.)

Es zeigt sich, dass auf regionaler Ebene das Thema Schrumpfung, insbesondere die Abwanderung von jungen Menschen, als ein zentrales Thema gesehen wird. Es werden auch

bereits konkrete Ideen angeführt, um dieser Abwanderung entgegenzusteuern und die Lebensqualität in schrumpfenden Gemeinden zu erhalten bzw. zu verbessern.

Zusammenfassend wird deutlich, dass die wesentlichen AkteurInnen im österreichischen Raumordnungssystem einerseits auf Landesebene (überörtliche Raumordnung) und auf Gemeindeebene (örtliche Raumordnung) zu finden sind. Jedoch ist, wie von WEBER (2005) angemerkt, die Regionalentwicklung auf regionaler Ebene nicht außer Acht zu lassen, wenn man sich mit Prozessen im ländlichen Raum auseinandersetzt. Je nach Ebene sind die Ziele und Aufgaben zwar ähnlich und nehmen aufeinander Bezug (örtliche und überörtliche Ebene), jedoch werden auch Unterschiede sichtbar. Vor allem im Hinblick auf Schrumpfung wird von Seiten der regionalen Ebene dezidiert darauf auf Schrumpfung eingegangen. Hingegen sprechen die überörtliche und örtliche Ebene dieses Thema nur indirekt an. Viel eher wird auf diesen Ebenen davon gesprochen, dass die Aufgabe darin besteht die prognostizierten wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen mitzudenken. Demnach kann festgehalten werden, dass beide Entwicklungswege, Wachstum und Schrumpfung, bei der örtlichen und der überörtlichen Ebene als mögliche Entwicklungsvarianten implizit angesprochen werden. In der Regionalentwicklung wird hingegen Wachstum als deutliches Ziel verankert (bereits auf EU-Ebene) und darauf aufbauend findet sich dieses Ziel in der lokalen Entwicklungsstrategie wieder. Wirtschaftliche Schrumpfung bzw. Abwanderung gilt es durch regionale Projekte und Aktionen demnach zu verhindern.

Doch wie sieht es nun in der Raumordnungspraxis aus? Obwohl *Wachstum* in den Zielen und Strategien lediglich auf Ebene der Regionalentwicklung vorzufinden sind, wird, wie bereits in Kapitel 2.1.3 gezeigt wurde, seitens der Wissenschaft kritisiert, dass die Wachstumsbefangenheit in der Raumordnungspraxis allgegenwärtig sei. Auch wenn auf örtlicher und überörtlicher Ebene kein Wachstumszwang gesetzlich festgeschrieben wird, liegt die Vermutung nahe, dass auch auf diesen beiden Ebenen langfristiges Wachstum als Ziel in der Raumordnungspraxis gesehen wird. Der empirische Teil dieser Arbeit widmet sich dieser Problematik und es werden die tatsächlichen Wahrnehmungen und Strategien der AkteurInnen, welche tagtäglich mit diesen Themen in der Praxis arbeiten, vorgestellt und analysiert. Im nächsten Kapitel werden dafür zunächst die zentralen Forschungsfragen und die verwendete Methodik näher erläutert.

3 – FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODIK

Aufbauend auf den theoretisch-konzeptionellen Überlegungen gilt es im weiteren Verlauf der Arbeit die bereits eingangs kurz erwähnten Fragestellungen für das Fallbeispiel zu beantworten. Das folgende Kapitel widmet sich daher dem Forschungsdesign. Zuerst werden die zentralen Fragestellungen vorgestellt und näher auf diese eingegangen. Im Anschluss werden die methodischen Herangehensweisen zur Beantwortung der Forschungsfragen vorgestellt und besprochen.

3.1 Forschungsfragen

Wie in der Einführung dargelegt wurde, basiert die empirische Arbeit auf vier zentralen Forschungsfragen, welche die theoretischen Überlegungen aufgreifen, aufeinander aufbauen und ineinander übergehen.

Die vier zentralen Fragen lauten:

1. *Inwieweit sind wirtschaftliche und/oder demographische Veränderungen in den drei Gemeinden feststellbar, welche auf Schrumpfung hinweisen?*

Die erste Frage widmet sich der Struktur von Schrumpfung und klärt, ob überhaupt von Schrumpfung im Sinne von wirtschaftlichen und demographischen Veränderungsprozessen gesprochen werden kann. Dabei wird mittels einem Indikatorenset die eingangs festgelegte Definition von Schrumpfung operationalisiert und auf die Gemeinden in Osttirol angewendet.

2. *Wie werden diese Veränderungen von den relevanten Akteuren der unterschiedlichen Ebene wahrgenommen?*

Im weiteren Schritt soll geklärt werden, wie diese Veränderungen von den AkteurInnen auf den drei Ebenen wahrgenommen werden. Dabei sind zwei zentrale Schwerpunkte zu nennen: Welche Prozesse werden von den AkteurInnen gesehen und wie werden diese wahrgenommen.

3. *Welche Strategien verfolgen ebendiese Akteure der unterschiedlichen Ebenen im Umgang mit Schrumpfungsprozessen und wie lassen sich diese hinsichtlich einer „Wachstumsbefangenheit“ einzuordnen?*

Aufbauend auf *Forschungsfrage 2* wird im Anschluss geklärt, welche Strategien auf den unterschiedlichen Ebenen in der Praxis verfolgt werden. Dabei gilt es, mit den

theoretischen Überlegungen im Hintergrund, zu analysieren, ob auch in diesem Fallbeispiel weiter auf Wachstum gesetzt wird bzw. inwieweit Schrumpfung bereits Eingang in die Raumordnungspraxis gefunden hat.

4. *Welche Handlungsempfehlungen lassen sich durch die vorangegangene Analyse ableiten, um den Umgang mit demographischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen zu steuern?*

Aufbauend auf der Analyse der AkteurInnen sollen mögliche Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Schrumpfung in den drei untersuchten Gemeinden bzw. für den Bezirk Osttirol gegeben werden. Diese sollen den beteiligten AkteurInnen langfristig als Unterstützung dienen, um mit dieser komplexen Entwicklung auch in der Praxis besser agieren zu können

3.2 Methodik

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden unterschiedliche Methoden herangezogen, wobei einerseits quantitativ in Form einer Strukturdatenanalyse und andererseits qualitativ in Form von leitfadengestützten Interviews gearbeitet wurde.

Zur Beantwortung der *Forschungsfrage 1* wurde eine quantitative Analyse relevanter Strukturdaten erarbeitet, wodurch es möglich wurde, Gemeinden hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen zu strukturieren. Basierend auf diesem Indikatorenset, wurde eine Auswahl von drei Gemeinden getroffen, welche im weiteren Verlauf näher untersucht wurden. Alle verwendeten statistischen Gemeindedaten wurden, wenn keine spezifische Quellenangabe vorzufinden ist, von der Bundesanstalt für Statistik mit Genehmigung zur Verfügung gestellt.

Die Auswahl der Merkmale und Indikatoren beruht auf der Arbeit von GIFFINGER et al. (2008a) *Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem*, in der unterschiedliche Schrumpfungskennzeichen und –merkmale vorgestellt und auf Österreich umgelegt wurden, um so zu zeigen in welchen großräumigen Gebieten in Österreich von Schrumpfung gesprochen werden kann. Darauf aufbauend wurden fünf Merkmale mit sechs Indikatoren für einen bestimmten Zeitraum (1991-2015/2016) ausgewählt und auf Gemeindeebene angewendet. In Tabelle (3) werden die verwendeten Merkmale und Indikatoren abgebildet. Die unterschiedlichen Indikatoren beziehen sich dabei auf wesentliche Merkmale wie Überalterung, Abwanderung und niedrige Fertilität (*Demographische*

Merkmale) bzw. negative Arbeitsplatzentwicklung und Zunahme des AuspendlerInnenanteils (*Wirtschaftliche Merkmale*). Diese Merkmale spiegeln sich auch in der für diese Arbeit entwickelten Definition von Schrumpfung wider. Aufgrund geänderter Erhebungsmethoden und Begriffsdefinitionen im Untersuchungszeitraum kann es zu leichten Abweichungen hinsichtlich der Ergebnisse kommen.¹

AUSGEWÄHLTE MERKMALE UND INDIKATOREN	
DEMOGRAPHIE	
<i>DEMOGRAPHISCHE MERKMALE</i>	<i>DEMOGRAPHISCHE INDIKATOREN</i>
Überalterung	Anteil der Wohnbevölkerung über 65 Jahre 1991 - 2016
	Anteil der Wohnbevölkerung unter 15 Jahre 1991 - 2016
Abwanderung	Wanderungsbilanz 1991 - 2016
Niedrige Fertilität	Geburtenbilanz 1991 - 2016
WIRTSCHAFT	
<i>WIRTSCHAFTLICHE MERKMALE</i>	<i>WIRTSCHAFTLICHE INDIKATOREN</i>
Negative Arbeitsplatzentwicklung	Anteil der Arbeitsbevölkerung 1991 - 2015
Zunahme des AuspendlerInnenanteils	Anteil der AuspendlerInnen 1991 - 2015

*Tabelle 3: Ausgewählte Merkmale und Indikatoren für die Strukturdatenanalyse
(Eigene Darstellung, Quelle: Giffinger et al. 2008)*

Zur Untersuchungsregion muss noch angemerkt werden, dass die Auswahl des Bundeslandes Tirols, respektive der Bezirk Osttirol, aus zwei wesentlichen Gründen erfolgte. Zum einen ist dies darauf zurückzuführen, dass die Autorin selbst in der Regionalentwicklung für das Bundesland Tirol tätig war und währenddessen das Interesse für Gebiete, bei denen von Schrumpfung auszugehen ist und wie damit in der Praxis auch umgegangen wird, geweckt wurde. Die Auswahl des Bezirks innerhalb des Bundeslandes beruht darauf, dass lediglich im

¹ Zur Berechnung der *Arbeitsbevölkerung* (=Summe von Erwerbstätigen am Wohnort, EinpendlerInnen, NichtpendlerInnen) und dem *AuspendlerInnenanteil* (=AuspendlerInnen im Verhältnis zu den Erwerbstätigen am Wohnort) wurden bei der Volkszählung 1991 alle erwerbstätigen Personen in einer Gemeinde erfasst, die zum Zeitpunkt der Volkszählung einer bezahlten Tätigkeit von mindestens 12 Wochenstunden nachgegangen sind. 2001 wurden alle Personen älter ab 15 Jahren erfasst, die einer bezahlten Tätigkeit von mindestens einer Wochenstunde nachgegangen sind (inkl. Selbständige und mithelfende Familienangehörige, Präsenz- und Zivildienstler, erwerbstätiger Frauen in Mutterschutz und Personen in Elternkarenz). Im Jahr 2015 sind alle jene Personen als erwerbstätig definiert, welche mindestens eine Stunde als Unselbständige, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben. Personen in Elternkarenz (<22 Monate) mit aufrechtem Dienstverhältnis und Lehrlinge zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler.

Bezirk Osttirol von einer zunehmenden Schrumpfung auszugehen ist und auch in den nächsten Jahrzehnten davon ausgegangen werden kann wie in Abbildung (5) erkennbar.

Nach der Auswahl der Gemeinden wurden diese im Anschluss besucht und zugleich leitfadengestützte Interviews mit den Bürgermeister², als Akteure der örtlichen Raumordnungsebene, geführt. Zusätzlich dazu wurden leitfadengestützte Interviews mit Akteuren auf der regionalen Ebene und überörtlichen Ebene geführt, um so die Sichtweisen der relevanten Akteure auf überörtlicher Raumordnungsebene und auf der Ebene der Regionalentwicklung deutlich herausarbeiten zu können. Die Interviews wurden im Juni und September 2017 durchgeführt. Die ausgewählten Gesprächspartner der unterschiedlichen Ebene sind in Tabelle (4) dargestellt.

ÜBERÖRTLICHE EBENE	
DI Robert Ortner	Land Tirol, Sachgebiet Raumordnung Sachgebietsleiter Raumordnung
REGIONALE EBENE	
DI Christian Stampfer	Land Tirol, Abteilung Landesentwicklung und Zukunftsstrategie, EU-Regionalpolitik
DI Michael Hohenwarter	GF Regionalmanagement Osttirol
ÖRTLICHE EBENE	
Ingo Hafele	Bürgermeister St. Jakob im Deferegggen
Vitus Monitzer	Bürgermeister St. Veit im Deferegggen
Franz Hopfgartner	Bürgermeister Hopfgarten im Deferegggen

*Tabelle 4: Ausgewählte Interviewpartner
(Eigene Darstellung)*

Anschließend wurden die Ergebnisse der Interviews transkribiert, wobei die in Form einer literarischen Umschrift erfolgte, um die anschließende Bearbeitung des Materials zu erleichtern (vgl. MATTISEK et al. 2013: 193). Die anschließende Analyse erfolgte mittels einer strukturierenden Inhaltsanalyse (vgl. MAYRING 2002). Diese Analyse baut auf drei wesentlichen Schritten auf – der Erstellung eines Kategoriensystems, der Identifikation von Textstellen als Ankerbeispiele und der Formulierung von Codierregeln. Aufbauend darauf wurden die transkribierten Interviews entlang des Kategoriensystems analysiert, um so *Forschungsfrage 2* und *Forschungsfrage 3* zu beantworten.

² Aufgrund der männlichen Interviewpartner wird in den folgenden Kapiteln die rein männliche Schreibweise, an jenen Stellen verwendet, wo sich auf diese Gespräche bezogen wird.

Zum Schluss wurden darauf aufbauend Handlungsempfehlungen (*Forschungsfrage 4*) abgeleitet, welche einerseits die demographischen und wirtschaftlichen Veränderungen miteinbinden und andererseits die Ziele und Aufgaben der unterschiedlichen Ebenen mitbedenken.

4 – ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN FORSCHUNG

Zur Beantwortung der Forschungsfragen werden in diesem Kapitel die zentralen Ergebnisse des empirischen Teils vorgestellt. Dazu wird zuerst gezeigt, in welchen Gemeinden in Osttirol von Schrumpfung gesprochen werden kann. Danach wird näher auf die ausgewählten Gemeinden als Untersuchungsgebiet eingegangen. Aufbauend auf einer allgemeinen Beschreibung der drei Gemeinden, folgt ein kurzer historischer Abriss, um so ein breiteres Verständnis für die Geschichte des Untersuchungsgebietes zu ermöglichen. Im Anschluss daran werden ebendiese derzeitigen wirtschaftlichen und demographischen Veränderungsprozesse, welche bereits zur Identifizierung der Fallbeispiele herangezogen wurden, näher beschrieben. Im letzten Teil werden die Ergebnisse der leitfadengestützten Gespräche im Hinblick auf die Wahrnehmung von Schrumpfung und den erkennbaren Strategien im Umgang mit Schrumpfung näher besprochen.

4.1. Zu den drei untersuchten Gemeinden in Osttirol

Bezugnehmend auf die in Kapitel 2 entwickelte Arbeitsdefinition des Begriffs *Schrumpfung* als ein demographisch und wirtschaftlich rückläufiger Transformationsprozess, der über einen längeren Zeitraum in einem bestimmten räumlichen Gebiet nachweisbar ist, wurde ein Indikatorenset entwickelt (siehe Kapitel 3.2), welches zur Identifizierung der potenziellen Schrumpfungsgemeinden in Osttirol verwendet wird. Anschließend wurden die Indikatoren summiert und kartographisch dargestellt (siehe Abbildung 8).

Als erstes demographisches Merkmal wird die *Überalterung* herangezogen, welche sich einerseits aus der Zunahme der Wohnbevölkerung über 65 Jahre zwischen 1991 und 2016 ergibt, andererseits durch den Rückgang der Wohnbevölkerung unter 15 Jahre im selben Zeitraum. Bei beiden Indikatoren zeigt sich, dass alle bzw. beinahe alle Gemeinden in Osttirol von Überalterung geprägt sind. Bei 23 Gemeinden kommt hinzu, dass im gleichen Zeitraum die Wanderungsbilanz negativ war. Daher weisen diese Gemeinden das demographische Merkmal von Abwanderung auf. Ein ganz anderes Bild zeigt sich, wenn man die Geburtenbilanz betrachtet. Lediglich eine Gemeinde, die Bezirkshauptstadt Lienz weist eine negative Geburtenbilanz im gesamten Untersuchungszeitraum auf. Wie bereits in der Arbeitsdefinition festgehalten, sind neben demographischen auch wirtschaftliche Faktoren ausschlaggebend. In Bezug auf eine wirtschaftliche Schrumpfung werden hier zwei Merkmale näher betrachtet – die Arbeitsplatzentwicklung und der Anteil der AuspendlerInnen an den Beschäftigten am Wohnort, jeweils für den Zeitraum zwischen 1991 und 2015. Hinsichtlich

einer negativen Arbeitsplatzentwicklung zeigt sich, dass in zehn Gemeinden der Anteil der Arbeitsbevölkerung rückläufig war und daher von einer negativen Arbeitsplatzentwicklung gesprochen werden kann. In 29 von 33 Gemeinden ist im gleichen Zeitraum der Anteil der AuspendlerInnen an den am Wohnort Beschäftigten angestiegen. Dementsprechend trifft das wirtschaftliche Merkmal von einem hohen AuspendlerInnenanteil in beinahe allen Gemeinden zu (siehe Tabelle 2). Summiert man nun die Indikatoren, welche in den jeweiligen Gemeinden auftreten, wird erkennbar, in welchem Maß die jeweiligen Gemeinden Schrumpfungseigenschaften aufweisen.

<i>DEMOGRAPHISCHE INDIKATOREN</i>			
ANZAHL DER GEMEINDEN	32	Anteil der Wohnbevölkerung über 65 Jahre 1991 - 2016	
	33	Anteil der Wohnbevölkerung unter 15 Jahre 1991 - 2016	
	23	Wanderungsbilanz 1991 - 2016	
	1	Geburtenbilanz 1991 - 2016	
	<i>WIRTSCHAFTLICHE INDIKATOREN</i>		
	10	Anteil der Arbeitsbevölkerung 1991 - 2015	
29	Anteil der AuspendlerInnen 1991 - 2015		

*Tabelle 5: Demographische und wirtschaftliche Schrumpfungseigenschaften angewendet auf die Gemeinden in Osttirol
(Eigene Darstellung, Datengrundlage: STATISTIK AUSTRIA)*

In Tabelle (5) werden diese summierten Indikatoren auf Gemeindeebene³ dargestellt. Es wird deutlich, dass mindestens zwei Indikatoren für jede Gemeinde zutreffen. Interessant ist, dass die räumliche Verteilung der Gemeinden mit einer hohen bzw. einer niedrigen Zahl von Schrumpfungseigenschaften bestimmte Muster aufweisen, welche auch bereits in *Kapitel 2* thematisiert wurden. So sind im Süden rund um die Bezirkshauptstadt Lienz, welche ebenfalls vier Schrumpfungseigenschaften aufweist, die Gemeinden mit deutlich geringeren Schrumpfungstendenzen, wohingegen in den abgelegenen Gebieten im Norden und den Seitentälern eine stärkere Schrumpfungstendenz sichtbar wird. Es zeigt sich demnach, dass ländlich-periphere Gemeinden in Osttirol mehr Schrumpfungseigenschaften vorweisen, als Gemeinden in Zentrumsnähe. Des Weiteren wurden in der Abbildung (8) bereits jene Gemeinden gekennzeichnet, welche für die nähere Untersuchung als Fallbeispiele ausgewählt wurden (in blau). Dies sind die Gemeinden St. Jakob in Deferegggen (kurz: St. Jakob i. D.), St. Veit in Deferegggen (kurz: St. Veit i. D.) und Hopfgarten in Deferegggen (kurz: Hopfgarten i.

³ Um ein möglichst reales Bild der Siedlungsstrukturen abzubilden, sind die tatsächlich bebauten oder potenziellen Siedlungsflächen auf Gemeindeebene dargestellt.

D.). Bei ihnen ist einerseits eine Häufung der Schrumpfungskennwerte erkennbar, wobei für St. Veit i. D. vier Indikatoren, für die beiden anderen Gemeinden jeweils fünf Indikatoren zutreffend sind. Andererseits ist vor allem die räumliche Lage interessant. Zum einen liegen die Gemeinden in einer Talschaft und liegen daher räumlich sehr nahe zueinander. Doch trotz dieser räumlichen Nähe sind alle drei Ortschaften peripher gelegen, wenn man die Entfernung zur Bezirkshauptstadt mitbedenkt. Aus diesen Gründen wurden letztlich diese drei Gemeinden für die weiteren Analysen tiefergehend betrachtet.

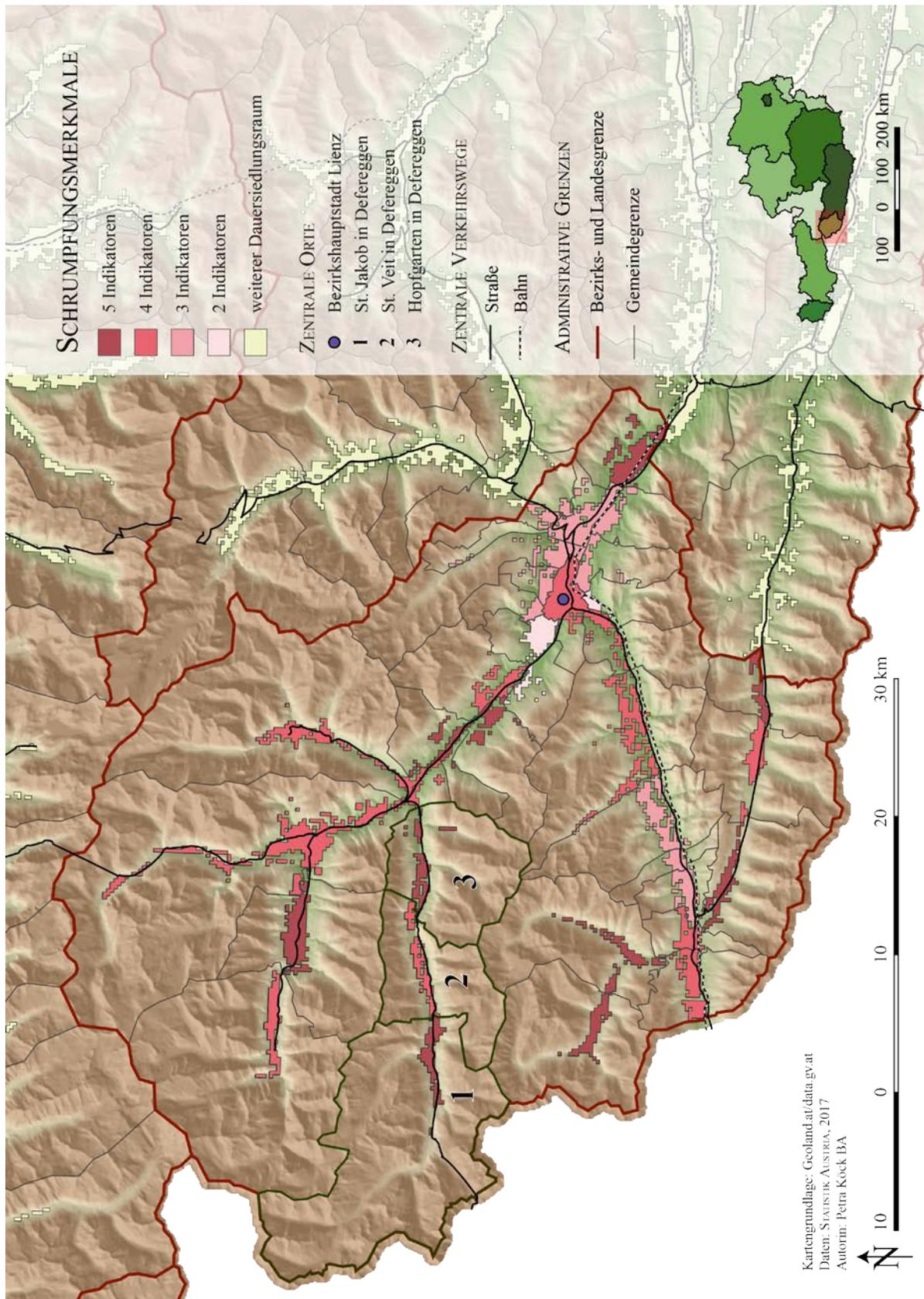


Abbildung 8: Schrumpfungskindikatoren auf Gemeindeebene in Osttirol
 Untersuchungsgemeinden werden in grün gekennzeichnet
 (Eigene Darstellung, 2017)

Die drei ausgewählten Gemeinden – St. Jakob i. D., St. Veit i. D., Hopfgarten i. D. – liegen, wie die Namen bereits erahnen lassen und auf der Karte dargestellt wurde, im Defereggental, dem mittleren der drei Hochgebirgstäler im Bezirk Osttirol des Bundeslandes Tirol. Nördlich des Defereggentals befindet sich das Virgental und südlich das Pustertal. Das Tal erstreckt sich von Osten nach Westen und wird dabei von der Schwarzach als Hauptfluss durchflossen. Im Westen grenzt das Tal an Südtirol an, welches über den Gebirgspass Staller Sattel (2052 m.ü.A.) erreicht werden kann. Im Osten grenzt die Talschaft an das Iseltal an. Der nächste Ort des angrenzenden Iseltals ist Huben, welcher zur Gemeinde Kals am Großglockner gehört. Die Bezirkshauptstadt Lienz, mit knapp 12.000 EinwohnerInnen (Stand: 2017) (STATISTIK AUSTRIA 2018f), ist rund 40 Kilometer entfernt und mit dem Auto in ca. 40 Minuten zu erreichen. Die Landeshauptstadt Innsbruck ist rund 180 Kilometer entfernt und in ca. 3 Stunden zu erreichen. Bereits aufgrund der Entfernung kann man, bezugnehmend auf die Definition in Kapitel 2 von einem ländlich-peripheren Raum sprechen. Hinzu kommen eine nicht von der Hand zu weisende inneralpine Lage und die geringe Bevölkerungsdichte im Tal.

Der Hauptort des Tals, welcher zugleich auch aufgrund des dortigen Skigebiets Brunnalm als touristischer Mittelpunkt gesehen werden kann, ist am westlichen Talende die Gemeinde St. Jakob i. D. Das Zentrum liegt auf einer Seehöhe von 1.389 Metern und ist über die Talstraße von Huben ganzjährig erreichbar. In den Sommermonaten kann seit 1974 auch die Passstraße als Verbindungsmöglichkeit Richtung Südtirol genutzt werden. Insgesamt wird die Gemeinde in Gemeindeteile (=Rotten) untergliedert. Der Ortskern mit zentralen Einrichtungen befindet sich dabei zentral am Talboden. Auf der Abbildung (9) wird deutlich, dass größtenteils die Besiedelung entlang der Schwarzach erfolgt. Daneben gibt es auch auf den Hängen einige Weiler und einzelne landwirtschaftliche Gebäude. Flächenmäßig ist St. Jakob i. D. die zweitgrößte Gemeinde des Bezirks, wobei nur ein Bruchteil tatsächlich bewohnbar ist. (4,1 km² von 186 km²) (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2018g).

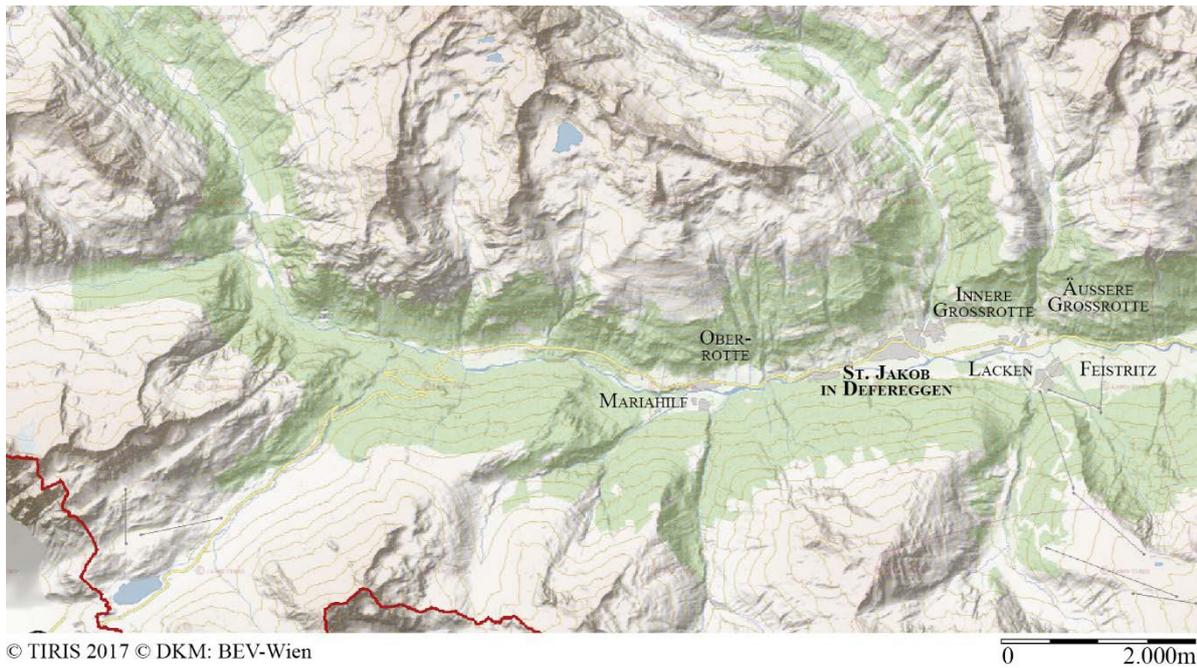
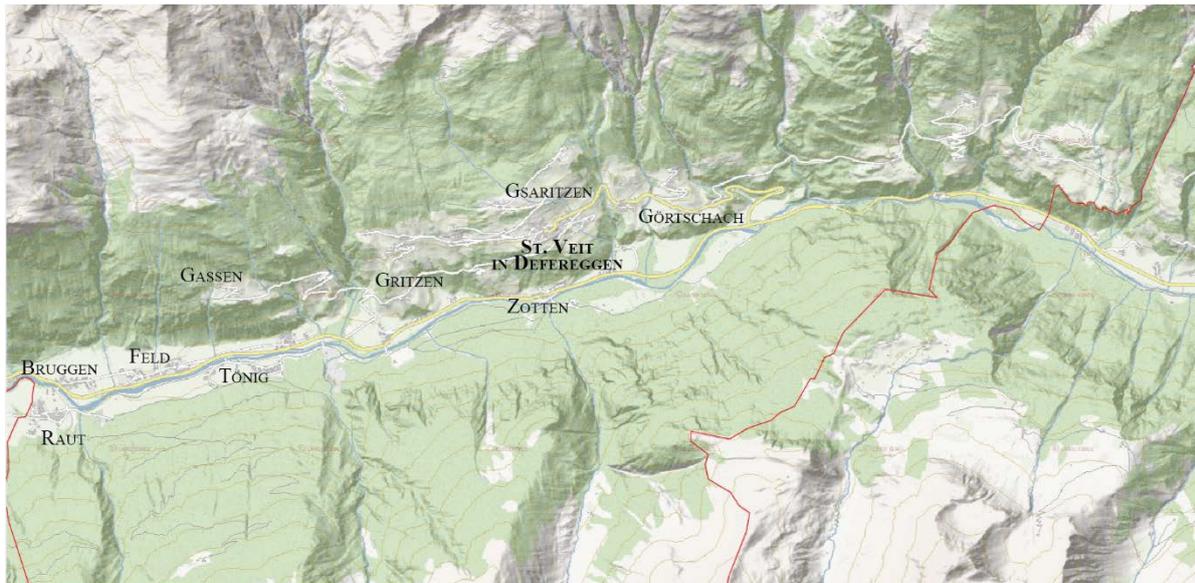


Abbildung 9: Das Gemeindegebiet mit den besiedelten Gemeindeteilen von St. Jakob i. D.
 (Gemeindegrenze in rot) (Eigene Darstellung, Quelle: TIRIS 2018)



Abbildung 10: Das Zentrum der Gemeinde St. Jakob im Defereggental (Eigene Aufnahmen, 2017)

Östlich an St. Jakob i. D. angrenzend befindet sich die kleinste Gemeinde der Talschaft St. Veit i. D.. Ähnlich wie in St. Jakob i. D. ist auch hier nur ein kleiner Teil des Gemeindegebiets als Siedlungsgebiet geeignet (4,6 km² von 61,5 km²) (STATISTIK AUSTRIA 2018g). Die Gemeinde ist wiederum in mehrere Fraktionen unterteilt, wobei sich die einwohnerInnenstärkste Fraktion Bruggen am westlichen Ende der Gemeinde befindet. Anders als in St. Jakob i. D. liegt das Zentrum der Gemeinde nicht am Talboden, sondern in der Fraktion Gsaritzen auf einer Seehöhe von knapp 1.500 Metern. (Abbildung 11)



© TIRIS 2017 © DKM: BEV-Wien

0 1.000m

Abbildung 11: Das Gemeindegebiet mit den besiedelten Gemeindeteilen von St. Veit i. D. (Gemeindegrenze in rot) (Eigene Darstellung, Quelle: TIRIS 2018)



Abbildung 12: Das Zentrum der Gemeinde St. Veit i. D. am Steilhang (Eigene Aufnahme, 2017)

Bevor man das Defereggental über eine steile Passstraße verlässt und nach Huben gelangt, passiert man die dritte Gemeinde des Tals. Hopfgarten i. D. untergliedert sich, ähnlich wie die beiden anderen Gemeinden, in mehrere Gemeindeteile. Das Zentrum der Gemeinde liegt dabei wie schon bei St. Jakob i. D. am Talboden und liegt auf einer Seehöhe von 1.107 Metern und damit deutlich niedriger als in den beiden Nachbargemeinden. Die weiteren Gemeindeteile befinden sich entweder ebenfalls am Talboden (Dölach und Plon) oder nördlich auf den Hängen überhalb (Lerch, Hof, Rajach) (siehe Abbildung 13). Auch in dieser Gemeinde ist lediglich ein kleiner Teil des Gemeindegebiets als Siedlungsraum nutzbar (4,1 km² von 73,2 km²) (STATISTIK AUSTRIA 2018g).

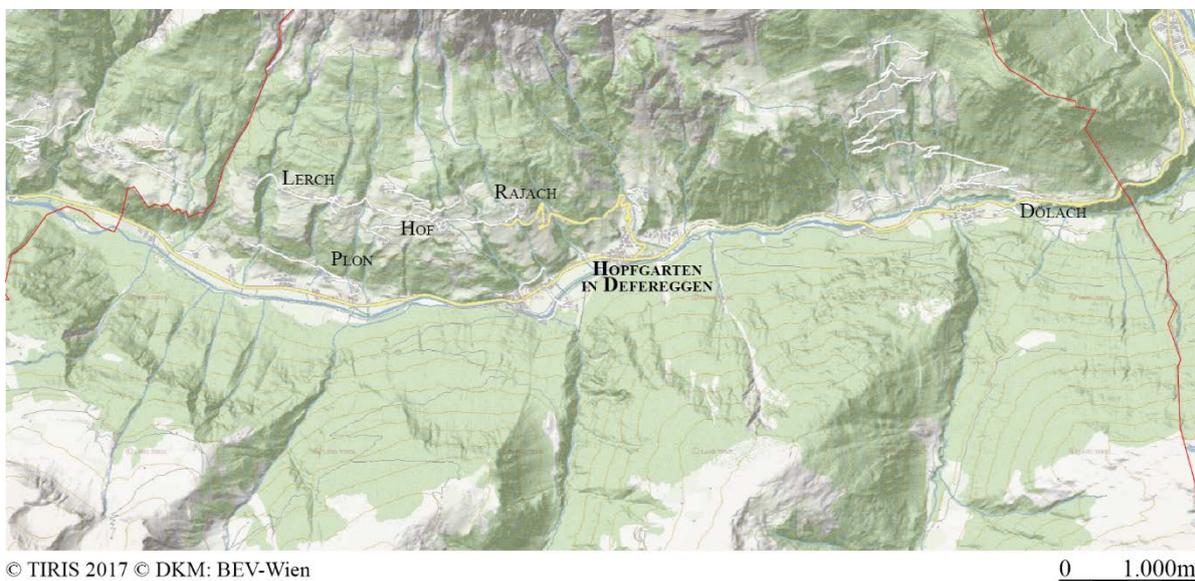


Abbildung 13: Das Gemeindegebiet mit den besiedelten Gemeindeteilen von Hopfgarten i. D. (Gemeindegrenze in rot) (Eigene Darstellung, Quelle: TIRIS 2018)



Abbildung 14: Das Gemeindezentrum von Hopfgarten i. D. aus der Ferne (Eigene Aufnahme, 2017)

Insgesamt umfasst das Defereggental eine Gesamtfläche von rund 320 km², davon sind, wie bereits bei den einzelnen Gemeinden gezeigt wurde, lediglich ein Bruchteil als Siedlungsraum nutzbar. Dieser Siedlungsraum, welcher landwirtschaftlich genutzte Flächen als auch besiedelte und potentiell besiedelbare Flächen umfasst, (vgl. WONKA 2008) beläuft sich im Defereggental auf zirka 13 km² (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2018g). Überwiegend befinden sich die Siedlungsräume und die Zentren der Gemeindeteile am Talboden, da hier die Neigung geringer ausfällt. Lediglich in der Gemeinde St. Veit i. D. ist das Zentrum nicht im Talboden. Daneben gibt es einzelne Fraktionen bzw. Rotten in den Gemeinden, welche oftmals auf den Hängen liegen oder weiter entfernt vom Ortskern sind. Insgesamt leben im gesamten Defereggental 2.259 Personen (Stand 01.01.2017) (STATISTIK AUSTRIA 2018h). Die Bevölkerungsdichte, bezogen auf den (potenzielle) Siedlungsraum, beträgt dabei 173 EinwohnerInnen pro km², was, verglichen mit dem Tiroler Durchschnitt von 1.661 EinwohnerInnen pro km², verdeutlicht, dass die Bevölkerungsdichte im Defereggental deutlich geringer ist. Auch im Vergleich zum Bezirk Osttirol (279 EW/km² (potenzieller) Siedlungsraum) ist das Defereggental dünn besiedelt. Wie diese Besiedelung abgelaufen ist und welche historischen Veränderungen das Defereggental durchlaufen hat, wird im Folgenden kurz beschrieben.

4.1.1 HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES DEFEREGGENTALS

Die Besiedelung des Defereggentals ist unweigerlich mit der Besiedelung der gesamten Region verbunden. Zwar stammt die erste urkundliche Erwähnung aus dem 12. Jahrhundert, jedoch wird davon ausgegangen, dass bereits im 7. Jahrhundert eine ständige Besiedelung stattgefunden hat. Archäologische Funde aus den 1980er Jahren weisen darauf hin, dass sich bereits in der Steinzeit (8.000 – 5.000 v. Chr.) Menschen dort angesiedelt haben. Dies macht das Defereggental bzw. St. Jakob i. D. zum ältesten nachweisbaren Ort in Osttirol (vgl. DEFEREGGENTAL 2018). Historisch betrachtet wurde die Region von unterschiedlichen Völkern beeinflusst, welche sich überwiegend aufgrund der reichen Bodenschätze niederließen und Handel betrieben. Unter anderem waren dies indogermanische Völker wie die Illyrer, die Kelten und die Römer, wobei Letztere vor allem im Iseltal anzutreffen waren. Nach einer relativ stabilen Periode bis ins 5. Jahrhundert setzte auch in der Region die Völkerwanderung ein und nach dem Zerfall des weströmischen Reichs durchzogen verschiedene germanische Stämme die Region, bis im 6. Jahrhundert Slawen und BajuvarInnen hinzukamen. Um 770 nahm die Christianisierung durch bayerische Gruppen zu. Zu dieser Zeit gehörte das Tal zu einem bayrischen Adelsgeschlecht, der Grafschaft Görz,

„[...] [das] über 400 Jahre in Lienz und Görz, zu Zeiten auch über Kärnten, Tirol, die Krain, Friaul und einige angrenzende Marken und Landschaften geherrscht hatte.“ (ebd.:56). Weiteren nennenswerten Besitz an der Region und insbesondere dem Defereggental hielten Tiroler Grafen, geistliche Herrscher wie das Bistum Brixen oder die Salzburger Erzbischöfe. (vgl. KRÖLL et al. 46ff.)

Diese stark heterogenen Besitzverhältnisse haben das Defereggental lange Zeit geprägt. Immer wieder wurde um die Grenzziehung zwischen den unterschiedlichen Grafschaften und Bistümern gestritten. Beispielsweise galt im westlichen Talschluss die genaue Grenzziehung des Staller Sattels als strittig. Aufgrund des Fischreichtums der beiden Seen am Staller Sattel, gab es zwischen den Grafen von Görz und dem Hochstift Brixen als Vertreter der Grafen von Tirol öfter Bestrebungen das Gebiet für sich zu beanspruchen. Erst 1683 konnten diese Streitigkeiten durch eine Kompromisslösung beigelegt werden. (vgl. ebd.:60)

Weitere konfliktrträgige Gebiete waren, aufgrund des Bergbaus, die Enklaven Feistritz und Görtshach, welche rechtsgültig der Görzer Grafschaft gehörten, jedoch vom Bistum Salzburg beansprucht wurden. Eine weitere Grenze, welche das Salzburgerische und das Görzer bzw. später Tirolerische Defereggental voneinander trennte, hatte besondere Bedeutung für die Bevölkerung. Diese Grenze, welche zwischen den heutigen Gemeinden St. Veit i. D. und Hopfgarten i. D., verlief, erschwerte den Handel zwischen den beiden Talteilen erheblich. Erst durch die französische Besatzungsmacht während den Napoleonischen Kriegen wurden die verworrenen Grenzen beseitigt. 1918 wurden die Österreichischen Staatsgrenzen entlang der Wasserscheide im Westen am Staller Sattel neu gezogen. Die Gebiete nordwestlich des Seebachs wurden der Gemeinde St. Jakob i. D. zugesprochen. (vgl. ebd.)

Durch diese heterogenen Besitzverhältnisse, die Besiedelung durch unterschiedliche Gruppen, und der Grenzziehung innerhalb der Talschaft bestand unterschiedlich viel bzw. wenig Kontakt zwischen den Deferegger Gemeinden. Allerdings wird deutlich, dass, mit Blick auf die historische Entwicklung des Tals, das Defereggental keineswegs eine Sackgasse war bzw. ist, sondern „[...] nach allen Seiten offen gewesen [...] [ist]“ (ebd.:130).

Wirtschaftlich betrachtet war die Landwirtschaft, insbesondere die Viehzucht, für die BewohnerInnen des Defereggentals die zentrale Einkommensquelle. Wesentlichen Einfluss auf die bäuerliche Struktur hatte die Verwaltungsreform am Ende des 13. Jahrhunderts, wodurch das Land zwar von den Bauern und Bäuerinnen bewirtschaftet wurde, jedoch, basierend auf einem Freistiftrecht, jährliche Abgaben an den Grafen abzuführen waren. In

dieser Zeit wurde im Görzer Urbar, einem Verzeichnis, wo die Güter und deren Einkünfte festgehalten wurden, für das Defereggental 20 Wirtschaftseinheiten identifiziert. Zwölf Höfe stellten dabei die wirtschaftlich zentralen Einrichtungen dar, wobei acht davon von den bayrischen Grundherren zur Rinder- aber auch für die Schafhaltung zur Verfügung gestellt wurden und Erträge an diese wiederum abzuliefern waren. Daneben bestand ein weiteres Ziel darin den Wirtschafts- und Siedlungsraum durch Rodungen auszuweiten. (vgl. ebd.:106)

Das Rechtsverhältnis, welches im Defereggental vorherrschend war, war das Freistift. Dieses sachrechtliche Verhältnis führte zu einem engen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Grundherren und BewirtschafterInnen, da, neben einer jährlichen Pacht, auch weitere zusätzliche, nicht planbare Abgaben wie Amtsgelder, Abgaben bei Hofübergaben oder kirchliche Abgaben, zu entrichten waren. Den Grundherren stand es frei, das Pachtverhältnis jährlich aufzukündigen. Diese Unsicherheiten führten dazu, dass „[...] ohne Rücksicht auf Schonung des Bodens und des Waldes im Interesse einer langfristigen guten Entwicklung [...]“ (ebd.:108), die BewirtschafterInnen zum einen versuchten die Landwirtschaft zu intensivieren und neue Flächen zu erschließen. Zum anderen war es ein langfristiges Ziel Eigenbesitz zu erlangen oder zusätzliches Einkommen im Nebenerwerb zu lukrieren. Die Bewirtschaftung der Höfe erfolgte durch Hausgemeinschaften, was bedeutet, dass es kein persönliches Vermögen gab, sondern das Familieneinkommen vom Bauern verwaltet wurde. Im Defereggental lebten bis zu 38 Personen in solchen Hausgemeinschaften, wobei diese bis Anfang des 19. Jahrhunderts vorzufinden waren. Das Austreten aus den Gemeinschaften galt als schwierig. Nichtsdestotrotz zogen es vor allem junge Leute vor, sich von diesen Bindungen zu lösen. Mit der zunehmenden Ablösung von Hausgemeinschaften Anfang des 19. Jahrhunderts mussten viele Höfe aufgegeben werden, da die Aufteilung der Besitzungen eine Grundzersplitterung mit sich brachte und sich die wirtschaftlichen Leistungen verringerten. (vgl. ebd.:108f.)

Vermutlich bereits im 16. Jahrhundert führten die schlechten Lebensbedingungen in den Hausgemeinschaften und die schlechte Versorgung der BewohnerInnen mit Lebensmitteln aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl zu neuen wirtschaftlichen Tätigkeiten. Unter anderem wurde Arbeit im Bergbau, der Forstwirtschaft und im Handwerk gefunden. (ebd.:190ff.) Am Ende des 19. Jahrhunderts setzte dann der Fremdenverkehr auch im Iseltal ein. Mit der Fertigstellung der Bahnlinie durch das Pustertal war das vormals nur schwer zu erreichende Iseltal mit seinen Seitentälern nun auch leichter erreichbar. Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs endete jedoch der beginnende Tourismus, auch im Defereggental,.

(ebd.:241f.) Eine weitere Einkommensquelle, wofür das Defereggental über die Talgrenzen hinaus bekannt wurde, ist der HausiererInnenhandel. Die Umstände und Voraussetzungen für die Entwicklung des Wirtschaftsbereichs sind bislang nicht geklärt, jedoch wird davon ausgegangen, dass bereits im 16. Jahrhundert DefereggerInnen im Ausland und in anderen Landesteilen Handel betrieben haben. Anfangs noch zur Überbrückung der langen Wintermonate in der Talschaft, wo es kaum Arbeit gab, erreichte der HausiererInnenhandel im 18. Jahrhundert und Anfang des 19. Jahrhunderts seine Blüte und einzelne HausiererInnen schlossen sich zu Kompanien zusammen, um so die Tätigkeiten intensivieren zu können. Trotz des wirtschaftlichen Erfolgs blieben die Familien der HausiererInnen im Defereggental, da diese ohnehin anfangs nicht ganzjährig wegblieben und spätestens im Sommer zur Bewirtschaftung der Landwirtschaft zurückkamen. Erst mit der zunehmenden Etablierung von festen Geschäften zogen auch weitere Familienmitglieder in die Städte. Die zusätzlichen Erschwernisse im HausiererInnenhandel einerseits durch die Reise- und Handelsbeschränkungen während der Napoleonischen Kriege und andererseits durch die neu in Kraft getretene HausiererInnenordnung Tirols im Jahr 1818 führten dazu, dass neue Unternehmensmodelle angedacht werden mussten. So entstanden in zahlreichen Städten wie Salzburg, Lienz, Graz oder Wien Deferegger Geschäfte oder Fabriken. (ebd.:214ff.)

Auf die Bevölkerungszahlen im Defereggental hatte der HausiererInnenhandel direkte Auswirkungen. Ging man anfangs aufgrund der schlechten Lebenssituation im Tal gezwungenermaßen weg, wurden nach der Etablierung von Geschäften und Fabriken in den Städten die Familien und Kinder aus dem Defereggental nachgeholt.

„Seit der Gründung der Geschäfte und Fabriken hat eine bemerkenswerte Abwanderung aus dem Defereggental eingesetzt. Der Rückgang der Bevölkerung in St. Jakob zwischen 1848 und 1923 betrug nahezu 50%, in St. Veit nur 41% und in Hopfgarten 32%. Wenn die geringere Kinderzahl, die Opfer des Ersten Weltkrieges und die Abwanderung in den nachfolgenden Notzeiten diese Entwicklung verursacht haben [...] so liegen die Ursachen für die drastische Abnahme im Defereggental eindeutig darin, anderswo Handel zu treiben.“ (ebd.:222)

Diese Abwanderung hatte jedoch auch Vorteile für die TalbewohnerInnen. So brachten die Weggezogenen bei Besuchen Geld in die Region oder verbrachten ihren Lebensabend wieder in der Talschaft. Auch die zuvor einsetzende Grundstückzersplitterung wurde gestoppt und das die Landwirtschaft wurde für die zurückgebliebenen Personen wieder rentabel. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie kam jedoch für einige dieser Deferegger Firmen das wirtschaftliche Ende, da ihr Erfolg vor allem darin lag Handel in allen Teilen der Monarchie zu betreiben. (vgl. ebd.:223)

Nach dem ersten Weltkrieg kam es zu einem kurzen Aufschwung des Fremdenverkehrs. Es wurden Fremdenzimmer in den Bauernhäusern eingerichtet und für die Sommerfrische der WienerInnen und Deutschen genutzt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs, wodurch der Fremdenverkehr ein zweites zum Erliegen kam, wurde in den 1950er Jahren wieder ein Aufschwung spürbar. 1966 wurde der erste Lift in St. Jakob i. D. eröffnet, was einerseits dazu führte, dass sich diese Gemeinde als touristisches Zentrum herausbildete und andererseits der Wintertourismus gegenüber dem Sommertourismus an Bedeutung gewann. (vgl. ebd.:245f.) Der aufkeimende Tourismus Mitte des 20. Jahrhunderts hat die wirtschaftlichen und demographischen Verhältnisse im Tal erneut verändert, wie dies bereits während dem Hausiererhandel im letzten Jahrhundert der Fall war. Von einer beinahe gänzlich bäuerlich geprägten Gesellschaft und Wirtschaft in den 1920er Jahren nahm die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung kontinuierlich ab. Für die Mitte der 1980er Jahre kann eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur festgestellt werden. „[D]ie landwirtschaftliche Tätigkeit überwiegt bei weitem nicht mehr, sie ist zum Nebenerwerb geworden“ (ebd.:250). Dies hatte zur Folge, dass durch die Errichtung von Pensionen und Hotels nun die Bevölkerung ohne bäuerlichen Hintergrund Arbeit im Defereggental finden konnte und die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig stagnierte beziehungsweise nicht mehr als zentrale Einkommensquelle gesehen wurde.

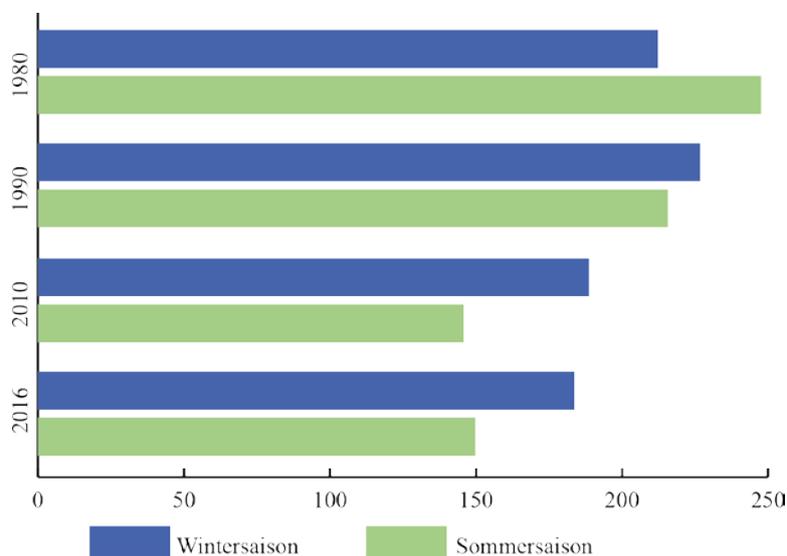


Abbildung 15: Die absoluten Nächtigungen (in 1.000) zwischen 1980 und 2016 im Defereggental (Eigene Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA)

Bezugnehmend auf die touristische Entwicklung wird in Abbildung (15) sichtbar, dass im Jahr 1980 im Vergleich zu den darauffolgenden Jahrzehnten die Gesamtnächtigungszahlen einen Höchststand erreichten. Lediglich in der Wintersaison (November bis April) 1990 gab es

einen leichten Anstieg von 7 Prozentpunkte auf knapp unter 227.000 Nächtigungen. Für 2016 gab es in der Sommersaison (Mai bis Oktober) im Defereggental knapp 150.000 Nächtigungen, was einen Rückgang von 40 Prozentpunkte seit 1980 bedeutet. Auch in der Wintersaison ist ein Rückgang um rund 29.000 Nächtigungen bzw. 13 Prozentpunkte zu erkennen.

Landwirtschaft und Tourismuswirtschaft prägen bis heute das Erscheinungsbild der drei Gemeinden. Bei vielen der landwirtschaftlichen Gebäuden aber auch bei anderen Wohngebäuden ist erkennbar, dass diese für touristische Zwecke genutzt werden.

Wirft man einen Blick auf die heutige Erwerbsstatistik wird jedoch deutlich, dass die lokale Bevölkerung größtenteils nicht in diesen beiden Sektoren Arbeit findet. Für das Jahr 2015 sind insgesamt 965 Personen in Defereggental erwerbstätig, wobei die größte Gruppe (148 Personen bzw. 15,3 Prozent) dem Sektor der Warenherstellung zuzuschreiben ist. Im Bereich der Beherbergung und Gastronomie arbeiten 11,6 Prozent bzw. 112 Personen der Bevölkerung. In der Landwirtschaft hingegen arbeiten 9,3 Prozent der erwerbstätigen Personen ausmacht. Lediglich im Handel und in der Bauwirtschaft (beide 11,6 Prozent) arbeiten mehr Personen. In den genannten fünf Wirtschaftssektoren arbeiten demnach 557 Personen, was 57,6 Prozent der gesamten Erwerbstätigen ausmacht (siehe Abbildung 16).

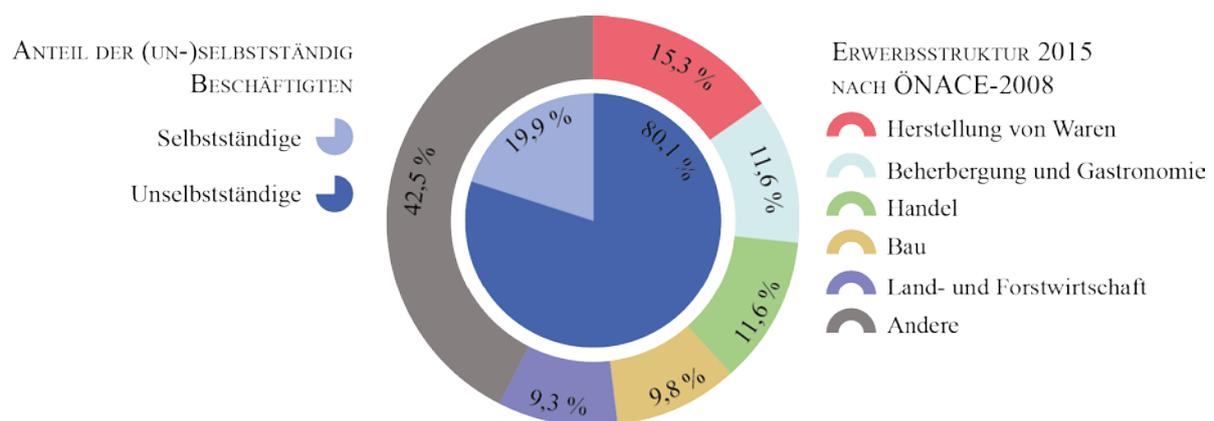


Abbildung 16: Erwerbsstruktur der Bevölkerung im Defereggental 2015
(Eigene Berechnung & eigene Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA 2018e)

Seit 1991 gehören Teile des Defereggentals zum Nationalpark Hohe Tauern. Der Nationalpark wurde 1981 auf der Kärntner Seite gegründet und 1984 bzw. 1991 auf der Salzburger und Tiroler Seite erweitert. Oberste Ziele sind einerseits die Sicherung von naturnahen Kulturlandschaften und andererseits die Erhaltung der Naturlandschaft. In den Außenzonen, welche im Defereggental vor allem die Almflächen betreffen, soll versucht werden die Kulturlandschaft zu erhalten und die biogenetische Artenvielfalt zu fördern. In der Kernzone, welche überwiegend die darüber liegenden Eis- und Felsregionen betrifft, werden menschliche Eingriffe ausgeschlossen. (vgl. NATIONALPARK HOHE TAUERN 2017)

Nach diesem Überblick über das Tal, der kurzen Beschreibung der Gemeinden und der historischen Entwicklungen im Defereggental, werden im folgenden Unterkapitel die drei untersuchten Gemeinden hinsichtlich ihrer demographischen und wirtschaftlichen Veränderungen zwischen 1991 und 2016 näher besprochen, um zu zeigen, inwieweit in den drei Gemeinden von Schrumpfung gesprochen werden kann.

4.1.2 REZENTE ENTWICKLUNGEN IM HINBLICK AUF SCHRUMPfung

Im Hinblick auf die rezenten Entwicklungen in den drei Gemeinden werden jene Indikatoren besprochen, welche für die Identifizierung und Auswahl der Gemeinden herangezogen wurden. Durch diese quantitative Analyse wird ein verfeinerter Blick auf die Prozesse gegeben, umso genauer zu zeigen, in welchen Bereichen Schrumpfung tatsächlich auftritt.

4.1.2.1 Demographische Veränderungen

Betrachtet man die demographische Entwicklung der einzelnen Gemeinden wird deutlich, dass in allen drei Gemeinden ähnliche Prozesse, jedoch in unterschiedlicher Intensität, auszumachen sind.

Insgesamt nahm in St. Jakob i. D. die Bevölkerung zwischen 1991 und 2016 um 13,8 Prozent von 1.005 auf 866 Personen ab, was der vierhöchste Wert im Bezirk ist. Lediglich zwischen 1991 und 2001 ist ein Anstieg der Wohnbevölkerung feststellbar. In Bezug auf die Veränderung der Bevölkerungskohorten hat im Untersuchungszeitraum der Anteil der Personen über 65 Jahre um rund neun Prozent von 12,3 auf 21,4 Prozent zugenommen, wohingegen der Anteil der Personen unter 15 Jahren zurückging. Waren im Jahr 1991 noch 20,7 Prozent der Personen unter 15 Jahre alt, ist der Anteil bis 2016 sukzessiv auf 14,6 Prozent zurückgegangen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies eine Steigerung der ältesten Bevölkerungsgruppe von 124 auf 185 Personen bei einem gleichzeitigen Rückgang der jüngsten Bevölkerungsgruppe von 208 auf 127 Personen.

In St. Veit i. D. weist die Entwicklung der Bevölkerungszahlen Parallelen zu St. Jakob i. D. auf. Zwar hat zwischen 1991 und 2001 die Bevölkerung zugenommen (1991:766, 2001:791), jedoch ist die Zahl im Gesamtzeitraum um zehn Prozentpunkte von 766 auf 693 zurückgegangen. Auch der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren ist von 21,1 Prozent auf 16,7 Prozent gesunken, wohingegen der Anteil der Personen über 65 Jahre von 14 Prozent auf 19,4 Prozent gestiegen ist. In absoluten Zahlen sind das ein Anstieg von 107 auf 134 Personen über 65 Jahre und ein Rückgang der Altersgruppe unter 15 Jahren von 162 auf 116 Personen.

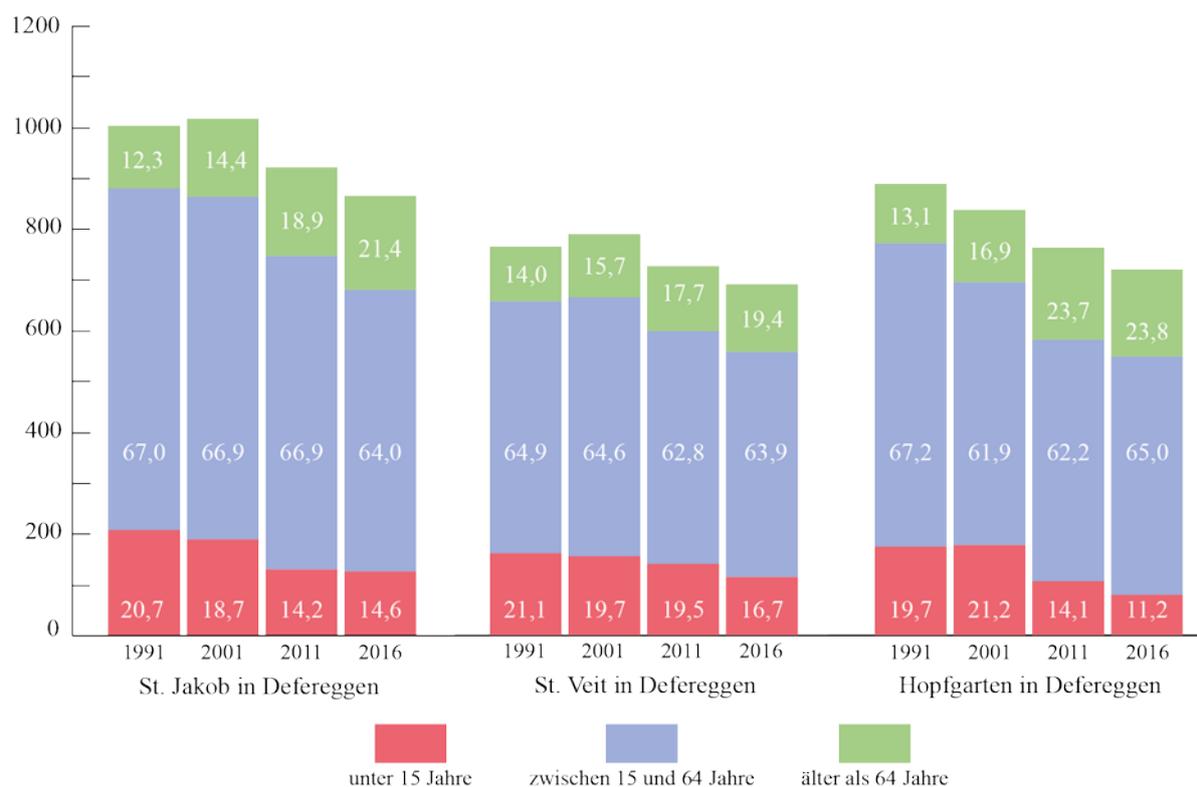


Abbildung 17: Absolute und relative Veränderung der Bevölkerungsstruktur in den drei Gemeinden von 1991 bis 2016 (Eigene Berechnung & eigene Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA)

In Hopfgarten i. D. ist im gesamten Untersuchungszeitraum ein konstanter Rückgang der Wohnbevölkerung feststellbar. Im Jahr 1991 hatte die Gemeinde 890 EinwohnerInnen. Diese Zahl ist bis 2016 auf 722 zurückgegangen, was relativ (-18,9 Prozentpunkte) betrachtet die höchste Rückgangsrage der untersuchten Gemeinden ist. Außerdem gab es, anders als in den beiden anderen Gemeinden, zwischen 1991 und 2001 keinen Anstieg der Wohnbevölkerung. Betrachtet man nun die unterschiedlichen Alterskohorten näher, ist wiederum ein Rückgang der Anzahl von Personen unter 15 Jahren feststellbar. Zwischen 1991 und 2016 ging der Prozentsatz von 19,7 Prozent auf 11,2 Prozent zurück, wobei zwischen 1991 und 2001 ein leichter Anstieg von 1,5 Prozentpunkten festzumachen ist. Für die Altersgruppe über 65 Jahre

kann festgehalten werden, dass es auch in dieser Gemeinde zu einem Anstieg von 13,1 Prozent auf 23,8 Prozent gekommen ist. Wiederum in absoluten Zahlen bedeutet das ein Ansteigen der Bevölkerungsgruppe welche älter als 65 Jahre ist von 117 auf 172 Personen und ein Rückgang der jüngsten Bevölkerungsgruppe von 175 auf 81 innerhalb von 25 Jahren.

Neben der Veränderung der Alterskohorten, wurden für die Analyse der Bevölkerungsentwicklung die Wanderungs- und Geburtenbilanzen als zwei weitere Indikatoren näher untersucht. Eine negative Wanderungsbilanz ist dabei der Indikator für Abwanderung in den untersuchten Gebieten. Die Geburtenbilanz gibt Auskunft über die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde (siehe Kapitel 2).

Bezüglich der Geburtenbilanz ist festzustellen, dass diese in allen drei Gemeinden zwischen 1991 und 2016 positiv ist, wobei bei einer genaueren Betrachtung innerhalb des Zeitraumes deutlich wird, dass in den letzten fünf Jahren in zwei Gemeinden auch die Geburtenbilanz negativ war. In St. Jakob i. D. bleibt die Geburtenbilanz zwischen 1991 und 2016 zwar positiv, jedoch ist ein Rückgang über die Jahre erkennbar. Insgesamt gab es über den gesamten Zeitraum einen Geburtenüberschuss von 116, wobei zwischen 1991 und 2001 der Überschuss deutlich größer war (+58), zwischen 2001 und 2011 leicht fiel (+46) und zwischen 2011 und 2016 deutlich zurückging (+12). Im Vergleich dazu ist die Wanderungsbilanz im gesamten Untersuchungszeitraum negativ. Dies bedeutet, dass zwischen 1991 und 2016 245 Personen mehr aus der Gemeinde abgewandert sind als im gleichen Zeitraum in die Gemeinde zugewandert sind. Vor allem zwischen 2001 und 2011 hat die Zahl der abgewanderten Personen deutlich zugenommen. Auch zwischen 2011 und 2016 haben bereits 68 Personen mehr die Gemeinde verlassen, wobei dies lediglich die letzten fünf Jahre sind. Vergleicht man nun die Geburtenbilanz mit der Wanderungsbilanz wird deutlich, dass es zwar durchaus einen natürlichen Bevölkerungszuwachs gibt, jedoch können diese Zahlen jene der negativen Wanderungsbilanz nicht ausgleichen. Dementsprechend kam es zu einem Rückgang der Gesamtbevölkerung zwischen den Jahren 1991 und 2016.

In der Nachbargemeinde St. Veit i. D. ist ebenfalls für den gesamten Zeitraum eine positive Geburtenbilanz festzustellen. Insgesamt sind in dieser Gemeinde zwischen 1991 und 2015 78 Personen mehr geboren worden als gestorben sind, wobei auch hier wieder ein differenzierter Blick Unterschiede innerhalb des Untersuchungszeitraums verdeutlicht. Lag der Geburtenüberschuss zwischen 1991 und 2015 noch bei 67 ist zwischen 2001 und 2011 ein deutlicher Rückgang des Geburtenüberschusses auf 21 erkennbar. Zwischen 2011 und 2016, also in den letzten fünf Jahren, war die Geburtenbilanz negativ (-10). Dies bedeutet, dass es

zwischen 2011 und 2016 bislang um 10 Personen mehr Sterbefälle als Geburten gab. Parallelen zur Gemeinde St. Jakob i. D. sind auch bei der die Wanderungsbilanz erkennbar. So ist in St. Veit i. D. die Wanderungsbilanz im Gesamtuntersuchungsraum negativ (-181), wobei vor allem zwischen 2001 und 2011 deutlich mehr Personen abgewandert sind, als in den zehn Jahren zuvor. Für die Bevölkerungsentwicklung bedeutet das wiederum, dass im gesamten Untersuchungszeitraum mehr Personen die Gemeinde verlassen haben, sei es durch Abwanderung oder Sterbefälle, als durch Zuwanderung oder Geburten hinzugekommen sind. Anzumerken ist, dass zwischen 1991 und 2001 durch die hohe positive Geburtenbilanz die negative Wanderungsbilanz ausgeglichen werden konnte. In den folgenden Jahren, vor allem in den letzten fünf Jahren, in denen auch die Geburtenbilanz negativ war, trifft dies nicht mehr zu und die Gesamtbevölkerungszahl ging zurück.



Abbildung 18: Bevölkerungsentwicklung der Deferegger Gemeinden von 1991 bis 2016 in absoluten Zahlen (Eigene Berechnung & Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA)

Eine beinahe idente Entwicklung zeigt sich in Hopfgarten i. D.. Auch hier ist die Geburtenbilanz zwischen 1991 und 2016 positiv (+75), wobei sich zwischen 2011 und 2016 die Geburtenbilanz negativ entwickelt hat (-8). Gleich wie in den beiden anderen Gemeinden waren die geburtenstärksten Jahre zwischen 1991 und 2001 (+67), während zwischen 2001 und 2011 ein starker Rückgang zu erkennen ist (+16). Die Wanderungsbilanz ist im gesamten Untersuchungszeitraum negativ. Der Analyse nach sind 246 Personen mehr aus der Gemeinde abgewandert als zugewandert, was der höchste absolute Wert aller drei Gemeinden ist. Die

stärkste Abwanderung ist zwischen 1991 und 2001 feststellbar (-118), wohingegen zwischen 2001 und 2011 leichtgefallen ist (-87) und zwischen 2011 und 2016 derzeit bei -41 liegt. Aufgrund dieser hohen negativen Wanderungsbilanz und der geringen Geburtenbilanz ist, wie in den beiden anderen Gemeinden, die Bevölkerungsentwicklung für diesen Zeitraum negativ.

Im nächsten Schritt wird näher auf die wirtschaftliche Entwicklung der drei Gemeinden hinsichtlich der Schrumpfungsmarkte und –indikatoren eingegangen. Zuerst wird dafür auf die Arbeitsplatzentwicklung und danach auf die Veränderung des Anteils der AuspendlerInnen in den Gemeinden eingegangen.

4.1.2.2 Wirtschaftliche Veränderungen

Um Aufschluss über die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden zu geben, wurden die Arbeitsbevölkerung und der Anteil der AuspendlerInnen an der Wohnbevölkerung als Indikatoren herangezogen. Im Hinblick auf die Arbeitsbevölkerung wird deutlich, dass auf Bezirksebene zwischen 1991 und 2015 der Anteil um über 20 Prozentpunkte gestiegen ist. In absoluten Zahlen ist dies ein Anstieg von 17.578 auf 21.389 Personen, welche in Osttirol einen Arbeitsplatz haben. Im Defereggental tritt im selben Zeitraum eine andere Dynamik zu Tage.

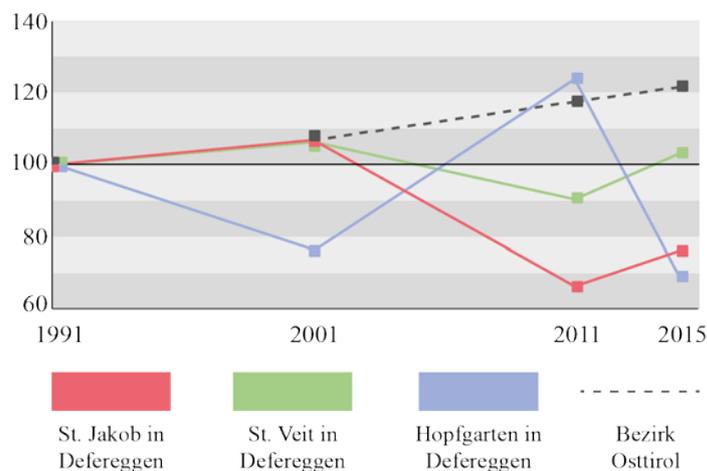


Abbildung 19: Die Entwicklung der Arbeitsbevölkerung in relativen Zahlen von 1991 bis 2015 (Eigene Berechnung & eigene Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA)

In St. Jakob i. D., als Gemeinde mit den meisten Arbeitsplätzen, gab es zwischen 1991 und 2015 einen Rückgang um 31 Prozentpunkte von 335 auf 231 Personen, wobei es vor allem zwischen 2001 und 2011 zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitsbevölkerung kam. Innerhalb des Zeitraums ist zwischen 2011 und 2015 wiederum ein leichter Anstieg (von 222

auf 231 Personen) feststellbar. Nichtsdestotrotz ist im gesamten Untersuchungszeitraum die Arbeitsplatzentwicklung für St. Jakob i. D. negativ.

Eine vergleichsweise andere Entwicklung wird bei der Gemeinde St. Veit i. D. erkennbar. Hier kam es zwischen 1991 und 2015 zu einem geringen Anstieg der Arbeitsbevölkerung um drei Prozent, wobei dies, in absoluten Zahlen betrachtet, einen Anstieg von 94 auf 97 Personen bedeutet. Dieser Anstieg liegt jedoch auch deutlich unter dem bezirksweiten Niveau von über 20 Prozent. Bis zum Jahr 2011 verlief die Entwicklung der Gemeinde ähnlich wie in St. Jakob i. D. Kam es zwischen 1991 und 2001 zu einem Anstieg von 94 auf 100 Personen, so ist zwischen 2001 und 2011 ein Rückgang auf 85 Personen, welche in der Gemeinde einer Arbeit nachgingen, zu verzeichnen. Bis 2015 stieg die Zahl der Arbeitsbevölkerung, wie bereits besprochenen auf 97 Personen an. Die Schwankungen sind demnach in dieser Gemeinde im Vergleich zu den anderen beiden Gemeinden relativ gering und über den Gesamtbetrachtungszeitraum auch positiv.

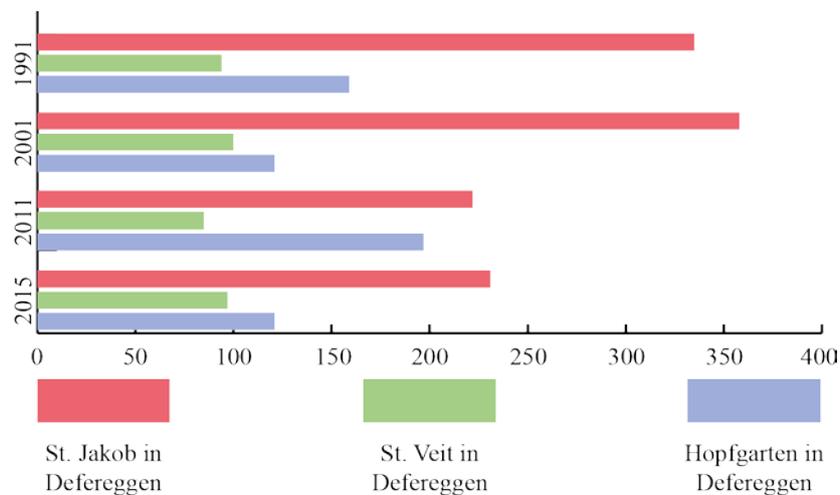


Abbildung 20: Die Entwicklung der Arbeitsbevölkerung in absoluten Zahlen von 1991 bis 2015 (Eigene Berechnung & eigene Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA)

In der Gemeinde Hopfgarten i. D. zeigen sich wieder ähnliche Entwicklungen wie in St. Jakob i. D. Zwischen 1991 und 2015 haben um 23,9 Prozent weniger Personen in der Gemeinde einen Arbeitsplatz gefunden. Lediglich zwischen 2001 und 2011 kam es, entgegen dem Trend im Tal, zu einer deutlichen Zunahme der Arbeitsplätze⁴. Dabei überstieg die örtliche Wachstumsrate auch die Arbeitsplatzentwicklung auf Bezirksebene. In absoluten Zahlen

⁴ Dies kann mit dem Bau und der Eröffnung des Hotels Zedernklangs erklärt werden, welches im Jahr 2008 eröffnet wurde und wo bis zu 40 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. <http://tirv1.orf.at/stories/329933> [15.01.2018]

wiederum betrachtet, zeigt sich für Hopfgarten i. D., dass zwischen 1991 und 2015 die Zahl der Arbeitsbevölkerung von 159 auf 121 Personen sank. In der Detailanalyse wird deutlich gezeigt, dass, anders als in den beiden Nachbargemeinden, die Zahl der Arbeitsbevölkerung in den zehn Jahren zwischen 1991 und 2001 von 159 auf 121 Personen sank. Der bereits angesprochene Anstieg zwischen 2001 und 2011 belief sich auf 76 Personen, wobei zwischen 2011 und 2015 der Rückgang wiederum 76 betrug und somit 2015 die Gemeinde wieder eine Arbeitsbevölkerung von 121 Personen umfasst.

Neben der Arbeitsplatzentwicklung wurde auch der Anteil der AuspendlerInnen an den Erwerbstätigen am Wohnort als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung ausgewertet. Trotz der in allen drei untersuchten Gemeinden vorhandenen Arbeitsplätze, wird schnell deutlich, dass in den letzten 25 Jahren der Anteil der AuspendlerInnen an den Erwerbstätigen am Wohnort deutlich zugenommen hat, das bedeutet, dass immer mehr GemeindebürgerInnen ihre Arbeitsstätte außerhalb der Gemeinde haben. Bezirksweit ist der Anteil der AuspendlerInnen an den Beschäftigten am Wohnort von 51,2 Prozent (1991) auf 60,1 Prozent (2015) angestiegen, wobei zwischen 2011 und 2015 der Anteil minimal (-0,1 Prozentpunkt) abgenommen hat. Bei den Gemeinden im Defereggental ist, ähnlich wie bei der Arbeitsplatzentwicklung, mehr Dynamik als auf Bezirksebene zu verzeichnen.

Im Hauptort und gleichzeitig dem touristischen Zentrum des Tals St. Jakob i. D. ist eine Zunahme des AuspendlerInnenanteils an den Beschäftigten am Wohnort in den Jahren 1991 bis 2015 um 14,2 Prozentpunkte von 34,3 Prozent auf 48,5 Prozent erkennbar. Waren im Jahr 1991 noch insgesamt 353 Beschäftigte in der St. Jakob i. D., so ist diese Zahl bis 2015 auf 324 Beschäftigte zurückgegangen. Gleichzeitig ist die absolute Zahl der AuspendlerInnen von 121 auf 157 Personen angestiegen. Wenn man den Untersuchungszeitraum weiter unterteilt, wird sichtbar, dass zwischen 1991 und 2011 der Anteil der AuspendlerInnen von 34,3 Prozent auf 49,3 Prozent zugenommen hat. Zwischen 2011 und 2015 ist ein leichter Rückgang um 0,8 Prozentpunkte auf 48,5 Prozent zu verzeichnen. Diese Entwicklung zeigt, dass in St. Jakob i. D. zwar der AuspendlerInnenanteil im Gesamtbetrachtungszeitraum zugenommen hat, es muss jedoch angemerkt werden, dass der Anteil im Vergleich mit den bezirksweiten AuspendlerInnen deutlich geringer ist.

Diese Aussage trifft für die Gemeinde St. Veit i. D. nicht zu. Hier ist der permanente Anteil der AuspendlerInnen deutlich höher und nahm auch innerhalb des Untersuchungszeitraums zu. Pendelten 1991 noch 159 Personen (68,5%) für ihre Arbeit aus der Gemeinde aus, stieg die Zahl bis 2015 auf 204 Personen, was einen Anteil von 73,4 Prozent der Beschäftigten der

Gemeinde entspricht. Mit diesem Wert liegt die kleinste Gemeinde des Tals auch deutlich über dem bezirksweiten Durchschnitt. Interessant ist auch, dass der Anteil zwischen 2001 und 2015 leicht zurückgegangen ist. Betrachtet man den Untersuchungszeitraum genauer, ist feststellbar, dass es nur zu einer leichten Veränderung der absoluten Zahlen gekommen ist. So gab es beispielsweise 2001 und 2011 jeweils 274 Erwerbstätige in der Gemeinde. Im Jahr 2001 pendelten davon 210 Personen und im Jahr 2011 lediglich um sechs Personen weniger, nämlich 204 Personen, in eine andere Gemeinde zur Arbeit. Zwischen 2011 und 2015 blieb die absolute Zahl der AuspendlerInnen konstant. Lediglich die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg auf 278 Personen an, wodurch der Anteil der AuspendlerInnen auf 73,4 Prozent zurückging. Trotz dieser leichten Abnahme des AuspendlerInnenanteils seit 2001 ist es im Gesamtbetrachtungszeitraum zu einem deutlichen Anstieg gekommen. Des Weiteren muss hinzugefügt werden, dass der Anteil der AuspendlerInnen im Vergleich zum Bezirk über die Jahre hinweg deutlich höher war.

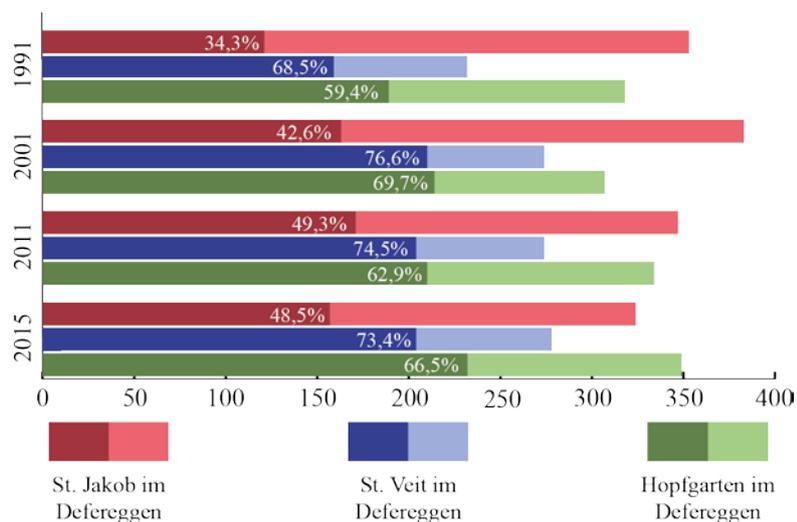


Abbildung 21: Veränderungen des AuspendlerInnenanteils (dunkler Farbton) im Vergleich zu den Beschäftigten am Wohnort (heller Farbton) (Eigene Berechnung & Darstellung, Datenquelle: STATISTIK AUSTRIA)

In Hopfgarten i. D. stieg der Anteil der AuspendlerInnen an den Beschäftigten am Wohnort zwischen 1991 und 2015 von 59,4 Prozent um 7,1 Prozentpunkte auf 66,5 Prozent an. Somit liegt auch diese Gemeinde deutlich über dem bezirksweiten Durchschnitt im Untersuchungsraum, wobei der Anteil geringer ist als in St. Veit i. D. Insbesondere zwischen 1991 und 2001 ist eine deutliche Zunahme der AuspendlerInnen zu verzeichnen. Dies hängt zum einen mit dem generellen Rückgang der Erwerbstätigen in der Gemeinde (1991: 318, 2001: 307) zusammen. Zum anderen stieg im gleichen Zeitraum auch die Zahl der

AuspendlerInnen von 189 Personen auf 214 Personen an. Zwischen 2001 und 2011 stieg die absolute Zahl der Beschäftigten am Wohnort wieder auf 334, wobei davon 210 auspendelten. Dementsprechend sank auch der Anteil der AuspendlerInnen auf 62,9 Prozent. Bis 2015 nahmen die absolute Zahl der Beschäftigten am Wohnort (349 Personen) und gleichzeitig auch der Anteil der AuspendlerInnen (232 Personen) zu. Folglich stieg der Anteil der AuspendlerInnen auf 66,5 Prozent.

Nach Betrachtung der demographischen als auch wirtschaftlichen Indikatoren lassen sich wesentliche Punkte festhalten, die auf Schrumpfung, aus quantitativer Sicht, hindeuten. Zum einen ist es in allen Gemeinden zu einem Rückgang der Bevölkerung gekommen ist, wobei sich gleichzeitig auch die Alterststruktur der Gemeinden verändert hat. Der kontinuierliche Rückgang der jüngsten Bevölkerungsgruppe bei einem gleichzeitigen Anstieg der ältesten Bevölkerungsgruppe weist auf eine zunehmende Überalterung in allen drei Gemeinden hin. Folglich ist auch das Merkmal der Überalterung in allen drei Gemeinden zutreffend. Hinzu kommt, dass vor allem, mit Fokus auf die letzten fünf untersuchten Jahre, in zwei der Gemeinden eine negative Geburtenbilanz erkennbar ist, welche eine Intensivierung der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren vermuten lässt. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung wird in allen drei Gemeinden, gegen den bezirkswerten Trend des Wachstums, eine Schwankung bei der Arbeitsplatzentwicklung deutlich. Bis auf St. Veit i. D., wo sich für den Zeitraum zwischen 1991 und 2015 ein leichter Anstieg der Arbeitsbevölkerung abgezeichnet hat, war in den beiden anderen Gemeinden die Arbeitsplatzentwicklung rückläufig. Dementsprechend kann in diesen beiden Gemeinden von einer schrumpfenden wirtschaftlichen Entwicklung gesprochen werden. Hinzu kommt, dass der Anteil der AuspendlerInnen seit 1991 bis 2015 in allen drei Gemeinden gestiegen ist und auch bei zwei Gemeinden deutlich über dem bezirkswerten Durchschnitt liegt. Lediglich in St. Jakob i. D. ist der Anteil der AuspendlerInnen deutlich geringer, jedoch nahm in dieser Gemeinde der Anteil im Untersuchungszeitraum vergleichsweise stärker zu als in den beiden anderen Gemeinden. Dies bedeutet, dass wirtschaftlich gesehen in den Gemeinden Arbeitsplätze weniger werden und die Zahl der AuspendlerInnen in den Gemeinden steigt. Im Hinblick auf die demographische und wirtschaftliche Entwicklung weisen die Indikatoren demnach auf eine Schrumpfung in den drei untersuchten Gemeinden im Zeitraum von 1991 bis 2015 hin.

Anschließend soll nun geklärt werden, wie diese quantitativ belegten rückläufigen Entwicklungsprozesse von den jeweiligen AkteurInnen auf den unterschiedlichen Ebenen

wahrgenommen werden und welche Strategien im Umgang mit Schrumpfung auf den jeweiligen Ebenen festgestellt werden können.

4.2 Wahrnehmung & Strategien der Akteure

Trotz der hier dargelegten Entwicklung, welche die demographische als auch wirtschaftliche Schrumpfung in den drei Gemeinden in unterschiedlicher Intensität belegt, gilt es im nächsten Schritt zu hinterfragen, wie die Akteure auf den unterschiedlichen Raumordnungsebenen mit dieser Entwicklung umgehen bzw. inwiefern sie diese Entwicklung wahrnehmen. Die nächsten Unterkapitel zeigen, welche Veränderungen die unterschiedlichen Akteure auf Gemeinde-, Regions- als auch Landesebene selbst sehen, wie sie die Entwicklungen wahrnehmen und welche Strategien sie verfolgen.

4.2.1 AUF GEMEINDEEBENE

Betrachtet man die lokale Ebene, also die drei Gemeinden im Defereggental, wird deutlich, dass Schrumpfung ein zentrales Thema im Gemeindeleben ist und auch Entwicklungen dahingehend wahrgenommen werden.

4.2.1.1 St. Jakob in Deferegggen

In St. Jakob i. D. werden zum einen demographische und zum anderen wirtschaftliche Veränderungen genannt, welche mit Schrumpfung in Verbindung gebracht werden. In Bezug auf die demographischen Veränderungen, wird der generelle Rückgang der Bevölkerung seit den 1980er Jahren wahrgenommen und genau mitverfolgt. „[...] in den 80er Jahren [*haben wir*] über 1.000 Einwohner gehabt momentan, Stand gestern [21.09.2017] haben wir 871 Einwohner“ (HAFELE 2017: 1/21-23). Insbesondere die Abwanderung der Jungen wird hier angesprochen, da diese angesichts der zahlreichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten die Heimatgemeinden verlassen. Aufgrund fehlender Arbeitsplätze für diese höher qualifizierten Personen kommen diese auch nach dem Ende der weiterführenden Ausbildung nicht mehr zurück und bleiben der Heimatgemeinde zwangsweise fern (vgl. ebd.:1/33-35). Vor allem die höhere Ausbildung wird hier angesprochen, da diese als Grund gesehen wird, dass langfristig die Jungen nicht in der Gemeinde bleiben können. Daneben wurde auch noch der vergleichsweise hohe Anteil der SeniorInnen genannt. (vgl. ebd.:5/30)

Der Bevölkerungsverlust führt in St. Jakob i. D. zu finanziellen Veränderungen in der Gemeinde. So wird aufgezeigt, dass durch den Verlust der BewohnerInnen auch die Ertragsanteile durch den Finanzausgleich geringer ausfallen, weil „umso weniger Einwohner

wir haben umso weniger Geld kriegen wir auch vom Land Tirol bei dem was wir da so vierteljährlich immer ausbezahlt bekommen“ (ebd.:1/17-19). Ein weiterer Aspekt der angesprochen wurde, ist die Auswirkung des Bevölkerungsrückgangs auf die harte Infrastruktur. Aufgrund der niedrigen Bevölkerungszahlen kommt es zu Mehrkosten bei Kanal und Wasser für die Gemeinde, da die Zahl der NutzerInnen zurückgeht. Kanal aber auch Wasser waren bei der Errichtung auf eine bestimmte EinwohnerInnengröße ausgelegt. Diese Zahlen passen jedoch nicht mehr mit der heute tatsächlichen Zahl zusammen. Folglich kommt es zu einer geringeren Auslastung und steigenden Kosten (ebd.:1/23-25). Als letzter Punkt, welcher in einem engen Zusammenhang mit den demographischen Entwicklungen in St. Jakob i. D. gesehen wird, wurde auf den zunehmenden Leerstand hingewiesen. Durch die anhaltende Abwanderung der Jungen bleiben in den Wohnhäusern lediglich die Eltern. Nachdem auch diese Generation gestorben ist, werden diese Häuser zusehends leerstehend werden. Beim Gespräch wurde jedoch deutlich, dass diese Entwicklung erst in Zukunft ein Problem werden könnte. Bislang liegt der Fokus bei der Abwanderung der Jungen:

„Wie ich schon gesagt habe, [dass] im Moment halt Viele auswärts gehen und dann das Elternhaus zu Hause, wo die Mama und Papa wohnen, [...] die jetzt aber auch schon um die 80 sind und dass die dann irgendwann einmal sterben werden und dann ist das Haus leer, das kann in Zukunft wirklich ein Problem werden, dass dann viele Häuser leer stehen.“ (ebd.:10/15-19)

Bezugnehmend auf die wirtschaftlichen Strukturen werden ebenfalls Veränderungen wahrgenommen. Wie bereits angesprochen, gilt die Gemeinde als (winter-)touristisches Zentrum in der Talschaft. Seit den 80er Jahren sind die Nächtigungszahlen jedoch rückläufig, was wiederum in enger Verbindung mit den Gemeindefinzen stehend, gesehen wird „Also 50.000 Nächtigungen innerhalb von 20 - 30 Jahren verlieren, ist relativ viel auch und das wirkt sich dann auch auf das Finanzielle [aus]“ (ebd.:1/29-30). Des Weiteren wird angemerkt, dass durch den Tourismus zwar einerseits Arbeitsplätze in der Gemeinde geschaffen werden, jedoch die Leute nicht mehr im Tourismus arbeiten wollen, was sie wiederum zur Abwanderung treiben würde, denn „dann haben sie keinen Arbeitsplatz und dann sind sie gezwungen in die, [unter] Anführungszeichen, großen Städte zu gehen – das ist sicher ein Problem“ (ebd.:1/36-38). Neben den Veränderungen in der Tourismuswirtschaft wird das Fehlen von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftszweigen kritisch gesehen. Anders als in anderen Gemeinden im Bezirk, so wird angeführt, gibt es keine größeren Unternehmen oder Betriebe, wodurch Arbeitsplätze außerhalb des Tourismus geschaffen werden könnten. Viel eher wird die abnehmende Zahl an ArbeitgeberInnen in der Gemeinde wahrgenommen:

„Wir haben keinen Tischler mehr, wir haben keinen Metzger mehr, ja nix. Früher hat man das alles, früher hatte man das alles, früher hatte man einen Tischler, einen Schlosser, einen Metzger, einen Bäcker, die ganzen Sachen. Mittlerweile haben wir noch einen Spar Markt, Gott sei Dank. Sonst gibt es nix mehr. Wir haben zwei Sportgeschäfte, zwei Banken, die Gemeinde - das sind halt so die Arbeitgeber und einen Frächter.“ (ebd.:1/44-49)

Als letzter Punkt, wird noch das PendlerInnenverhalten angesprochen, welches eng mit den wirtschaftlichen Entwicklungen in den Gemeinden zusammenhängend gesehen wird. Dabei wird angebracht, dass in der Gemeinde der PendlerInnenanteil nicht sehr hoch ist und Personen, vor allem wenn sie im Tourismus arbeiten wollen, hier Arbeitsmöglichkeiten finden könnten. Der Großteil der AuspendlerInnen hat ihren Arbeitsplatz in der Bezirkshauptstadt Lienz, wobei insbesondere jene Personen mit höherer Ausbildung auch in Wien oder Innsbruck arbeiten. Mit der zunehmenden Distanz zwischen Heimat- und Arbeitsgemeinde wird eine zunehmende Bereitschaft zur Verlagerung des Hauptwohnsitzes von St. Jakob i. D. in Richtung Arbeitsgemeinde wahrgenommen. Langfristig wird diese zunehmende Abwanderung der Bevölkerung aufgrund der Arbeitsplätze als Problematik gesehen. Abgewanderte Personen kommen lediglich zu den Feiertagen oder zu Besuchen wieder: „die sind dann weg die kommen nicht mehr, die kommen halt ja zu Weihnachten kommen sie eine Woche und im Sommer eine Woche ja der Hauptwohnsitz ist alles abgemeldet“ (ebd.:2/10-12).

Im Hinblick auf die Wahrnehmung der derzeitigen Schrumpfungprozesse werden diese in St. Jakob i. D. als eine negative Entwicklung gesehen, welche es zu verhindern gilt. Seitens der Gemeinde wird jedoch davon ausgegangen, dass dieser Trend der Abwanderung durch bestimmte Maßnahmen gestoppt werden kann. Die Entwicklung müssen wieder umgekehrt werden, „so dass die Abwanderung wieder gestoppt werden kann“ (ebd.:8/1-3).

Als Strategie gegen die derzeitigen Entwicklungen sind auf örtlicher Ebene unterschiedliche Ansätze festzustellen. Als eine Möglichkeit wird die Ausweisung neuer Bauflächen und den damit verbundenen Ausbau der harten Infrastruktur gesehen, um so für interessierte Personen Baugründe zur Verfügung zu haben.

„An dem [*günstigen Baugrund*] sollte es eigentlich nicht scheitern, momentan haben wir was eigentlich für St. Jakob viel ist eins, zwei, drei, vier, fünf Familien, die jetzt in nächster Zeit ein Haus bauen wollen in unmittelbarer Zukunft also nächstes oder übernächstes Jahr also 5 Häuser und das ist jetzt für St. Jakob echt nicht wenig.“ (ebd.:2/25-27)

Der Ausbau und die Weiterentwicklung der harten Infrastruktur für die potentiellen zu bebauenden Flächen werden dabei so dimensioniert, dass langfristig weitere Familien sich dort ansiedeln könnten. Die derzeitigen Erschließungskosten zum Bau eines Hauses sind für die Gemeinde zwar relativ hoch, „aber genau auf dem Grundstück sind noch zwei Bauplätze, wenn die dann in fünf, zehn, zwanzig Jahre bebaut werden, ist schon ein Kanal da, also jetzt einmal eine relativ große Investition unter Anführungszeichen für ein Haus“ (ebd.:3/26-29). Die Ausweisung der neuen Flächen passiert dabei unabhängig von der Lage. Trotz der vergleichbar höheren Kosten für die Gemeinde in den steileren Gebieten der Gemeinde, wie „oben in Mariahilf, da ist es mit dem Kanal nicht so leicht, da ist weiter zu graben, das ist für die Gemeinde relativ teuer“ (ebd.:3/20-23). Nichtsdestotrotz werden dort Entwicklungsbereiche „im Raumordnungskonzept [...] reingegeben, da könnte in 20 Jahren könnten dann oder in 10 Jahren könnten dann Häuslein stehen“ (ebd.:3/24). Trotz der angesprochenen Verfügbarkeit an Baugründen ist es schwierig für die örtliche Ebene einen bereits erschlossenen Baugrund zu erwerben, weswegen die Gemeinde weiterhin neue Flächen zur Verfügung stellt und Kosten in Kauf nimmt, um so die interessierten Personen letzten Endes in der Gemeinde halten zu können bzw. sie durch ein günstiges Grundstück in die Gemeinde zu bringen:

„wir müssen halt froh sein, dass wir die [Personen] überhaupt behalten und ich glaube da muss es der Gemeinde schon wert sein den Kanal dann da hin graben, weil es ist nicht allzu einfach einen Grund da herinnen zu bekommen, das muss man schon sagen, wenn du einen hast oder du kriegst ihn, dann bist du froh wenn du den gekriegt hast.“ (ebd.:2/53-56)

In Anbetracht des wahrgenommenen Leerstandes innerhalb der Gemeinde werden hier auch Strategien angedacht, die jedoch nicht im Aufgabenbereich der Gemeinde gesehen werden, sondern auf übergeordneter Ebene. Diesbezüglich ist es die Aufgabe des Landes neue Vorgaben zu machen, welche von den Gemeinden dann umgesetzt werden würden, denn „da muss sich das Land [...] Gedanken machen wie schaut es aus [...] es gibt keine neue Widmungen mehr man kann keine neuen Grundstücke mehr kaufen, sondern man muss leerstehende Häuser kaufen und diese wieder herrichten“ (ebd.:9/55-10/2).

In Bezug auf die wirtschaftlichen Entwicklungen wird versucht durch den Ausbau der vorhandenen Wirtschaftszweige die „Wirtschaft wieder an[zU]kurbeln“ (ebd.:7/30). Vor allem der Tourismus soll langfristig ausgebaut werden, um so für eine Trendumkehr in der Bevölkerungsentwicklung zu erreichen:

„die Wirtschaft können wir nur ankurbeln, indem wir den Tourismus da ankurbeln, weil wir sonst nichts haben, wenn der Tourismus wieder läuft, bin ich der Meinung, dass es eventuell wieder auch einen Bäcker gibt, einen Friseur und so weiter, weil danach wieder mehr Bewegung im Dorf herinnen [ist] und [...] wenn der Tourismus wieder angekurbelt wird, es wieder auch bessere Hotels zum Beispiel gibt dann gibt es zum Beispiel auch wieder bessere Jobs im Marketing in der Verwaltung und und und, in der Buchhaltung, dann besteht schon die Möglichkeit, dass sich Personen denken ‚ok wir wollen doch da bleiben.‘“ (ebd.:7/32-39)

Langfristig wird die Tourismuswirtschaft als Steckenpferd der Gemeinde gesehen, denn „wenn man den Tourismus halbwegs wieder in den Gang kriegt, dann kriegt man das andere auch wieder in den Gang, dass es der Gemeinde finanziell wieder besser geht, dass die Abwanderung wieder gestoppt werden kann“ (ebd.:7/40-42). Damit dies gelingt hat man einerseits für den Wintertourismus auf einen externen Investor gesetzt, welcher „gewollt [ist] was zu machen, er hat gesagt ‚ja er möchte investieren in das Skigebiet‘ er [...] sieht es, was das Skigebiet für ein Potenzial hat [...], da ist er in Verhandlungen mit den Grundbesitzern, dass da eventuell auch was geht für den Winter“ (ebd.:7/43-46).

Andererseits gilt es seitens der örtlichen Ebene den Sommertourismus zu stärken. Dafür wurden bereits mehrere Infrastrukturprojekte ins Auge gefasst. Zum einen ist dies ein Hochseilgarten, wobei auch hier bereits Interesse von einem Investor angekündigt wurde, „der [Hochseilgarten] würde uns nichts kosten, da würde jemand gerne investieren“ (ebd.:7/13-14). Zum anderen besteht das zentrale Ziel darin, die Bergbahn im Sommer zu beleben, „die ganze Bergbahn ein bisschen zu inszenieren [...] wir wollen das ganze zum Thema Wasser machen, dass wir uns zum Bergwasser Paradies Deferegggen positionieren“ (ebd.:7/16-18). Zur Umsetzung dieser Überlegungen wurde ein Strategiepapier in Auftrag gegeben, „und jetzt wollen wir schauen, dass wir dieses Strategiepapier in den nächsten zehn bis 15 Jahren verwirklichen.“ (ebd.:7/6-8). In diesem Strategiepapier sollen einerseits bereits vorhandene Attraktionen⁵ rund um das Thema Wasser gebündelt und für TouristInnen sichtbar gemacht werden beispielsweise das *Haus des Wassers* in Mariahilf, das *Deferegger Heilwasser*, ein Wassererlebnisweg und die Jagdhausalm mit dem Pfauenauge. „Wir hätten 17 Wasserschätze von den 17 sind glaub ich 13 schon da was wir in kleinen Sachen erweitern [und] verbessern kann“ (ebd.:8/29-30). Zusätzlich sollen neue Attraktionen den Sommertourismus vorantreiben wie „ein Hochseilgarten mit einem Wasserbarfußparcour“ (ebd.:8/30-31) im Skigebiet Brunnalm und ein Rundwanderweg entlang der Ochsenlacke. Beide neuen

⁵ Nähere Infos zu den genannten Attraktionen: <http://www.hausdeswassers.at/> [15.01.2018] <http://www.heilwasserquelle.at/>; <http://nationalparkerlebnis.at/de/233-eventportal/erlebnisportal/lehrwege/1288-1288-wassererlebnisweg-st-jakob-in-deferegggen.html?newId=1288> [15.01.2018] <http://www.osttirol.com/osttirol-erleben/osttirol-das-ganze-jahr/sehenswertes-ausflugsziele/jagdhausalm.html> [15.01.2018]

Attraktionen wären mit der Gondel von der Gemeinde aus zu erreichen. Vor allem der angeschlossene Spielplatz beim Rundwanderweg soll mit seinem neuartigen Konzept die Gäste nach St. Jakob i. D. bringen, „ein Spielplatz wie es [ihn] noch nicht gibt und mit riesengroßen Figuren, was ins Defereggental auch wieder passt, also die fünf, die wir da eben haben: Adler, Gams, Auerhahn, Murmeltier, Bachforellen, [...] dass man die ein wenig inszeniert“ (ebd.:8/33-36).

4.2.1.2 St. Veit in Deferegggen

In der Nachbargemeinde St. Veit i. D. werden in Bezug auf Schrumpfung ähnliche Entwicklungen wie in St. Jakob i. D. wahrgenommen. Bezogen auf die demographischen Prozesse wird die Bevölkerungsabwanderung als ein zentraler Faktor gesehen, da es in den letzten 20 Jahren zu einem Rückgang der Bevölkerung gekommen ist und dieser Rückgang auch langfristig anhalten wird (vgl. MONITZER 2017: 1/14-17). Ähnlich wie in St. Jakob i. D. wird auch in St. Veit i. D. insbesondere die Abwanderung der jungen, gut ausgebildeten Personen aufgrund der hohen Ausbildung auch bezirkswweit, genannt. Diese Abwanderung wird als Zwang gesehen, da keine passenden Arbeitsplätze in den Gemeinden vorhanden sind:

„Auf der einen Seite hat der Bezirk Osttirol viele ausgebildete oder gut ausgebildete Leute, [...] die kann man schon haben, also quasi das Angebot zwingt dich [...] da kannst nicht auf einmal sagen ja schade, lern einen Handwerksberuf.“ (ebd.:19/44-46)

Im Hinblick auf die Auswirkungen aufgrund der demographischen Veränderungen werden drei wesentliche Punkte genannt. Zum einen ist das die steigende finanzielle Belastung der Gemeinde. Trotz der rückläufigen demographischen Entwicklung wird es als notwendig erachtet, die Infrastrukturen wie Kanal, Straßen aber auch Schulen und Kindergarten zu erhalten, „im gleichen Zug gehen dir auch die Leute abhanden“ (ebd.:1/21-22). Aufgrund der Berechnung des Finanzausgleichs mittels EinwohnerInnenschlüssel wirkt sich dies dann direkt auf die Gemeindefinanzen aus, welche geringer werden (vgl. ebd.:1/23-26).

Zum anderen wird angeführt, dass es in den letzten Jahren zur Schließung von zentralen Einrichtungen gekommen ist wie der Bank, der Postfiliale oder von Geschäften. Außerdem musste die Volksschule in der Fraktion Feld Talboden im letzten Schuljahr aufgrund der geringen Auslastung geschlossen werden. Generell ist es aufgrund der geringen Auslastung schwierig Sanierungen durchzuführen bzw. neue Anlagen zu bauen (vgl. ebd.:2/6-14).

Als eine weitere Veränderung aufgrund des Bevölkerungsrückganges wird der öffentliche Verkehr angesprochen. Durch die fehlende Auslastung fahren die öffentlichen Busse nicht

mehr das Dorfzentrum am Hang an, sondern entlang der Hauptstraße am Talboden. Die fehlende Rentabilität zwang die Busfahrtgesellschaft dazu, wobei seitens der Gemeinde versucht wurde hier zu intervenieren. Die fehlende Auslastung wurde von der Busgesellschaft jedoch als Begründung zur Verlegung der Strecke herangezogen (vgl. ebd.:5/44-46).

In Bezug auf die wirtschaftlichen Veränderungen werden insbesondere die Zunahme der PendlerInnen und der Rückgang der Landwirtschaft festgestellt. So wurde angesprochen, dass es „fast in jedem Haushalt zwei oder drei Autos sind, weil der Mann oder auch die Frau auswärts pendelt“ (ebd.:1/40-41). Dies wird langfristig als Problem gesehen, da es zu einer finanziellen Mehrbelastung der Familien kommt, welche wiederum die Lebensqualität beeinflusst und zu Abwanderung führen könnte (ebd.). Im Bereich der Landwirtschaft wird gezeigt, dass dieser Wirtschaftszweig lange Zeit im ländlichen Raum und auch in den Ortszentren der Gemeinden überaus präsent war. Heute gibt es in St. Veit i. D. nur einen Bauern, der Bürgermeister selbst, welcher im Ort auch seine Landwirtschaft betreibt. „also ich bin jetzt da im Dorf der einzige der noch Viecher hat, Landwirtschaft hat und früher haben alle gesagt ja da hat man halt ein zwei Kühe gehabt und ein paar Pferde gehabt“ (ebd.:11/18-21).

Ähnlich wie in St. Jakob i. D. werden die festgestellten Entwicklungen als derzeitiger Trend wahrgenommen, welcher sich jedoch wieder ändern kann. So werden hier auch Überlegungen angestellt, um der langfristigen Entwicklung „entgegenzuwirken also, dass sie [*die BewohnerInnen*] dann sagen ‚ja ist eh schön‘“ (ebd.:6). Die derzeitigen Veränderungen werden als vorübergehende Phase gesehen, da auf lange Sicht die Gemeinde auch ihre Vorzüge hat, die es nur gilt richtig einzusetzen. Insbesondere der Klimawandel, die natürlichen Ressourcen und ein steigendes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung werden hier als langfristige Vorteile gegenüber den städtischen oder wärmeren Gebieten gesehen:

„die Bevölkerung zieht sich zurück in die höheren Regionen, wo [*du*] noch frische Luft hast, wo es die Nacht mal abkühlt, [...] vielleicht müssten wir da auch mehr rausholen, das ist eine Stärke, die wir haben oder wäre eine Stärke, die wir da haben.“ (ebd.:14/49-52)

Langfristig wird aufgrund dieser globalen Prozesse von einem erneuten Bevölkerungswachstum in der Gemeinde ausgegangen. Als Problem wird lediglich die Zeit bis zu diesem Aufschwung gesehen:

„da haben wir das Potenzial da, ja aber bis es greifbar ist. Bis zu der Zeit muss ich auch leben mit meinen Kindern [...] ich kann natürlich sagen ‚In 10 Jahren ist das Defereggental so‘ und ich kann natürlich nicht sagen, wie lange wir die Luft oder den Atem [*haben*] das ist das ja - [*das*] ist natürlich ein langsamer Prozess

[...], auch wenn man die Bevölkerung sieht und sagt, da macht man mit, das kann unsere Stärke sein und dann bleiben wir da und behaupten uns‘ das wäre zu wünschen.“ (ebd.:15/25-33)

In Anbetracht der wahrgenommenen Veränderungen werden auf örtlicher Ebene unterschiedliche Strategien angedacht.

Hinsichtlich der (tourismus-)wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde werden ähnliche Ziele verfolgt wie in St. Jakob i. D., um Arbeitsplätze in der Gemeinde zu schaffen. Es wird jedoch nicht in neue Infrastrukturen investiert, sondern versucht, „das Bestehende, was wir haben [...], die touristischen Betriebe [...], dass die bleiben und [...] dass man auch zukünftig vermietet und das erhalten und nicht nur neue Hotelanlagen und neue Liftanlagen und neue Tennisplätze [baut]“ (ebd.:16/24-27). Diese Strategie der Förderung von bestehenden Wirtschaftstreibenden wird auch finanziell seitens der Gemeinde unterstützt. Beispielsweise werden die Anschlussgebühren zwar von der Gemeinde bei Neu- bzw. Umbau von den Gewerbetreibenden eingehoben, jedoch als Zuschuss den Betrieben wieder zurückgezahlt, „dass man denen wirklich Geld gibt“ (ebd.:7/37-38). Ein weiteres Beispiel findet sich auch für landwirtschaftliche Betriebe bei den Erschließungsbeiträgen:

„also, wenn jemand baut jetzt, dann zahlst für Wasser und Infrastruktur [...] da gibt’s einen Erschließungsbeitrag und wenn jemand eine Landwirtschaft baut oder erweitert, kriegt man einen hundertprozentigen Zuschuss [...], weil wir sagen ‚ok der bleibt jetzt.‘“ (ebd.:7)

Ähnlich wie in St. Jakob i. D. soll auch in St. Veit i. D. die Ausschöpfung der natürlichen Ressourcen für den Tourismus verstärkt werden. Vor allem Wasser als natürliche Ressource wird dafür als zentral gesehen, denn „das ist eine Stärke, die wir haben, dass wir dann zu den Leuten [TouristInnen] sagen ‚bei uns kannst überall Wasser trinken‘“ (ebd.:14/51-53).

Langfristig werden jedoch auch neue wirtschaftliche Felder als Möglichkeit für die Gemeinde gesehen. Vor allem die zunehmende Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt erscheint für die Gemeinde als eine Möglichkeit, da man ortsungebundener arbeiten kann und dadurch auch wieder jüngere Leute sich ansiedeln könnten:

„[das]ist alles kein Thema mehr, da sagst ‚ok fahr ich hin und mach meine 2 Tage und dann mach ich wieder das ganze Monat, bin ich wieder daheim‘ und mach [...] meinen Lebensunterhalt, ich mein oder bei den Vereinen sein und kann da bleiben und natürlich wär das auch heute in der Bevölkerung, das sind ja flexible Leute, die jungen Leute, nicht wie ich, der Alte, der da sitzt.“ (ebd.:19/22-24)

Neue Technologien würden eine solche Arbeitsweise ermöglichen und würden dafür sorgen, dass auch ganz flexibel vom Bauernhof aus gearbeitet werden könnte. Insbesondere junge

Leute würden ein solches flexibles und örtlich ungebundenes Arbeitsumfeld bevorzugen. Die Abwanderung in große Städte wäre demnach nur mehr bedingt notwendig und könnte stattdessen durch flexible Arbeitsmodelle gestaltet werden. „das ist heute, ja die jungen Leute sind da sowieso Weltmeister [...] ich muss dann nicht in Wien oder Brüssel oder Straßburg oder in Rom [sein]“ (ebd.:19/37-41).

Hinsichtlich des demographischen Rückgangs verfolgt die Gemeinde einen ähnlichen Zugang wie in St. Jakob i. D. Trotz der rückläufigen Bevölkerungszahlen wird versucht die Infrastruktur weitestgehend in der Gemeinde zu erhalten, „sei es jetzt von Schule, Kindergarten, Straße,- Kanal, Wasser – das muss alles erhalten bleiben, muss aufrecht erhalten bleiben“ (ebd.:1/18-20) und auf eine qualitative Weiterentwicklung zur Steigerung der Lebensqualität der Wohnbevölkerung in der Gemeinde geachtet. Dies geschieht beispielsweise durch die Umgestaltung öffentlicher Plätze:

„wie da jetzt wieder im Dorf [*Zentrum*] dieser Reimmichlbrunnen im Dorf, den Platz, den Garten dort und drüben im Vidum [...] da haben wir jetzt einen schönen Platz, auch zum Sitzen, ein bisschen eine Platzgestaltung [...], das gibt ein schönes Bild und das ist lebenswert und wenn das so ist, dann richten wir halt ein wenig.“ (ebd.:2/38-42)

Schwierigkeiten werden beim Erhalt der Daseinsvorsorge gesehen, welche nicht direkt im Aufgabenbereich der örtlichen Ebene liegt. Hier wird seitens der Gemeinde versucht proaktiv die Bevölkerung über mögliche Veränderungen frühzeitig zu informieren, um so Bewusstsein für mögliche Szenarien zu schaffen und gegensteuern zu können. Am Beispiel der Schließung des Lebensmittelhändlers in der Gemeinde wird jedoch erkennbar, dass dies seitens der BürgerInnen nur wenig angenommen wird, was wiederum auf wenig Verständnis bei der kommunalen Ebene stößt „ich täte mir da mehr Miteinander erwarten auch von der Bevölkerung“ (ebd.:12/39-40). Nachdem bei einer ersten Infoveranstaltung, wo auf die Möglichkeit der Schließung des Lebensmittelgeschäfts hingewiesen wurde, nur einige wenige Personen anwesend waren, „wie viele Leute passen in den Veranstaltungssaal, vielleicht für zweihundert Leute Platz, da sind vielleicht 50 gewesen“ (ebd.:12/44-45), war bei einer erneuten Veranstaltung zwei Jahre später, wo bekannt wurde, dass die Schließung nicht mehr abzuwenden ist „der Saal bummvoll und da waren alle so ‚oh oh, heroben das Geschäft macht zu‘ ‚jetzt wird es gefährlich‘ ja und ‚Bürgermeister, das geht ja gar nicht““ (ebd.:12/54-1/2). Der Spielraum der Gemeinde sei hier jedoch eingeschränkt.

Ein weiterer Punkt, ist die Anpassung der weichen Infrastruktur. Zum einen wurde bereits die Schließung der Schule in Feld angesprochen. Ein weiteres Beispiel wurde aufgrund der

alternden Bevölkerung gestartet. So gibt es mittlerweile, unterstützt vom Sozialsprengel, eine Ganztagesbetreuung in der Gemeinde für Ältere. Diese Ganztagesbetreuung soll als Treffpunkt von älteren Personen dienen, „dass sie sagen können, sie kommen hier zusammen“ (ebd.:5/25).

Neben der Anpassung der weichen Infrastruktur wird gleichzeitig auch der Ausbau der harten Infrastruktur forciert. So wurde, trotz hoher Kosten, zur Fraktion Gassen ein neuer Weg gebaut. Bei Fertigstellung der Straße lebte in der Fraktion eine Person. Beim Forschungsaufenthalt im Juni 2017 war dieser Gemeindeteil unbesiedelt. Nichtsdestotrotz war dieser Ausbau aus heutiger Sicht notwendig, denn „es werden sich ja vielleicht wieder Leute raufsiedeln dort“ (ebd.:4/12). Auch wenn dem Ausbau der Straße eine längere Diskussion mit Sachbeauftragten des Bundes und des Landes vorausgingen, wird es seitens der Gemeinde als unbedingt notwendig erachtet, dass auch diese peripheren Fraktionen erhalten werden und mit Infrastruktur zu versorgen sind, denn „wir sind hier im zersiedelten Raum und das ist es nun mal so und wenn du da jetzt das Geld nicht in die Hand nimmst, dann sind da wahrscheinlich in 50 Jahren die mehreren Weiler nicht mehr [...] da“ (ebd.:4/17-19).

Neben der Förderung von wirtschaftlichen Betrieben durch finanzielle Zuschüsse wird auch im Wohnungswesen versucht, die finanziellen Kosten für die zukünftigen EigentumsbesitzerInnen gering zu halten. So werden zum einen die gemeindeeigenen Gründe im Vergleich günstiger angeboten, um so einen Vorteil gegenüber dem Zentralraum des Bezirks zu schaffen. „Wir reden hier von einem m²-Preis von €45,- [...] [*das*] ist ja eine Kleinfraktion in Moos, wenn dann einer sagt ‚ich will hier bauen‘ und du sagst kannst bauen, aber Grund kostet einem €100,-/m² und der Kanal zahlst [*du*] nochmal € 5.000,- Anschlussgebühren, der wird sagen ‚Hey in Lienz‘“ (ebd.:7). Vorgaben, wonach neue Flächen ausgewiesen werden, sind dabei weniger ausschlaggebend. Viel eher wird versucht, dass neue BewohnerInnen das von ihnen favorisierte Grundstück günstig erwerben können bzw. bebauen können, wobei hier die überörtliche Raumordnung einer solchen Entwicklung nicht gegenübersteht:

„wenn du dann sagst, jetzt oben [*in Gassen*], der kleine Weiler hat drei Höfe [...] und wenn einer baut, muss ich sagen ‚ja bitte, du kriegst noch was‘ [...] wir schauen schon, dass [...] es nicht zu viel zerfleddert, aber ich sag ja da musst sagen ‚ja danke und Gott sei Dank‘ also da ist die Raumordnung, da hat schon ein Umdenken stattgefunden.“ (ebd.:3)

4.2.1.3 Hopfgarten in Deferegggen

Parallelen in der Wahrnehmung und im Umgang lassen sich auch für die letzte Gemeinde der Talschaft, Hopfgarten i. D., feststellen. Die demographischen Veränderungen werden hier als eine Kombination von Abwanderung der Jungen, sinkender Geburtenzahlen und dem Versterben der älteren Bevölkerung wahrgenommen, was kumulierend zu einer sinkenden Anzahl der Bevölkerung führt, „dadurch ist schon einmal eine Schere da von acht bis zehn Personen“ (HOPFGARTNER 2017:1/44).

Insbesondere die Abwanderung der Jungen, aufgrund der Ausbildungsmöglichkeiten in den Städte und der fehlenden qualifizierten Arbeitsplätzen in den Gemeinden bzw. im Bezirk, wird als Schrumpfungstreiber hervorgehoben:

„der Großteil ist einfach [...], wie die jungen Leute hier abmarschiert sind und die Hopfgartner, die hier in Graz oder Innsbruck sind, da wird dir ja schwindelig und ich glaub nicht, dass wir es in den nächsten 15 Jahren um drehen.“ (ebd.:12/52-55)

In Bezug auf die Studierenden wird jedoch gesehen, dass diese an den Wochenenden nach Hause kommen, ihre Hauptwohnsitze jedoch ummelden. Ähnlich wie in den beiden Nachbargemeinden wird auch hier auf örtlicher Ebene ein Zwang zum Fernbleiben, aufgrund der höheren Ausbildung und den fehlenden Arbeitsplätzen, angesprochen:

„dass die jungen Leute einfach heute die Möglichkeit haben zu studieren und ihre Arbeit dann auch auswärts finden und finden müssen, weil diese qualifizierten Arbeitsplätze natürlich in der Region, auch im Bezirk, nicht in dem Ausmaß vorhanden sind, dass sie nach ihrer Qualifikation dort unterkommen.“ (ebd.:1/12-15)

Die zunehmende Überalterung auf Bezirksebene ist ein weiterer Punkt, welcher deutlich wahrgenommen wird. So wird der gesamte Bezirk als „ein sehr alter Bezirk, sprich eine überalterte Bevölkerung“ (ebd.:11/6) gesehen.

Hinzu kommt, dass es zu Hauptwohnsitzabmeldungen in den kleineren Gemeinden kommt, sobald die älteren Personen in Pflegeeinrichtungen nach Lienz gehen. Erst mit dem Ableben kommen diese dann wieder in die Gemeinde zurück. Dies wird als negativ für die kleinen Gemeinden gesehen, da es dadurch auch finanziellen Einbußen, aufgrund der Abmeldungen der Personen beim Umzug ins Pflegeheim, kommt. Die verlorenen Gelder bekommt hingegen jene Gemeinde, wo die Personen in Pflege sind, in diesem Fall Lienz (vgl. ebd.:11/9-12).

Womit auch schon der zweite Punkt angeschnitten wurde, welcher von Seiten der Gemeinde als problematisch wahrgenommen wird – die finanzielle Mehrbelastung aufgrund des Rückgangs der BewohnerInnen bei gleichbleibenden Fixkosten. Dies betrifft jedoch einen

Großteil der Gemeinden in Tirol, „die schrumpfen und schrumpfen und die Kosten diese Fixkosten sind ja da“ (ebd.:10/47-48). Hinsichtlich der finanziellen Entwicklungen ist vor allem seit 2008 eine zunehmende Verschlechterung der finanziellen Ausstattung jener Gemeinden, welche schrumpfen, deutlich spürbar geworden und es kommt zu „finanziellen Einbußen aufgrund der demographischen Entwicklung“ (ebd.:10/16-17):

„bis 2008 ist es eh relativ gut gegangen [...] und seitdem geht das ja runter wo wir gesagt haben ja das geht ja nicht mehr wir haben ja unsere Fixkosten da im Sozial- Gesundheits- und allen Bereichen und [...] die Ertragsanteile werden immer weniger.“ (ebd.:9/54-10/1)

In engem Zusammenhang mit der geringer werdenden finanziellen Ausstattung von Gemeinden wird auch ein Rückgang bei der weichen Infrastruktur, insbesondere im Bildungsbereich, für das gesamte Tal wahrgenommen. Waren früher noch fünf Volksschulen im gesamten Tal mit dementsprechenden Personal und Betriebskosten möglich, ist dies heute nicht mehr leistbar. (vgl. ebd.:5/28-30)

Auch der zunehmende Leerstand wird in Hopfgarten i. D. gesehen. Dabei wird in der Gemeinde zwischen den vielen leerstehenden Häusern und jenen Häusern, wo nur noch ein oder zwei Personen wohnen, unterschieden. Hier wird angemerkt, dass ein Neubau, aufgrund des vorhandenen Leerstands nicht notwendig wäre, jedoch die komplizierten Besitzverhältnisse problematisch sind. „Wir bräuchten nix Neues bauen, wir brauchen kein Haus mehr bauen [...] da [zu den Leerständen] dazu zu kommen, ist das Problem“ (ebd.:13/52-56).

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Prozesse werden Veränderungen in drei unterschiedlichen Bereichen angesprochen. Zum einen wird der Rückgang des Tourismus in der Talschaft genannt. Dabei kommen zwei wesentliche Aspekte zum Tragen. Einerseits die sinkenden Nächtigungszahlen in den letzten Jahrzehnten „von über 400.000 Nächtigungen haben wir gehabt jetzt sind wir bei [...] dreihunderttausendirgendwas“ (ebd.:1/5). Andererseits hat über die Jahre der Tourismus als Arbeitgeber an Prestige und Ansehen verloren, insbesondere bei jenen Personen, die im Hotelleriebereich aufgewachsen sind, „die haben das gesehen wie das geht und da sagen viele halt auch, dass der Arbeitsplatz Tourismus [...] nicht mehr die Bedeutung hat, die er mal gehabt hat“ (ebd.:1/7-9). Dieser Wandel wird auch mit der sinkenden Zahl der PrivatzimmervermieterInnen in Verbindung gebracht. Lediglich bei der Marke *Urlaub am Bauernhof* wird eine leicht positive Entwicklung bemerkt (vgl. ebd.:2/5).

Neben dem Tourismus wurden auch Veränderungen in der Landwirtschaft angesprochen. Hier wird angemerkt, dass es heute schwieriger ist die steilen Hänge zu pflegen, um so auch den Kulturraum zu erhalten, „weil es einfach zu mühsam [ist], weil diese große Familien dieser Familienbund wie früher [...] nicht mehr da ist“ (ebd.:3/9-10). Aufgrund des Rückgangs der Landwirtschaft wird es als besondere Herausforderung gesehen diesen Kulturraum zu erhalten. Gleichzeitig ist die Kulturräumhaltung jedoch notwendig, da „in der jetzigen Form der das Tal ja attraktiv macht das ist [...] eigentlich sehr unverfälscht sehr bodenständig“ (ebd.:3/11).

Als letzter Punkt hinsichtlich der wirtschaftlichen Schrumpfung wird noch die Zunahme der AuspendlerInnen angemerkt. Kritisch wird dabei vor allem die Wohnortverlagerung von PendlerInnen in Richtung nach einigen Jahren gesehen:

„die Leute von St. Jakob nach Lienz fahren und nach zwei Jahren draußen brauchst halt dann eine Wohnung das ist ja auch das Problem dass wir haben das nachher nach zwei drei vier Jahren pendeln weißt eh das ganze Jahr [...] da wo dann Wohnblock nacheinander entstehen dort im Talboden.“ (ebd.:6/15-19)

Im Hinblick auf die Wahrnehmung von Schrumpfung wird insbesondere die Abwanderung als eine vorübergehende Phase wahrgenommen, ähnlich wie in St. Veit i. D. Themen wie der Klimawandel, die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser und der zunehmende Wunsch nach Entschleunigung und sauberer Luft werden langfristig dem Defereggental wieder Zuwanderung bringen, bis dahin gilt es jedoch den Glauben daran nicht zu verlieren:

„das ist eine spannende Zeit, Optimismus ist angesagt, es ist wohl eine Durststrecke aber ja absolut es ist keine Frage da müssen wir durch und drüber aber vielleicht kommt die Zeit wieder, ich bin da guter Dinge, [...] auf die Schnelle drehen wir noch nichts um, das wird schon noch so dahin gehen [...] aber mittelfristig, langfristig bin ich schon der Meinung kriegen die Regionen einfach wieder mehr Wertschätzung, mehr Potenzial mit der Klimageschichte, Lebensqualität da bei uns, aus jedem Bach magst du das Wasser raustrinken, in der Nacht kann man schon mal ein Fenster aufmachen.“ (ebd.:14/35-43)

Parallelen zu den beiden anderen Gemeinden zeigen sich für die letzte Gemeinde im Tal auch bei den Strategien im Umgang mit Schrumpfung.

So wird in dieser Gemeinde ebenfalls die Ausweisung neuer Flächen, unabhängig der Lage und trotz der demographischen Schrumpfung, vorangetrieben. Hierbei wird jedoch angemerkt, dass dies bereits in den 1990er Jahren begonnen wurde, weswegen bis heute ausreichend Grundstücke zur Verfügung stünden:

„Diese Baugrundstücke zur Verfügung zu stellen, dass jemand, wenn er Interesse gehabt hätte, schnell hätte bauen [können], da haben wir eigentlich ab Mitte der 90er Jahre angefangen [...] mit der Raumordnung [...]

auszuweisen, ausreichende Baugrundstücke zur Verfügung zu stellen, die haben wir heute auch das ist auch doch relativ gut.“ (ebd.:1/23-27)

Trotz der verfügbaren Grundstücke wird derzeit im Ortskern ein neuer Wohnblock mit Wohnungen, der gleichzeitig auch die Attraktivität des Ortskerns fördern soll, „eh nach langem Hin und Her, weil man natürlich ein bisschen Wohnraum schaffen muss und vor allem den Ortskern beleben möchte, ist es jetzt doch gelungen den Wohnblock zu starten und ist auch Großteils schon belegt und vergeben“ (ebd.:3/9-13). Zusätzlich wird versucht, wie bereits in St. Veit i. D., mittels finanziellen Anreizen wie günstigen Grundstückspreisen oder niedrigen Gebühren für Wasser und Energie den Zuzug und die Bautätigkeit zu fördern. Jedoch wird auch hier angemerkt, dass diese Anreizstrategie alleine nicht zielführend sein kann, denn „wir können ja Bauplätze gratis zur Verfügung stellen, es werden wegen dem nicht mehr drinnen [*in der Talschaft*] bleiben“ (ebd.:11/45-46).

Aufgrund dessen wurde in den letzten Jahren viel in den Ausbau und Erhalt der harten Infrastruktur investiert, „sei es kanalmäßig, sei es wassermäßig, sei es energiemäßig [*es wurde versucht*] alles zu erschließen“ (ebd.:1/34-35). Hinzu kamen Gehsteige, eine neu gestaltete Ortsdurchfahrt und neue Projekte zur Sicherung des Naturraumes. Im Jahr 2012 erhielt die Gemeinde außerdem den Baukultur-Gemeindepreis für ein neu errichtetes Kulturhaus im Ortszentrum⁶. All diese baulichen Maßnahmen zielten darauf ab, die Lebensqualität in der Gemeinde zu fördern, „um ein bisschen entgegenzuwirken dem Ganzen, den Abwanderungsprozessen und da haben wir ja sehr viel gemacht“ (ebd.:3/35-38).

Ähnlich wie in St. Veit i. D. legt man auch in Hopfgarten i. D. einen Schwerpunkt auf die aktive Miteinbindung der BewohnerInnen, um eigenständig und unabhängig zu bleiben, wobei vor allem auch die ältere Generation angesprochen werden soll:

„[*das ist wichtig, dass man*] auch die ältere Generation ins Boot holt und eben auch das Gefühl gibt ‚Ihr werdet’s gebraucht‘ und ‚Helft’s uns‘ und ‚Wir müssen uns selber helfen‘ [...], ‚Wir können nicht warten bis Innsbruck oder Wien sagt das wäre jetzt recht‘ [...] wir müssen uns alle selber helfen und Ideen und Sachen entwickeln und den Leuten das Gefühl geben, ihr werdet gebraucht und nur gemeinsam kommen wir weiter und können selbstständig bleiben.“ (ebd.:8/12-18)

Neben der Ausweisung neuer Flächen und der aktiven Einbindung der Bevölkerung wird es des Weiteren als notwendig erachtet auch die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Zentral ist dabei die Ansiedelung neuer, moderner Betriebe, wobei es dafür wiederum als notwendig erscheint, die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die

⁶ Mehr Infos dazu unter: <http://tirol.orf.at/radio/stories/2652020> [15.01.2018]

Erschließung durch Glasfaser wird dabei als zentraler Vorteil gesehen, denn „wenn du heute internationales Unternehmen bist [...], da muss die ganze Kommunikation und der Datenaustausch funktionieren und schnell gehen“ (ebd.:8/47-50). Denn auch wenn diese infrastrukturelle Erschließung gegeben ist, wird die Erreichbarkeit der Gemeinde als Problem gesehen. So würden die noch übrigen Betriebe in der Gemeinde bemängeln, dass sich vor allem im Winter die An- und Ablieferung aufgrund der Witterung als schwierig herausstellt:

„heute ja heute würden wir [*die Unternehmer*] eher in Lienz bauen‘, [...] vor allem im Winter [...] haben sie oft einmal Probleme, dass die da rein [...] da ist die Verwitterung, Schnee, jetzt soll er da drinnen die Maschine abholen und jetzt kommt er nicht rein und der andere hat aber Liefertermin, da gibt es immer wieder mal solche Situationen, wo man nachher die Unternehmer raushört ‚Das ist eigentlich ein Schas da.‘“ (ebd.:11/32-38)

Als mögliche Alternative wird die Stärkung des Gewerbegebiets in Huben im Iseltal gesehen, welches gleichzeitig auch von anderen Gemeinden in den Seitentälern mitgenutzt werden kann. Dieser Knotenpunkt „da herunter wäre eigentlich [...] [*die*] ideale Möglichkeit Gewerbegebiete hier [*in Huben*] auszuweisen und [...] von den Tälern heraus [...] möglichst da auch Arbeitsplätze [*zu schaffen*]“ (ebd.:6/10-13).

Neben der Förderung und Ansiedelung von Handwerks- und Gewerbebetrieben wird es zusätzlich als notwendig erachtet den Tourismus zu stärken, wobei hier eine Ausgewogenheit zwischen den Sparten angestrebt wird „Gewerbe, Handwerk mit kleinen, mittleren Betrieben und parallel dazu der Tourismus – die Mischung muss sein“ (ebd.:2/30-32). Auch wenn es nicht als Ziel gesehen wird, dass „die Massen“ (ebd.:13/40) an TouristInnen kommen, so wären mehr Nächtigungen notwendig, die tatsächliche Umsetzung wird jedoch als durchaus kritisch gesehen:

„wir brauchen mehr Nächtigungen [...] wir haben 8,8 Mio. Nächtigungen, wenn du 50.000 Einwohner hast, kommen 8 Mio., das macht man in Zillertal/Mayerhofen alleine und wir der ganze Bezirk raufen hier mit den Nächtigungen rum - wir kurbeln das nicht an.“ (ebd.:13/41-43)

Ein Versuch, die Nächtigungszahlen zu steigern, war der Bau eines neuen Hotels (Hotel Zedernklang) zwischen 2006 und 2007 durch eine russische Investorin, „die uns da beinahe 100 Betten [...] da gebaut hat“ (ebd.:1/40-41). Seitens der Gemeinde, des Bundeslandes und der überörtlichen Raumordnung wurde dieses willkommen geheißen und unterstützt, „es hat damals auch, Gott sei Dank, das Land und die Raumordnung rasch erkannt und [...] diese Voraussetzungen geschaffen, dass die Dame dort hat investieren können und die hat uns da mittlerweile 20 bis 25 Arbeitsplätze [*gebracht*]“ (ebd.:1/43-48). Neben solchen ausländischen

Investitionen wird die verstärkte Bewerbung der vorhandenen natürlichen Ressourcen als unabdingbar gesehen, um so auch wieder die Nächtigungszahlen zu erhöhen. Dieses Bewusstsein über die vorhandenen natürlichen Ressourcen und die Vorteile gilt es den TouristInnen näher zu bringen, wie auch schon in den beiden anderen Gemeinden angesprochen wurde, „dass die Leute da wieder draufkommen, auf die Schiene ‚Entschleunigung‘ wie man so schön sagt, naja dass das wieder an Qualität kriegt“ (ebd.:9/48-50).

Ein Punkt, welcher an dieser Stelle extra hervorgehoben werden soll und bislang außen vor gelassen wurde, ist die gemeindeübergreifende Kooperation, durch welche in den letzten Jahren viele Projekte im Defereggental entwickelt und umgesetzt werden konnten. Bei den Gesprächen zeigte sich, dass alle drei Gemeinden durch eine Intensivierung der gemeindeübergreifenden Kooperation die kritische Maße in bestimmten Bereichen versuchen zu erreichen und so die weitere Versorgung, zumindest auf das Tal bezogen, zu garantieren.

Im Bereich der harten Infrastruktur wurden talweit Glasfaserkabeln verlegt, um so einerseits den Jungen mehr Lebensqualität zu bieten und gleichzeitig auch den Komfort der Gäste zu erhöhen:

„wir haben ein eigenes Kabelfernsehen im Tal eine eigene Telefonie kann man ja alles in einem Paket bei unseren Defregger Netzdiensten bestellen [...] weißt eh wie heute die Jugend und auch die Gäste die wollen halt ihre Ding da sofort verschicken und überall hin und das da sind wir sehr gut aufgestellt.“ (ebd.:2/10-15)

Stärker noch wird im Bereich der weichen Infrastruktur auf die gemeindeübergreifende Kooperation gesetzt. So war, nach einer talweiten Befragung junger Familien, eine Nachmittagsbetreuung für die Kinder in einer ehemaligen Schule in Feld, einer Fraktion der Gemeinde St. Veit i. D., geplant. Diese Nachmittagsbetreuung zielte darauf ab, dass verstärkt die Lebensqualität der jungen Familien erhöht wird, um so der Abwanderung entgegenwirken zu können „da können sie dann dort bleiben und im Tal bleiben – das soll auch wieder ein Beitrag sein“ (MONITZER 2017: 2/29-31). Aufgrund der finanziellen Lage und der geringen Auslastung wäre dieses Angebot auf Gemeindeebene nicht möglich gewesen, denn „dass jede Gemeinde eine Kinderbetreuung eine Nachmittagsbetreuung anbietet, das spielt es einfach nicht, dazu sind wir finanziell nicht in der Lage“ (HAFELE 2017: 5/44-47). Jedoch musste das Projekt, welches nach einer breiten positiven Resonanz der Jungfamilien und einem gemeinsamen Gemeindebeschluss in den Startlöchern stand, wieder aufgeschoben werden, da die verbindlichen Zusagen seitens der Jungfamilien im Herbst 2017 ausblieben und so die

nötige Zahl der Kinder, um den Betrieb einigermaßen leistbar zu führen, nicht mehr gesichert werden konnte:

„da haben wir kurz vor den Schulferien mit verbindlicher Zusage noch was ausgeschickt und da war der Rücklauf katastrophal [...] da haben wir gesagt ‚ok das funktioniert jetzt nicht mehr so‘, weil dann sind am Tag vielleicht ein Kind draußen oder zwei Kinder, das spielt sich einfach nicht mehr wenn wir nicht einmal in der Lage sind 5 Kinder jeden Tag herzukriegen, den ganzen Tag, dann brauchen wir das nicht machen, dann haben wir im Gemeinderat alle drei Gemeinde einstimmig beschlossen, dass das momentan keinen Sinn hat, wenn der Bedarf nicht gegeben, ist machen wir das nicht.“ (ebd.:4/19-27)

Die Reaktion der Eltern war, ähnlich wie bei der Schließung des Lebensmittelgeschäfts in St. Veit i. D., negativ und Unverständnis auf beiden Seiten war die Folge, so wurde von den aufgebrachten Eltern kritisiert, dass es „eine Informationsveranstaltung gebraucht hätte“ (ebd.:4/40-41), welche nun für Herbst 2017 geplant wurde.⁷

Als ein gelungenes, infrastrukturelles Projekt, welches bereits seit längerer Zeit in allen drei Gemeinden von der Bevölkerung und den Gästen angenommen wird, wurde von allen Gesprächspartnern auf örtlicher Ebene das DefMobil genannt. Mittels dem Rufbustaxi wurde für die zeitlichen Lücken, wo keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren, ein günstiges Angebot für alle geschaffen, um sich im Tal und bis nach Huben fortzubewegen, „dann haben wir das Gott sei Dank über die drei Gemeinden dort beschlossen, dann hat man uns einmal damit belächelt und jetzt sind wir bald sieben, acht Jahre unterwegs“ (HOPFGARTNER 2017: 4/50-53). So können auch Familien Kosten einsparen, da sie „jetzt nicht immer ein Zweitauto haben, sondern, dass man die Möglichkeit hat ein Ruftaxi zu haben, das ein wenig auszugleichen“ (MONITZER 2017: 1/39-43). Dieses anfangs zeitlich begrenzte und durch den Klimafonds geförderte Projekt wird Dezember 2017 vom Verkehrsverbund Tirol (kurz: VVT) übernommen werden.⁸ Aufbauend auf dem Erfolg des DefMobils ist für das Jahr 2018 ein neues Projekt – e-DefMobil 2.0 - mit der Unterstützung des Regionalmanagements geplant. Der Gedanke dahinter ist, dass jede Gemeinde ein Elektroauto für ein Jahr auf Mietbasis zur Verfügung gestellt bekommt und Ehrenamtliche aus der Bevölkerung Personen von ihren Häusern ins Dorf oder zu den Haltestellen der Busse bringen (ebd.:1/46). Langfristig soll durch diese Initiative auch wiederum die Lebensqualität für die BewohnerInnen gesteigert werden:

⁷ Bis zur Fertigstellung dieser Arbeit konnte nicht festgestellt werden, ob die Nachmittagsbetreuung gestartet werden konnte.

⁸ Letzte Informationen zur Übernahme des DefMobils durch den VVT:
<http://www.deferegental.eu/page.cfm?vpath=index/deferegental-mobil/e-defmobil-20> [15.01.2018]

„mit dem wird man jetzt keine großen Schritte schaffen, dem Trend entgegenzuwirken, aber es ist immerhin ein kleiner Schritt, dass man sagt ‚ok, es ist ganz nett, die Mobilität funktioniert da herinnen‘ mit den Kindern auch, die werden dann zur Musikschule gebracht und solche Sachen.“
(HAFELE 2017: 5 Z16-20)

Als problematisch wird dabei lediglich die Finanzierung gesehen, da, trotz der positiven Resonanz wie beim DefMobil, solch kostspieligen Projekte „nur möglich [*sind*], weil wir halt von allen Seiten gefördert werden, weil selber ist man ja nicht überlebensfähig“
(HOPFGARTNER 2017: 5/3-4).

Als letztes Projekt, welches bereits bei der Analyse zur Gemeinde Hopfgarten i. D. kurz angeschnitten wurde, ist das gemeinsame Gewerbegebiet in Huben. Auch die beiden anderen Bürgermeister haben dieses gemeinsame Gewerbegebiet hervorgehoben, da es auch Vorteile für die eigenen Gemeinden bringt. „Da hat man jetzt auch einen Standortentwicklungsprozess in Gang gesetzt, um eben [...] ein gemeinsames Gewerbegebiet in Huben zu machen“
(HAFELE 2017:6/4-8), um so wieder Arbeitsplätze in der Nähe des Tals zu schaffen. Dabei werden auch noch weitere Gemeinden auf Planungsverbandsebene beteiligt sein und die Kosten und Erträge zwischen den beteiligten Gemeinden, basierend auf den EinwohnerInnen aufgeteilt. „Der Grund wird angekauft, da gibt es dann einen Aufteilungsschlüssel bis 1.000 Einwohnern hast einen Anteil von 1.000 bis 2.000 hast zwei Anteile, da gibt es dann eben einen Aufteilungsschlüssel“ (ebd.:3/16-18). Ein ähnliches Projekt findet man bereits im Deferegental. So wurde ein „gemeinsames Gewerbegebiet, zum Beispiel draußen auf der Grenze zwischen Hopfgarten und St. Veit [*gewidmet*]“ (MONITZER 2017:1/34-37), wobei auch hier wieder Ausgaben und Einnahmen unter den Gemeinden aufgeteilt werden „also 50 Prozent von Aufwand und Ertrag geht nach Hopfgarten und 25 und 25 St. Veit und St. Jakob – also Kommunalsteuer“ (ebd.:6/30-31).

Insgesamt wird die gemeindeübergreifende Kooperation in jeglichen Bereichen als langfristige Strategie gesehen, um Projekte umzusetzen, welche wiederum für die Lebensqualität in den Gemeinden wichtig sind, denn „da sagst jetzt auch zum Beispiel, dass da alle drei Gemeinden nicht mit Gewalt jede muss haben, sondern man schaut [...] wir sagen ‚ja da machen wir vieles gemeinsam‘ und werden wahrscheinlich künftig noch viel mehr [*machen*]“ (ebd.:8/16-21).

Nach der Analyse der örtlichen Ebene soll zur besseren Übersicht ein kurzes *Zwischenfazit* gezogen werden.

Im Hinblick auf die Wahrnehmung der Prozesse von Schrumpfung zeigt sich, dass zwar ähnliche demographische und wirtschaftliche Entwicklungen wahrgenommen werden. Insbesondere die Abwanderung der Jungen, die wirtschaftlichen Veränderungen im Tourismus und in der Landwirtschaft und die Zahl der AuspendlerInnen werden als treibende Kräfte in Bezug auf die derzeitige Schrumpfung gesehen. Damit eng verbunden werden in allen drei Gemeinden die finanziellen Mehrbelastungen gesehen, da trotz geringeren Einnahmen, aufgrund der fehlenden Bevölkerung, die Gemeindeausgaben gleich bleiben oder sogar zunehmen würden. Diese angesprochenen Veränderungen werden einerseits als negativ gesehen, denen es gilt entgegenzuwirken, um so diese Entwicklung aktiv zu stoppen. In Hopfgarten i. D. und in St. Veit i. D. wird jedoch mittel- bzw. langfristig von einer, auf globalen Prozessen basierenden, Trendumkehr ausgegangen. Insbesondere die zunehmende Erwärmung, globale Unsicherheiten und die vorhandenen natürlichen Ressourcen werden als Vorteile der Gemeinden gesehen, welche langfristig wieder zu einem Wachstum führen werden. Lediglich die Zeit bis zur Trendwende gilt es zu überbrücken. In St. Jakob i. D. wird hingegen die Forcierung des touristischen Ausbaus als Schlüssel hin zu einer langfristigen Trendumkehr gesehen.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Strategien auf örtlicher Ebene ist feststellbar, dass auch hier wieder ähnliche Strategien verfolgt werden. Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es zwar unterschiedliche Vorstellungen beispielsweise bei der sinnvollen Zusammensetzung der Wirtschaftsstruktur innerhalb einer Gemeinde – in Hopfgarten i. D. wird ein Mix von Gewerbe und Tourismus angestrebt, wohingegen in St. Jakob i. D. der Tourismus als treibende Kraft und zentraler Wirtschaftszweig gesehen wird, den es gilt mittels eigenem Konzept zu fördern. Dass die wirtschaftliche Entwicklung jedoch notwendig ist, um langfristig auch weiterhin wachsen zu können, wurde in allen drei Gemeinden klar formuliert. Zuwanderung wird eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den vorhandenen, respektive den fehlenden, Arbeitsplätzen in Verbindung gesetzt.

Auch im Bereich der Daseinsvorsorge, insbesondere bei der harten und weichen Infrastruktur, werden Parallelen auf der örtlichen Ebene deutlich. So erschließen bzw. haben alle drei Gemeinden neue Wohngebiete erschlossen, um diese bei Bedarf umwidmen zu können. Die Lage der potentiellen Grundstücke spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Wichtiger ist in allen Gemeinden, dass interessierte Personen unkompliziert einen, wenn möglich günstigen,

Grund bekommen können, unabhängig von den möglichen Erschließungskosten, welche vor allem bei Baugründen für Betriebe wieder rückerstattet werden. Gleichzeitig wird im Bereich der weichen Infrastruktur (wie am Beispiel der Schulen und dem öffentlichen Nahverkehr) versucht gemeinsame, kostengünstige und teilweise gemeindeübergreifende neue Modelle auszuprobieren. Trotz dem bereits angesprochenen Bewusstsein, dass die wirtschaftliche Entwicklung für eine Gemeinde als sehr wichtig erachtet wird, wird bei der Ausweisung von neuen Gewerbeflächen zunehmend auf eine Kooperation zwischen den Gemeinden gesetzt, ausgenommen bei der touristischen Weiterentwicklung. Deutlich wird bei allen Gemeinden, dass das langfristige Ziel darin besteht die Lebens- und Wohnqualität vor allem für junge Familien, aber auch für ältere Personen zu erhalten und die Abwanderung durch diese gezielten Maßnahmen wie beispielsweise den Umbau des Dorfplatzes in St. Veit i. D. oder die Umgestaltung des Ortskerns in Hopfgarten i. D. zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen. Die vielen Parallelen können darauf zurückgeführt werden, dass aufgrund der gemeindeübergreifenden Kooperationen ein enger Kontakt zwischen den Bürgermeistern besteht und dadurch auch langfristige Strategien implizit angepasst werden, denn „das Defereggental wird einfach viel mehr zusammenrücken und das funktioniert relativ gut“ (HAFELE 2017: 5/46-47).

Nachdem die Wahrnehmungen als auch die Strategien auf lokaler Ebene nachgezeichnet wurden, wird im Anschluss wiederum näher auf die regionale Ebene eingegangen. Auch hier wird zuerst die Wahrnehmung von Schrumpfung nachgezeichnet bevor im Anschluss gezeigt wird, welche darauf aufbauenden Strategien verfolgt werden.

4.2.2 AUF REGIONALER EBENE

Analog zu den Ergebnissen auf der lokalen Ebene wird auf regionaler Ebene eine Unterscheidung zwischen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen hinsichtlich der Schrumpfung wahrgenommen. In Bezug auf die generellen demographischen Entwicklungen ist „eine wesentliche Erkenntnis [...] eben jene, dass wir Regionen haben die an Bevölkerung abn[ehmen]“ (STAMPFER 2017:1/4-5). Dabei ist es notwendig sich dieser Entwicklung zu stellen und diese „anerkennen, das ist jetzt so“ (HOHENWARTER 2017:5/7-8). Auch auf regionaler Ebene wird dabei die Abwanderung der Jungen, aufgrund der Ausbildung und den beruflichen Möglichkeiten, als zentraler Treiber wahrgenommen. Der langfristige Verlust dieser gut ausgebildeten Bevölkerungsschicht macht sich mittlerweile seit Jahren bemerkbar:

„ich sage einmal so, gerade die Abwanderung in Osttirol ist ein Thema seit mehreren Jahrzehnten, vor allem das Thema Brain-Drain, dass vor allem die gut ausgebildeten Leute abwandern ist auch ein Thema seit mehreren Jahrzehnten.“ (STAMPFER 2017:2/5-7)

Die Abwanderung aufgrund der Ausbildung wird dabei als durchwegs positiv gesehen, denn „die Leute gehören ja auch einmal raus“ (ebd.:11/16-18). In direkter Verbindung zum Bevölkerungsrückgang stehend wird dabei die Abnahme der Daseinsvorsorge gesehen. Dies wird vor allem damit verbunden, dass die Leistungen für die Gemeinden aufgrund der fehlenden kritischen Masse nicht mehr aufrechterhalten werden können „oder [*die Leistungen sind*] nicht mehr finanzierbar“ (ebd.:7/18). Es wird demnach eine Verquickung zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Daseinsvorsorge einerseits und der finanziellen Ausstattung andererseits auf regionaler Ebene ausgemacht. Das führt dazu, dass Gemeinden sich um ihre BewohnerInnen stärker bemühen, „ich meine das sieht man ja auch überall, es ringen ja die Gemeinden um ihre Einwohner“ (ebd.:HOHENWARTER 2017:9/36-37).

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Schrumpfung wird ebenfalls eine Verbindung zu der finanziellen Ausstattung der Gemeinde hergestellt. Dieser zunehmende finanzielle Verlust führt langfristig zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums der einzelnen Gemeinden:

„natürlich, wenn die Arbeitsstätten nicht in der Region selber sind, ist [*das*] vor allem für die Finanzkraft der Gemeinden [*schlecht*], weil wie wir wissen ein Großteil dieser Finanzkraft von den Gemeinden kommt von den Arbeitsplätzen und wenn die nicht dort sind, wo die Leute wohnen, dann geht den Gemeinden das Geld für die restlichen Aufgaben, vor allem frei verfügbares Budget ab, um einzelne Projekte umzusetzen.“ (STAMPFER 2017: 4/31-36)

In einem engen Konnex zueinander stehend werden Abwanderung und wirtschaftliche Schrumpfung gesehen. Diese zwei Komponenten wirken aufeinander ein und bedingen sich, aus Sicht der regionalen Ebene, gegenseitig. „Die Bevölkerung wandert ab, weil es eben dort keine wirtschaftlichen Perspektiven gibt“ (ebd.:6/7-9), was auch auf die Stagnation bzw. die leicht rückläufigen Zahlen im Tourismus zurückgeführt wird (vgl. ebd.). Hinzu kommt, dass geringe, wirtschaftliche Aktivitäten in den drei Gemeinden festgestellt werden und die „natürliche Nachfrage nach Betriebsansiedelungen dort [...] nicht gegeben [*ist*]“ (: HOHENWARTER 2017: 3/8). Dadurch stellt man sich auf regionaler Ebene die Frage, was einen hohen Mitteleinsatz der Investitionen in diesen Gebieten rechtfertigen würde, um Betriebe anzusiedeln, „wenn es die natürliche Nachfrage nicht gibt“ (ebd.:3/10-11). Bestätigt sieht man sich auf Seiten der der Regionalentwicklung durch die PendlerInnenbewegung der drei Gemeinden in Richtung Iseltal und Lienz. „Arbeitslosenzahlen und der Pendlersaldo zeigen,

dass die Personen aus der Iselregion ihre Arbeitsstätten außerhalb der Iselregion finden, nämlich im Raum Lienz und Umgebung“ (STAMPFER 2017: 4/25-27).

Anders als auf örtlicher Ebene wird in Bezug auf die langfristige Entwicklung auf regionaler Ebene argumentiert, dass nicht davon auszugehen ist, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahrzehnten ändern wird, „die Prognosen sind auch negativ“ (HOHENWARTER 2017: 5/8-9). Diese Entwicklung kann jedoch auch durchwegs als positiv gesehen werden, da diese Gebiete eine Vorreiterrolle einnehmen könnten in der Debatte rund um schrumpfende Gemeinden:

„wo die Trends hingehen, das kann man glaub ich ablesen und wenn man sich die Bevölkerungsprognosen [*ansieht*] [...] ist [*das*] ja sehr interessant, ich habe das einmal gesagt ‚Osttirol ist ein Vorreiter, weil das was bei uns jetzt passiert, passiert in allen österreichischen Regionen laut den Prognosen‘ ab 2030, 2040, 2050 passiert das überall, außer in den Zentralräumen.“ (ebd.:10/10-16)

Wobei angemerkt wird, dass diese Prognosen mit Vorsicht herangezogen werden sollten. Insbesondere sollten längerfristige Prognosen mit Vorsicht gesehen werden:

„das ist was, wo ich skeptisch bin, [*da*] die Prognosen in der Regel einfach Entwicklungen fortschreiben, natürlich gestützt von gewissen Annahmen, aber [...] ich bin skeptisch alles was über 10 Jahre rausgeht, seriös zu prognostizieren, das sind halt dann irgendwelche Szenarien.“ (ebd.:16-20)

Dass sich die Entwicklung langfristig auch wieder in Richtung Wachstum in diesen Gemeinden drehen könnte, wird nichtsdestotrotz als realistische Möglichkeit gesehen. Die derzeitige Konzentration im urbanen Raum und das Ausdünnen der ländlichen Gebiete erscheint als Trend, wobei „das Pendel [*jeder Entwicklung*] schlägt einmal in diese und dann in die andere Richtung aus, der Trend wird kommen“ (STAMPFER 2017: 7/10-11). Jene Gebiete, „die gut aufgestellt sind und das auch bieten können, die Leute, die haben dann Chancen“ (ebd.:7/12) und werden, zum Zeitpunkt der Trendumkehr, davon profitieren.

Aufbauend auf diese Wahrnehmung von Schrumpfung werden auf regionaler Ebene bestimmte Strategien angedacht und verfolgt, um so adäquat auf diese Entwicklungen zu reagieren.

Im Bereich der Wirtschaft zeigt sich, dass auf regionaler Ebene die alleinige Fokussierung, die Intensivierung und der Ausbau des Tourismus als durchaus kritisch gesehen wird:

„Tourismus als Entwicklungsstrategie [*ist*] total überbewertet [...] ebenso, wie man da jetzt eh bei dem Beispiel Ischgl sieht, also es gibt keine Korrelation oder kaum Korrelation zwischen [...] Tourismusedwicklung und Bevölkerungsentwicklung, keinen positiven Zusammenhang nur bei intensiver Tourismusedwicklung und der Entwicklung der Einwohnerzahl der Region, da gibt es eine positive Korrelation.“ (HOHENWARTER 2017: 4/15-20)

Zwar sollte weiterhin auf den Tourismus als Wirtschaftszweig gesetzt werden, „ich meine den Tourismus [...] darf man nicht wegbrechen lassen“ (ebd.:3/6-7), nichtsdestotrotz sollte auf eine naturnahe und „qualitätsvolle Weiterentwicklung im Tourismus“ (STAMPFER 2017: 6/36) gesetzt werden, „damit in Summe dieses System [...] so erhalten werden kann, wie es derzeit der Fall ist“ (ebd.:6/36-37). Bisläng wenig beachtete Potenziale wie der Nationalpark, „der weitaus stärker genutzt werden könnte und sollte“ (ebd.:6/22) und die noch vorhandene landwirtschaftliche Struktur, „die sehr naturnah noch produziert und dementsprechend auch im Sinne [*der*] Veredelung dieser Produkte, Weiterverarbeitung dieser Produkte durchaus als Chance“ (ebd.:6/24-26) gesehen werden kann. Ziel soll sein, dass „in Summe dieses System [...] so erhalten werden kann, wie es derzeit der Fall ist“ (ebd.:6/36-37).

In anderen wirtschaftlichen Bereichen wird auf regionaler Ebene die Stärkung des Zentralraums des Bezirks als Wirtschaftsraum fokussiert, „wenn man jetzt vom traditionellen Bild noch ausgehen will [*und*] Wirtschaftsräume entwickelt, dann muss die Entwicklung [*auf*] Lienz konzentriert [*sein*]“ (HOHENWARTER 2017:3/23-25). Auch wenn diese Forcierung durchaus von anderen als kritisch gesehen wird, überwiegt das Potenzial, dass qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden:

„dass wir den Lienzler Zentralraum stärken müssen, das ist eine Wirtschaftskraft, das sehen auch Bürgermeister, wahrscheinlich nicht alle, aber doch stimmen die Bürgermeister, die ich zitieren darf, die sagen ‚jeder Arbeitsplatz im Lienzler Talboden ist ein potentieller Arbeitsplatz für meine Gemeindebürger‘ und die Bürgermeister sind teilweise tief hinten im Tal.“ (ebd.:1/26-30)

Mithilfe von unterschiedlichen Förderprogrammen wurden dementsprechend bereits Projekte entwickelt und realisiert. So wurde das Tirol Archiv für photographische Dokumentation und Kunst in Lienz angesiedelt und von Seiten der Regionalentwicklung und der Europäischen Union mitfinanziert. Dadurch „gelingt es wissenschaftliche Arbeitsplätze auch in Osttirol aufzubauen und zu erhalten“ (STAMPFER 2017:2/47-48). Ein weiteres Projekt, durch welches insbesondere der Abwanderung der Jungen entgegengewirkt werden soll, ist der *Campus Lienz*, welcher ebenfalls seitens der Regionalentwicklung unterstützt wurde. Abgestimmt auf die Bedürfnisse der regionalen Betriebe soll durch den Campus die standortspezifische Ausbildung in der Region forciert werden:

„wo man versucht in Osttirol auch eine Uni aufzubauen, die maßgeschneidert ist auf die Betrieben in der Region drinnen auch mit diesem Hintergrund, dass die Leute, die die HTL in Lienz besuchen nicht dann zum Studium von Osttirol weggehen müssen, sondern ihre Karriere dann auch in Osttirol weitermachen können.“ (ebd.:2/36-41)

Grundsätzlich läuft es im wirtschaftlichen Bereich aus regionaler Sicht darauf hinaus, den Zentralraum im Bezirk zu fördern und weiterzuentwickeln, denn die „Grundstrategie muss sein, den Lienzer Talboden zu stärken“ (HOHENWARTER 2017: 3/15).

Nicht gänzlich ausgeschlossen werden soll jedoch die betriebliche Weiterentwicklung in anderen Gemeinden des Bezirks, wie „Nischenbesetzungen, Schwerpunktsetzungen auf einer betrieblichen Ebene, da irgendetwas auch wirtschaftlich für Gemeinden erreichen zu können“ (HOHENWARTER 2017:3/19-21). Hier wird jedoch angemerkt, dass dies stark von einzelnen Personen in den Gemeinden abhängig ist und betrieben werden müsse. Als eine Möglichkeit wird dabei die Digitalisierung genannt, „da kann ich mir durchaus was vorstellen“ (ebd.:3/22-23), wobei keine konkreten Ideen und Vorstellungen genannt werden. Dies wird auch nicht als Aufgabe der Regionalentwicklung gesehen, denn „das ist auch nichts, was man aus der Regionalentwicklung raus anschieben kann“ (ebd.:3/26-28). Die Unterstützung wäre, nach Initialzündung, aber auf alle Fälle vorhanden, „dafür Verantwortung übernehmen können wir nicht“ (ebd.:3/35).

Es wird aber angemerkt, dass eine Strategie jener Gemeinden, die „nicht als Arbeitsstandort in Frage kommen“ (ebd.:1/52), sein könnte, sich verstärkt auf die Qualitäten des Wohnens zu konzentrieren, „dass die Leute auch dort wohnen bleiben, weil [...] ich glaube es ist zumutbar dass jemand aus Hopfgarten oder auch aus St. Veit nach Lienz pendelt, das braucht [es] natürlich auch dort vor Ort die dementsprechenden Rahmenbedingungen“ (ebd.:2/1-3). Unter den Rahmenbedingungen werden Standortfaktoren subsumiert, wie eine gute Kinderbetreuung und ausreichend Mobilität. Hier steht man seitens der Regionalentwicklung den Gemeinden auch unterstützend zur Seite. Es wird jedoch betont, dass dies nur bedingt möglich ist. „Wir können Gemeinden anstoßen, da im Bereich der sozialen Infrastruktur was zu machen, aber im anderen Teil was zu machen, können wir nix wirklich ändern“ (ebd.:3/32-35). Im Bereich der sozialen Infrastruktur fallen auch die bereits beschriebenen gemeindeübergreifenden Kooperationen wie das DefMobil, die Weiterentwicklung zum DefMobil 2.0 oder der Aufbau der gemeindeübergreifenden Kinderbetreuungsplätze. Generell werden Gemeindekooperationen als Chance für Gemeinden gesehen, „weil das Lebensumfeld mittlerweile nicht mehr auf die Gemeinde beschränkt ist“ (STAMPFER 2017: 4/2-4). Jedoch wurde auch angemerkt, dass es in jenen Bereichen problematisch wird, wo es zu einer Überschneidung der Kompetenzen kommt. Die regionale Ebene kann demnach nur für jene Leistungen zuständig sein, die über die hoheitliche Ebene hinausgeht, wobei auch

hier wieder nicht das Ziel ist, diese Projekte dauerhaft zu finanzieren, sondern lediglich anzustoßen:

„wo es kritischer wird, ist das Thema, wo es über diese klassische [...] hoheitliche Verwaltung und Vorgaben hinausgeht: das Thema Kinderbetreuung nicht, aber Nachmittagsbetreuung, Betreuung in den Tagesrandzeiten oder Ferien oder wenn ich im Tourismus drinnen bin auch samstags, wo quasi die klassische Betreuung nicht greift, dort sollte man durchaus auch mit diesen Regionalwirtschaftlichen Programmen oder mit den EU-Programmen hineingehen, unter einer Bedingung natürlich: es darf keine Dauerfinanzierung werden.“ (ebd.:1/52-56)

Im Bereich der sozialen Infrastruktur besteht auch die Möglichkeit durch verschiedene Förderprogramme im Regionalmanagement Unterstützung zu erhalten. Hier muss jedoch festgehalten werden, dass die Finanzierung sich auf die Pilotphase von solchen Projekten beschränkt, denn „es darf keine Dauerfinanzierung werden, das heißt ich kann da pilothaft versuchen das aufzusetzen“ (ebd.:2/5-7).

Langfristig wird jedoch seitens des Regionalmanagements ein Perspektivenwechsel hinsichtlich des Umgangs mit Schrumpfung versucht. Ziel ist es ein Umfeld zu schaffen, in welchem andere Fragen gestellt, als „was muss ich gegen die Abwanderung machen“ (HOHENWARTER 2017: 11/11). Viel eher sollte es, aus regionaler Sicht, darum gehen zu fragen „was können wir unterstützend für das Thema Zuwanderung [*tun*], dann komme ich plötzlich drauf [...] vielleicht fehlt denen bei uns ein soziales Umfeld, Milieu, Offenheit“ (ebd.:10/50-51). Um diesen Perspektivenwechsel auch in der Praxis zu fördern, wurde 2013 ein Prozess gestartet, bei dem unter aktiver Einbindung der BewohnerInnen, Überlegungen und Konzepte hinsichtlich eines zukunftsfähigen Bezirkes entwickelt wurden. Dieses Projekt *Vordenken für Osttirol* wurde nun bis 2025 verlängert. In diesem Prozess war „unter anderem das [*die Abwanderung*] auch ein Thema, damit Osttirol in Summe sich auch vernünftig weiterentwickelt“ (STAMPFER 2017: 2/20-22).

In eine ähnliche Richtung schlägt die Überlegung, zusammen mit der Wohnbevölkerung und gleichzeitig auch gemeindeübergreifend neue Überlegungen im Bereich der Daseinsvorsorge zu entwickeln, um so auch die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen:

„es geht immer ums Gemeindeübergreifende im Bereich der Daseinsvorsorge, was können sie machen, was können sie tun und das hätte da, da war die Idee auch mit einem Bürgerrat also nicht aus der Amtsstube das zu entwickeln, sondern aus den Bürgern raus, damit das auch nachher irgendwo die Akzeptanz hat.“ (ebd.:HOHENWARTER 2017: 2/42-46)

Alles in allem zeigt sich auf regionaler Ebene, dass auch hier die Abwanderung insbesondere die Abwanderung der jungen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen wird, wodurch auch die Auslastung der Daseinsvorsorge und die finanzielle Ausstattung der Gemeinden abnehmen. Wirtschaftlich betrachtet wird in diesen Gebieten, bis auf den Tourismus, wenig Potenzial gesehen, wobei eine betriebliche Nischenentwicklung nicht per se ausgeschlossen wird, jedoch wird dies nicht als Aufgabe der Regionalentwicklung gesehen. Im Hinblick auf die Wahrnehmung dieser Entwicklung zeigen sich auf regionaler Ebene Unterschiede im Vergleich zu der örtlichen Ebene. So wird die Abwanderung der Jungen durchwegs positiv gesehen und nicht als Zwang zur Abwanderung beschrieben. Viel eher werden die derzeitigen Entwicklungen in den Gemeinden auch als positiv dahingehend gewertet, als dass diese Entwicklung mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahrzehnten auch andere Gemeinden betreffen wird, wodurch sich eine gewisse Vorreiterrolle ergibt, die es einzunehmen gilt. Ähnlich wie auf lokaler Ebene wird auch auf regionaler Ebene eine Trendumkehr als eine mögliche Entwicklung verfolgt. Die Aufgabe bis zu dieser Umkehr auf regionaler Ebene wird darin gesehen, die heute schrumpfenden Gemeinden bestmöglich zu erhalten. Im Hinblick auf die Vorreiterrolle der Gemeinden mit Schrumpfungstendenzen könnte diese auch dazu genutzt werden, die Perspektive zu ändern und sich stärker auf die Zu- als auf die Abwanderung zu fokussieren, was bereits direkt zu den Strategien überleitet. Diese Wahrnehmung ist vor allem dahingehend interessant, als in der *Lokalen Entwicklungsstrategie* die Verhinderung von Abwanderung als zentrales Ziel definiert wird und der es durch die Förderung der Lebensqualität entgegenzusteuern gilt (vgl. UNTERKAPITEL 2.3.1).

Mit Blick auf die angewandten Strategien lassen sich auf regionaler Ebene zwei zentrale strategische Stoßrichtungen ausmachen. Einerseits ist dies die wirtschaftliche Stärkung und Weiterentwicklung des Zentralraums des Bezirks, wodurch auch indirekt positive Effekte für die anderen Gemeinden langfristig gesehen werden. Die Landwirtschaft und der Tourismus sollten dabei als Wirtschaftskraft abseits des Zentralraums in ihrer naturnahen Form erhalten bleiben und, wenn möglich, Nischen besetzt werden. Andererseits werden Gemeinden außerhalb des Lienzer Talbodens dazu angeregt, ihre Qualitäten im Bereich Wohnstandort weiter zu erhalten und auszubauen. Vor allem in diesem Bereich werden Projekte auch seitens des Regionalmanagements finanziell unterstützt, wobei hier auch immer angemerkt wurde, dass diese Unterstützung zeitlich begrenzt sei.

Eine weitere Strategie im Umgang mit Schrumpfung besteht darin die gemeindeübergreifende Kooperation zu fördern und damit auch die notwendige Infrastruktur finanziell leistbar für die Gemeinden zu erhalten und auszubauen. Zusätzlich wird es als notwendig erachtet, dass auch die Wohnbevölkerung bei der Entwicklung von Ideen und der Implementierung neuer Modelle aktiv miteingebunden werde, um so auch indirekt auf die Thematik der Abwanderung hinzuweisen. Man ist sich auf regionaler Ebene einig, dass gerade dieses Thema, trotz der hohen Komplexität, auch als Aufgabenbereich der Regionalentwicklung gesehen werden muss, „auch wenn das nicht das Leichteste ist, ich sag einmal Projekte in anderen Bereichen zu machen ist weitaus leichter“ (STAMPFER 2017:1/19-21).

4.2.3 AUF LANDESEBENE

Nachdem nun die regionale Ebene hinsichtlich der Wahrnehmung von Schrumpfungprozessen und den Strategien beschrieben wurde, wird im letzten Schritt näher auf die Landesebene eingegangen. Zuerst sollen wieder die wahrgenommen Veränderungsprozesse näher beschrieben werden und darauf aufbauend die feststellbaren Strategien.

Auf der Ebene der überörtlichen Raumordnung werden, wie bereits auf lokaler und regionaler Ebene, bestimmte Prozesse wahrgenommen, wobei hier einige Unterschiede in der Auslegung der Entwicklungen feststellbar sind.

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung wird angemerkt, dass für das Defereggental eine geringe wirtschaftliche Aktivität festgestellt wird, was sich wiederum auf die finanzielle Situation der Gemeinde niederschlägt, weil „Einnahmen, also die kriege ich in erster Linie aus der Kommunalabgabe“ (ORTNER 2017: 7/48). Um diesen finanziellen Verlust auszugleichen, wird der Finanzausgleich basierend auf den EinwohnerInnen als Instrument genannt, „da kriegen natürlich Gemeinden auch was, die keine Betriebe mehr haben, die gibt es ja auch [...], die einfach keine Einnahmen mehr haben“ (ebd.:7/49-51). Zusätzlich unterstützt werden diese noch durch den Gemeindeausgleichsfonds, wobei hier kritisch angemerkt wurde, dass dieses Instrument sich negativ auf das Selbstwertgefühl und die Autonomie der Gemeinde könne, „da wird sich irgendwann die Frage stellen: Wie geht das? Eine Gemeinde sollte ja auch selbstbewusst sein und selber wirtschaften, aber wenn ich jetzt als Gemeinschaft ständig fragen muss: Darf ich mir den Rasenmäher noch kaufen? zehrt das natürlich“ (ebd.:7/52-8/3). Hinzu kommt, dass die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden

immer vielfältiger und größer werden, wobei „die Einnahmen werden natürlich nicht größer“ (ebd.:8/52-53).

Hinsichtlich der demographischen Veränderungen wird seitens der überörtlichen Raumordnung ebenfalls ein genereller Bevölkerungsrückgang gesehen, jedoch werden diese Veränderungen als weniger drastisch wahrgenommen als im Vergleich zu „echten ländlichen Abwanderungsgebieten [...] in den Westalpen [...] das ist natürlich kein Vergleich zu Osttirol“ (ebd.:1/9-10). Bezugnehmend auf die ÖROK-Prognose bis 2030 wird der Verlust als „minimal“ (ebd.:1/21) bezeichnet: „ich glaube um 800 Einwohner weniger in 15 Jahren“ (ebd.:1/21-22). Wesentlich ist für die landesweite Raumordnung, dass die Entwicklungen auf Bezirksebene betrachtet werden, und dieser wächst konstant, „der ganze Bezirk hat ja keine Abwanderung, ich meine natürlich, dass vom Deferegggen ein paar nach Lienz wandern, ist der Fall aber als Bezirk, du musst ja den Bezirksgrößenrahmen hernehmen“ (ebd.:1/10-12). Des Weiteren werden die statistischen Daten hinterfragt, denn „Osttiroler erleben das auch, dass sie Abwanderung [*haben*] und extrem ländlich sind, das stimmt aber nicht von den Daten her“ (ebd.:1/6-7). Dementsprechend kann nicht von einer Abwanderung oder vom „Aufgeben“ (ebd.:6/25) von bestimmten Gebieten gesprochen werden. „Aufgeben, das ist ein Wort, das wird eigentlich nicht verwendet, gibt auch keine Zeichen dafür“ (ebd.:6/25-26). Die Abwanderung von Jungen zu Studien- oder Ausbildungszwecke wird als ein Prozess gesehen, welcher nicht mit Abwanderung als solche verwechselt werden sollte:

„Prinzipiell muss ich auch schauen, die [*junge Personen*] wollen nicht im Tourismus arbeiten oder die wollen nicht Bauer sein oder die wollen nicht keine Ahnung, Tischler sein oder Spengler, sondern die wollen halt Byzantinistik studieren und das gibt es halt nicht, [*nicht*] einmal in Innsbruck, dann muss ich halt nach Wien gehen und dann darf ich nicht das verwechseln mit der Abwanderung.“ (ebd.:8/30-34)

Dabei dürfe nicht der Fehler gemacht werden, „dass man sagt ‚jetzt sind schon wieder drei nach was weiß ich wohin gezogen‘ das ist einfach [...], das ist Menschsein, dass man einmal irgendwohin zieht, was lernt, heiratet [...] und nicht mehr heimkommt, dafür kommen andere“ (ebd.:8/37-39).

Bei der übergreifenden Betrachtung wirtschaftlicher und demographischer Entwicklungen wird zum einen festgehalten, dass für jegliche Vorhaben ausreichend Bauland zur Verfügung stehen, „also in Osttirol und Außerfern, [*das*] sind unsere zwei Bezirke, [...] wo die Baulandreserven am Größten sind, jetzt könnte man sagen ja es ist für alles vorgesorgt“ (ebd.:1/28-30). Zum anderen wird eine deutliche Dominanz der Bezirkshauptstadt gesehen, welche langfristig zu einer „Zentrumsproblematik“ (ebd.:3/7) führt und dadurch die

Bezirkshauptstadt „die anderen Gemeinden ein bisschen aussaugt“ (ebd.:3/7-8). Lienz nimmt im Vergleich zu anderen Bezirkshauptstädten eine Sonderstellung ein „wie wenn sie so eine kleine Hauptstadt wäre, weil sie ebenso ein abgeschlossener Bezirk ist“ (ebd.:1/50-51). Das derzeitige Wachstum der Stadtgemeinde Lienz wird als eng in Verbindung stehend gesehen (vgl. ebd.:1/51-52).

Ähnlich wie auf lokaler und regionaler Ebene geht man auf Landesebene davon aus, dass sich der derzeitige Trend hin zum Leben in der Stadt nicht ewig halten wird, obwohl „jetzt ist halt der große Trend wieder, [...] dass man eine Stadtwohnung hat in zentraler Lage“ (ebd.:5/11-12). Vor allem rückblickend betrachtet, wird darauf hingewiesen, dass in den 1990er Jahren dieser Trend „gerade umgekehrt [*war*], da hat Innsbruck schon Bedenken gehabt, ob sie unter 100.000 Einwohner fallen, weil immer mehr irgendwohin [...] gezogen sind, um die Natur zu genießen“ (ebd.:5/14-15). Der derzeitige Boom der Städte wird als internationaler Trend zwar wahrgenommen, jedoch kann sich dieser Trend genauso schnell wieder drehen. Die Steuerung der Prozesse obliegt jedoch nicht der überörtlichen Ebene, sondern ist als globaler Trend zu sehen: „es ziehen sicherlich momentan viele in die Städte aber nicht weil es das Raumordnungsgesetz so vor sieht, sondern weil das halt der internationale Trend ist“ (ebd.:5/12-14).

Auf der überörtlichen Ebene zeichnen sich ebenfalls Strategien ab, auch wenn, wie bereits beschrieben wurde, auf Landesebene Schrumpfung als derzeitiger Prozess nicht so deutlich wahrgenommen wird.

Trotz der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung wird auch auf Landesebene die Ausweisung neuer Bauflächen als Strategie gesehen, wobei man sich bewusst ist, dass aufgrund des demographischen Rückgangs dies oft nicht notwendig wäre:

„natürlich ist das auch ein bisschen weltfremd, wenn du sagst ihr habt's ja noch keine Ahnung. 17 Prozent leerstehende Gebäude und 32 Prozent der Flächen sind noch unbebaut, also wir sehen uns in 26 Jahren wieder. Bei der momentanen Entwicklung kannst [*das*] natürlich nicht bringen, man bemüht sich schon mit der Gemeinde zusammen was zusammen zu bringen.“ (ebd.:2/23-27)

Ein schon länger verfolgtes Ziel dabei ist die Entwicklung der Gemeinden „von innen heraus“ (ebd.:3/21), wobei dies in allen Gemeinden, unabhängig ihrer demographischen Entwicklung, verfolgt wird:

„das ist unser eindeutiges Ziel, schon seit zehn Jahren, seit 2000 kann man sagen mit den Raumordnungskonzepten hat man das ja gebracht: ‚bitte drinnen einmal attraktivieren und schauen, dass der

Ort lebt und nicht draußen immer wieder dazu widmen‘, weil da höhlst du den Ort quasi automatisch aus.“
(ebd.:3 Z 22-25)

Betreffend den Widmungen wird jedoch angemerkt, dass in der Praxis dieses Ziel nicht immer so erfolgreich umgesetzt werden kann. Zum einen ist der Zugriff auf eine aus fachlicher Sicht geeignete Fläche aufgrund der Besitzverhältnisse oft schwierig. Somit ist man zwangsläufig gezwungen Alternativen zu suchen, was häufig damit endet, dass wiederum neue Flächen gewidmet werden müssen, „wo auch der Grundbesitzer [...] mitspielt und welcher Grundbesitzer spielt mit, der noch keine Widmung hat“ (ebd.:2/27-28). Zum anderen wird ein weiteres Problem in der Erschließung der abgelegenen Gemeindeteile durch die Gemeinde gesehen. Einerseits ist es „notwendig durch das Wasserrechtsgesetz“ (ebd.:3/34), auch diese Gemeindeteile zu erschließen. Gleichzeitig werden dadurch Strukturen erst möglich gemacht, die es aus strategischer Sicht zu verhindern gilt, denn „dann baust halt gute Straßen rauf und einen Kanal, weil du musst und dann sagst ‚jetzt haben wir den Kanal schon oben, jetzt können wir dort ja weiter widmen‘ das ist ein bisschen [...] eine Spirale nach unten“ (ebd.:3/35-37).

Nichtsdestotrotz gilt es für die überörtliche Ebene die Zentren der Dörfer langfristig zu erhalten und weiterzuentwickeln, „prinzipiell gibt es keine Widmungen, die draußen sind, solange drinnen noch Reserven sind [...], sonst kommen wir da in die Endlosschleife [...] deswegen müssen wir da ab und zu auch ein bisschen weltfremd sein“ (ebd.:4/5-15).

Um dieses grundlegende Ziel der Siedlungsentwicklung auch tatsächlich zu verwirklichen, werden in Osttirol neue Formen des Bauens getestet wie „ein Generationenwettbewerb [...], wo man [...] jetzt einmal anfängt zu bauen aber die zweite Generation in 25, 30 Jahre kann dann dazu bauen, ohne dass es stört“ (ebd.:2/35-36). Dies soll dazu beitragen, dass die Kinder später „nicht irgendwo anders hinziehen, sondern [*sie*] können oben quer dazu bauen und verdichten das sozusagen im Nachhinein“ (ebd.:2/39-41).

In Bezug auf die Daseinsvorsorge wird darauf hingewiesen, dass es zwei zentrale Bereiche gibt, die auf Ebene der überörtlichen Raumordnung forciert werden. Zum einen ist das der Ausbau der Infrastruktur wobei hier angemerkt wird, dass vor allem aufgrund des Tourismus, in Tirol der Versorgungsgrad ohnehin deutlich höher ist, „gegenüber den Westalpen, wir haben ja Versorgungen in die hintersten Täler drinnen, da träumen ja viele“ (ebd.:8/23-24). Der Bereich der harten Infrastruktur wird dabei als gleichwertig mit anderen Landesgebieten und als abgeschlossen gesehen, „die technischen [*Infrastrukturen*] also das kann man sagen, ist abgehakt, also da haben wir in Osttirol denselben Status wie in Nordtirol“ (ebd.:2/4-5). Zum anderen wird der Ausbau der weichen Infrastruktur „also [...] das ist halt

Kinderbetreuungseinrichtungen, Bildungseinrichtungen und so weiter“ (ebd.:2/7) laufend versucht zu verbessern. Als Beispiel wird hier auf den bereits angesprochenen *Campus Lienz* hingewiesen, wobei man hier bewusst auch Kritik aufgrund des Standortes in Kauf nimmt, denn „[*der Campus ist*] an sich schwer zu argumentieren, weil in Innsbruck herausen gibt es Platz in Hülle und Fülle, da gäbe es auch die Lehrenden und jetzt macht man wirklich für sieben oder neun Hörer einen Mechatronik-Zweig in Lienz“ (ebd.:1/44-47). Das übergeordnete Ziel dahinter wird als ein Bekenntnis gesehen, dass Dezentralisierung von Bildung in Tirol vorangetrieben wird, trotz der angesprochenen Kritik: „jetzt machen wir künstlich sozusagen einen neuen Standort in Lienz, was natürlich die Aussage hat die Bildung auch dezentraler zu organisieren“ (ebd.:6/48-50). Als ein weiteres Beispiel, welches auch die Daseinsvorsorge betrifft und indirekt auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aufgreift, wird die Pflege genannt, wo zusammen mit der Sozialabteilung ein Bettenplan erstellt wird: „alle 5 Jahre [...], das ist nur so ein kleines Thema, die Auslastung von den Bezirkskrankenhäuser oder was auch von den Bezirkshäusern angeboten wird, das ändert sich auch mit der Bevölkerungsstruktur“ (ebd.:5/43-45).

Die gemeindeübergreifende Kooperation ist auch auf überörtlicher Ebene ein Thema und wird als langfristige Strategie, um mit Schrumpfung umzugehen, gesehen. „Ich glaube das Wichtigste ist, dass wir wegkommen von der ‚jeder braucht sein Gewerbegebiet und jeder braucht seinen M-Preis‘⁹ [*Denkweise*]“ (ebd.:6/53-54). Insbesondere bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete wird die gemeindeübergreifende Kooperation als etabliertes Instrument verwendet, wobei die Einnahmen und Ausgaben über einen bestimmten Zeitraum zwischen den Gemeinden aufgeteilt werden:

„wir bemühen uns raumordnerisch sehr sogenannte *regionale Gewerbegebiete* zusammenzubringen [...] das ist jetzt auch nichts Neues, das machen wir seit fast 20 Jahren [...] also solche Modelle haben wir gute und die sind auch durchexerziert also da gibt es kein Problem und [*werden*] auch gerne angenommen inzwischen.“ (ebd.:9/1 – 10)

Langfristig ist es notwendig „zumindest in Talschaften [...] [*zu*] denken bei solchen Sachen“ (ebd.:9/34). Im konkreten Fall der drei Gemeinden wird hier ein großes Potenzial gesehen verstärkt in Matrei in Osttirol Gewerbegebiete, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen anzusiedeln, „da müsste ich eigentlich raumordnerisch agieren, was wir ja auch wollen (ebd.:9/27-28).

⁹ M-Preis: Einzelhandelskette in Tirol

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Möglichkeiten im Bereich der überörtlichen Raumordnung wird es als notwendig angesehen Arbeitsplätze zu schaffen, denn „Arbeitsplätze ist sicher einer von den großen Hebeln und zwar nicht [...] nur Arbeitsplätze, sondern ganzjährige qualitativ hochwertig“ (ebd.:8/20-23). Hier wird jedoch angemerkt, dass es unabdingbar ist, dass sich Gemeinden ihrer eigenen Vorteile und Talente bewusst werden müssen, um so auch realistisch die selbstgesteckten Ziele erfüllen zu können:

„ich muss mich vielleicht in gewissen Gemeinden verabschieden von dem das man halt gern einen Zuzug hätte, der überschießend ist, dass ich sage: ‚ich möchte in drei Jahren 5.000 Einwohner haben‘ und man muss sich da gewiss nach der Decke strecken [...] wenn man die Konzepte liest, die Gemeinden wollen natürlich irgendwie alles mit ein bisschen Tourismus, ein bisschen Gewerbe, es soll auch so ganz lässig sein und junge Leute sollen auch da wohnen und am liebsten ein paar Computerfirmen, die leise sind und viel Geld abwerfen das sind natürlich oft so ‚Wunsch ans Christkind‘ [*Listen*], das muss man sagen.“ (ebd.:7/1-23)

Die Möglichkeiten der überörtlichen Ebene werden jedoch als eingeschränkt gesehen, um Betriebe aktiv anzusiedeln. Trotz des im Vergleich in hoher Anzahl zur Verfügung stehenden Baulandes kann die Raumordnung „kein Unternehmen zwingen oder überreden nach Defereggen zu gehen“ (ebd.:1/30-32). Hier stößt die überörtliche Raumordnung an ihre Grenzen:

„ich kann jetzt nicht zu einer Firma sagen, im Defereggenal brauchen wir noch einen Betrieb mit 90 Frauenarbeitsplätzen, das könnte vielleicht, das wäre vielleicht der Fall, wäre nicht schlecht, wenn wir so einen hätten, aber woher nehmen und nicht stehlen.“ (ebd.:1/38-40)

Generell gilt es in der überörtlichen Raumordnung die Strategie weiterhin zu verfolgen, „dass man eine relativ gleiche Entwicklung zusammenbekommt“ (ebd.:7/43-44). Dabei besteht das Hauptziel in der vorausschauenden Planung, so „dass man Gemeinden gesund haltet, dass sie auch selber was tun können und da muss man halt schauen was braucht es“ (ebd.:8/4-5). Die Möglichkeiten der überörtlichen Raumordnung dürfen dabei, vor allem bei der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung, jedoch nicht überschätzt werden, wie bereits gezeigt wurde, denn andere unabhängige Variable müssen mitgedacht werden:

„Die Raumordnung ist natürlich eine Querschnittsmaterie, aber ich kann auch in der Raumordnung [...] nicht zaubern, [...] weil man kann fünf Mal ein Gewerbegebiet widmen, dann ist diese Straße viel zu eng oder weil es ein Sacktal ist, wo ich nur einen Eingang habe oder weil es keinen [...] Betrieb gibt der da hinwill, nützt mir die Widmung auch nichts und auch die ganzen Konzepte nützen mir nichts [...] aber das Ziel ist sicher, dass man die Gemeinden selbstständig erhaltet, wirtschaftlich fähig [...] der Rest ergibt sich, die Bevölkerung zieht immer dorthin, wo es Arbeitsplätze gibt, das kann man sagen.“ (ebd.:8/5-16)

Basierend auf dem Verständnis der überörtlichen Raumordnung werden demnach die eigenen Optionen bei der Strategieentwicklung und -umsetzung als eingeschränkt wahrgenommen. Um tatsächlich mittels der überörtlichen Raumordnung Wachstum zu fördern, „bräuchte man schon ein sowjetisches System wo man sagt das kommt da hin die Firma kommt dahin und wir siedeln gleichzeitig 50.000 Familien [...] das ist Planwirtschaft, die haben wir natürlich nicht.“ (ebd.:8/39-42)

Nach der Analyse der überörtlichen Ebene kann zusammenfassend festgestellt werden, dass Abwanderung zwar ein Thema ist, jedoch der Tenor ist, dass die Entwicklungen in Osttirol, verglichen mit anderen Regionen der Westalpen, als weniger ausschlaggebend wahrgenommen werden sollen. Insbesondere die Abwanderung von jungen Leuten, welche auf lokaler und regionaler Ebene als zentraler Treiber gesehen wird, soll nicht mit Abwanderung verwechselt werden. Viel eher soll der Blick auf die Entwicklung des Bezirks im Gesamten gelegt werden und hier wird für Osttirol eine nur geringe Abnahme der Bevölkerung in den nächsten Jahren vorausgesagt. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung wird festgestellt, dass zwar rückläufige wirtschaftliche Tendenzen feststellbar sind, jedoch durch Instrumente wie den Gemeindeausgleichsfonds oder den Finanzausgleich ein Ausgleich geschaffen wird. Schrumpfung wird, wie auf lokaler und regionaler Ebene, als derzeitiger Trend gesehen, wobei sich dieser langfristig wieder in Wachstum umkehren werde. Der derzeitige Boom der Städte, als internationaler Trend, könne sich langfristig wieder ändern.

Hinsichtlich der Strategien wird auf überörtlicher Ebene versucht die Ausweisung neuer Bauflächen einzuschränken, wobei sich dies in der Praxis oft als schwierig erweist. Unabhängig der demographischen Entwicklungen wird darauf geachtet, Gemeinden von innen nach außen zu entwickeln. Schwierig wird dies, wenn in bereits bestehenden dezentral gelegenen Gemeindeteilen Sanierungen vorgenommen werden. Hier kann es zu weiteren Ausweisungen neuer Flächen kommen. Als weiterer Schritt, wiederum unabhängig von der wirtschaftlichen oder demographischen Entwicklung, ist einerseits der Ausbau der harten Infrastruktur, welcher tirolweit als abgeschlossen gesehen wird, und andererseits der Ausbau und die planvolle Gestaltung der weichen Infrastruktur. Hier werden als Beispiele eine Dezentralisierung der Bildungseinrichtungen von Innsbruck in Richtung Lienz angestrebt und die vorausschauende Erstellung eines Bettenplans im Pflegebereich. Um auch die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, wird seitens der überörtlichen Raumordnung versucht regionale Gewerbegebiete zu forcieren. Die Möglichkeit auf überörtlicher Ebene aktiv die

Ansiedelung von Wirtschaftstreibenden zu forcieren, wird hingegen verneint. Die gemeindeübergreifende Kooperation hingegen wird als gutes Instrument zur Aufrechterhaltung und Entwicklung der benötigten Infrastruktur und von Gewerbegebieten gesehen. Ähnlich wie auf regionaler Ebene wird es auch auf überörtlicher Ebene als unabdingbar angesehen, dass sich Gemeinden ihrer Vorteile und Talente bewusst werden müssen und sich auf bestimmte Bereiche konzentrieren sollten. Die überörtliche Raumordnung kann hierbei jedoch nicht eingreifen oder gesetzlich festlegen, wo An- bzw. Absiedelung stattfinden muss und wo nicht.

Nachdem nun die unterschiedlichen Perspektiven der drei Ebenen nachgezeichnet wurden, zeigen sich Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen den Akteuren in der Wahrnehmung mit Schrumpfung und im Umgang damit. Ziel war es zu zeigen, welche Veränderungen hinsichtlich Schrumpfung auf den unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen werden und wie diese langfristig gesehen bewertet werden. Außerdem wurden die strategischen Überlegungen auf den unterschiedlichen Ebenen beschrieben und aufgezeigt. Im anschließenden Kapitel werden diese Analyseergebnisse mit den eingangs gestellten Forschungsfragen abgeglichen und diskutiert.

5 – DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Nach der vorangegangenen Analyse der derzeitigen Situation auf den unterschiedlichen Ebenen, werden die eingangs gestellten Fragen beantwortet. Dazu werden im folgenden Kapitel die wichtigsten Ergebnisse der ersten drei Forschungsfragen zusammengefasst und diskutiert. Auf die darauf aufbauenden Handlungsempfehlungen im Umgang mit Schrumpfung wird in Kapitel 6 eingegangen.

5.1 Das tatsächliche Ausmaß von Schrumpfung

Zur Klärung, inwieweit nun tatsächlich von Schrumpfung in den drei untersuchten Gemeinden gesprochen werden kann, soll hier noch einmal die festgelegte Definition von Schrumpfung *„als ein qualitativer und quantitativer rückläufiger Transformationsprozess, der über einen längeren Zeitraum in einer bestimmten räumlichen Einheit vorkommt, wobei die demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen als die zentralen Merkmale für Schrumpfung angesehen werden“* ins Gedächtnis gerufen werden. In unterschiedlicher Ausprägung kann für die drei Gemeinden ein Schrumpfungsprozess festgestellt werden. Wirtschaftliche und demographische Merkmale weisen auf eine rückläufige Entwicklung in allen drei untersuchten Gemeinden im Zeitraum zwischen 1991 und 2015 bzw. 2016 hin.

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und den eingangs definierten Merkmale muss, nach der Betrachtung der Indikatoren *Arbeitsbevölkerung* und *AuspendlerInnenanteil*, festgehalten werden, dass in allen drei Gemeinden wirtschaftliche Schrumpfung, zwar in unterschiedlicher Intensität und mit zeitlichen Schwankungen, festgestellt werden kann. Der ohnehin vergleichsweise hohe und weiterhin ansteigende Anteil an AuspendlerInnen in den drei Gemeinden lässt auf einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Gemeinden als Arbeitsorte schließen. Auch die Arbeitsplatzentwicklung ist in zwei von drei Gemeinden zwischen 1991 und 2015 rückläufig, was wiederum belegt, dass es in diesen beiden Gemeinden zu einem Rückgang der Arbeitsplätze gekommen ist. Lediglich in St. Veit i. D. zählte man 2015 drei Arbeitsplätze mehr als 1991. Die wirtschaftliche Basis der Gemeinden scheint demnach im Schrumpfen begriffen zu sein. Gründe für die wirtschaftliche Entwicklung konnten durch die Analyse der Wirtschaftsstruktur nicht erhoben werden, jedoch wurde bei den Gesprächen immer wieder auf die rückläufigen Entwicklungen im Tourismus und der Landwirtschaft hingewiesen. Im Bereich des Tourismus decken sich die wahrgenommenen Entwicklungen mit den statistischen Daten. Im Jahr 1980 erzielte man im

Defereggental einen bislang unerreichten Höchststand an Nächtigungen. Bis 2016 ging die Zahl der Nächtigungen im Winter als auch im Sommer sukzessive zurück.

Ähnlich wie bei der wirtschaftlichen Schrumpfung konnten auch im Bereich der Bevölkerungsentwicklung Schrumpfungsprozesse in den drei Gemeinden nachgewiesen werden. So zeigen drei der vier Indikatoren, welche für die Strukturdatenanalyse herangezogen wurden deutlich, dass rückläufige Entwicklungen in den Gemeinden im Untersuchungszeitraum stattgefunden haben. Über den gesamten Untersuchungszeitraum ist es zu einer Zunahme der Personen über 65 Jahre bei einem gleichzeitigen Rückgang der Personen unter 15 Jahren gekommen, was auf eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung hinweist. Lediglich die Geburtenbilanz zeigt in allen drei Gemeinden, wenn der gesamte Zeitraum (1991-2016) betrachtet wird, zwar eine positive Entwicklung auf, wobei in St. Veit i. D. und in Hopfgarten i. D. auch in den letzten fünf Untersuchungsjahren die Geburtenbilanz negativ war. Auch in St. Jakob i. D. ist die Geburtenbilanz zwar bislang noch positiv, jedoch sind auch hier die Geburten stark rückläufig im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten. Vor allem die negative Geburtenbilanz der letzten fünf Jahre kann zu einer zunehmenden Intensivierung des demographischen Schrumpfungprozesses führen. Die drei Indikatoren deuten demnach auf eine demographische Schrumpfung in den Gemeinden hin.

Es zeigt sich, dass aufbauend auf der Arbeitsdefinition von Schrumpfung in allen drei Gemeinden von Schrumpfung gesprochen werden kann. Insgesamt treffen vier (St. Veit i. D.) bzw. fünf Indikatoren (St. Jakob i. D., Hopfgarten i. D.) zu. Nimmt man noch jene Prozesse mit in die Betrachtung, die bei den Gesprächen angesprochen wurden, wie die Schließung von Geschäften oder die Schließung der zweiten Volksschule in St. Veit i.D., werden auch noch weitere Merkmale erkennbar, die auf eine zunehmende Entmischung und funktionale Ausdünnung hinweisen. In Verbindung mit der angesprochenen *funktionalen Ausdünnung* wird diese Entwicklung als gegeben gesehen. Der *Verlust von Arbeitsplätzen* in den Gemeinden, die zunehmende *Überalterung* der BewohnerInnen und der *steigende Anteil der AuspendlerInnen* können hier als Belege für die zunehmende Ausdünnung und Entmischung gesehen werden. Für die Gemeinden bedeutet diese Entwicklung, dass sie sich zusehends zu monofunktionalen Wohngemeinden entwickeln werden, mit einem hohen Anteil an älteren Personen.

Trotz der deutlichen Hinweise, auf Schrumpfungprozesse in diesen drei Gemeinden, ist es nicht selbstverständlich, dass diese auch von den Akteuren als solche wahrgenommen werden. Das nächste Kapitel widmet sich dieser Diskrepanz.

5.2 Die Wahrnehmung der Akteure

Hinsichtlich der Wahrnehmung von Schrumpfung auf den drei Ebenen (*Forschungsfrage 2*), zeigen sich deutliche Unterschiede.

Zwar werden auf allen Ebenen wesentliche Prozesse, welche bereits eingangs als mit Schrumpfung in Verbindung stehend definiert wurden, wahrgenommen. Dazu zählen der zunehmende Leerstand, die rückläufige Arbeitsplatzentwicklung, die hohen AuspendlerInnenzahlen als auch die rückläufige Gesamtbevölkerungszahl. Insbesondere die Abwanderung von Jungen wurde in den Gesprächen immer wieder genannt. Auch damit verbundene Prozesse, wie geringer werdende finanzielle Mittel und die geringere Auslastung von zentralen Einrichtungen im Tal bzw. in den Gemeinden, werden von den Akteuren beobachtet. In Bezug auf die Wahrnehmung ebendieser Vorgänge zeigen sich jedoch Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Ebenen aber auch unterschiedliche Deutungen innerhalb der unterschiedlichen Ebenen.

Die Sicht der überörtlichen Ebene auf Schrumpfung unterscheidet sich grundlegend von der regionalen sowie der örtlichen Sicht. So wird seitens der überörtlichen Raumordnung angemerkt, dass Osttirol als Bezirk nicht schrumpft. Zwar werden Differenzen innerhalb des Bezirks und vor allem zwischen der Bezirkshauptstadt Lienz und den peripheren Gemeinden angemerkt, jedoch sei es notwendig, den Blick auf die Entwicklung des gesamten Bezirkes zu richten und nicht einzelne Gemeinden zu betrachten. Auf örtlicher als auch regionaler Ebene ist man sich hingegen den Entwicklungen auf kommunaler Ebene bewusster. Interessant ist hierbei die Auslegung von Abwanderung auf überörtlicher Ebene. Das Verlassen der Gemeinde von jungen Personen aufgrund des Studiums sollte demnach nicht als Abwanderung bezeichnet werden, da es ein normaler Prozess sei und nicht in Verbindung mit Schrumpfung gesehen werden sollte. Trotz der Prozesse in den drei Gemeinden, welche deutlich auf Schrumpfung hinweisen, wird diese Entwicklung auf überörtlicher Ebene relativiert.

Ein wesentlicher Unterschied besteht des Weiteren darin, dass auf örtlicher als auch regionaler Ebenen davon gesprochen wird, dass diesen Entwicklungen entgegengesteuert werden muss, um so die Schrumpfung der Gemeinden zu stoppen. Wobei hier vor allem auf örtlicher Ebene

die Abwanderung der Jungen als negativer Zwang, aufgrund der Ausbildung, gesehen wird. Auf regionaler Ebene hingegen wird die Abwanderung der Jungen zur Ausbildung als ein normaler Prozess wahrgenommen, welcher durchwegs positiv zu sehen sei.

Einigkeit über alle Ebenen hinweg besteht darin, dass die derzeitigen Entwicklungen sich langfristig wieder ändern können. Als mögliche Gründe für diese Trendwende werden gesamtgesellschaftliche und globale Veränderungen genannt, wie das zunehmende Bedürfnis nach mehr Sicherheit oder die dort im Übermaß vorhandenen natürlichen Ressourcen wie Wasser, sauberer Luft und Ruhe, welche in anderen Weltregionen mittlerweile knapp werden. Vor allem auf örtlicher und überörtlicher Ebene aber auch bei einem der zwei Gesprächspartner auf regionaler Ebene wurde diese Trendwende hin zu einem erneuten Wachstum hervorgehoben. Die derzeitige Schrumpfung ist demnach zwar nicht wünschenswert, man geht jedoch davon aus, dass sich über einen nicht näher genannten Zeitraum diese Entwicklung zu Gunsten der ländlich-peripheren Gebiete drehen werden wird. Bis dieser Zeitpunkt eintritt, sei es jedoch notwendig die Gemeinden zu erhalten und zu fördern. Obwohl jedoch derzeit die statistischen Daten keine Trendwende in Richtung Wachstum dieser Gemeinden vorweisen und auch die Prognosen, wie gezeigt wurde, darauf deuten, dass Schrumpfung in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich sein wird, wird die Vorstellung von neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen, einer Trendwende und einem damit verbundenem Vorteil dieser Gebiete, so die Annahme, vertreten. Die Frage sei diesbezüglich nur wann dies eintreten wird.

Auf regionaler Ebene zeigten sich jedoch unterschiedliche Meinungen zwischen den beiden Gesprächspartnern. Einerseits nimmt man die derzeitigen Veränderungen ebenfalls, wie bereits angesprochen, als Durststrecke war, bis erneut Wachstum aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen einsetzt. Andererseits wird aber auch angemerkt, dass es notwendig ist diese Entwicklung positiv zu sehen, da man eine Vorreiterrolle einnimmt und weitere Gemeinden in Österreich in den nächsten Jahren eine ähnliche Entwicklung erleben werden. Diese Vorreiterrolle wird hier als durchwegs positiv gesehen.

Es wird also deutlich, dass Schrumpfung, wie in der Theorie angeführt, durchaus auf allen Ebenen als negativ wahrgenommen wird, da sie für die Gemeinden negative Auswirkungen hat, insbesondere im Hinblick auf deren finanzielle Situation. Andererseits wird die Abwanderung auf allen Ebenen aus dem ländlich-peripheren Raum als eine vorübergehende Entwicklung wahrgenommen, wobei diese auch wieder in Richtung Wachstum in den jetzt von Schrumpfung betroffenen Gemeinden ändern kann.

Hinsichtlich der beschriebenen Kritik von SOUSA et al., dass die Raumordnung wachstumsbefangen sei und es kein gleichwertiges Paradigma für Schrumpfung gibt, wird deutlich, dass Wachstum als Paradigma letzten Endes von beinahe allen Akteuren favorisiert wird. Schrumpfung, wenn sie überhaupt erkannt wird, wird auf allen Ebenen als Anomalie gesehen, gegen welche es vorzugehen gilt. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass lediglich auf regionaler Ebene angeführt wird, dass Schrumpfung auch als positiv gesehen werden kann, wenn man sich der Vorreiterrolle in den jetzt betroffenen Gemeinden bewusst wird.

Mit Fokus auf diese unterschiedlichen Perspektiven auf den Prozess von Schrumpfung kann festgehalten werden, dass einerseits versucht wird proaktiv dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die damit verbundenen Prozesse zu stoppen. Andererseits wird auf regionaler Ebene auch versucht einen Blickwechsel zu initiieren. Das letzte Unterkapitel widmet sich diesen teilweise doch sehr unterschiedlichen Strategien.

5.3 Strategien im Umgang mit Schrumpfung

Wie bei der Analyse dargestellt wurde, werden von den unterschiedlichen Ebenen teilweise ähnliche, teilweise jedoch auch divergierende Strategien verfolgt. Mit Blick auf die eingangs gestellte *Forschungsfrage 3*, welche Strategien von den unterschiedlichen AkteurInnen verfolgt werden und inwieweit diese einer Wachstumsbefangenheit unterliegen, zeigen sich auf den unterschiedlichen Ebenen Gemeinsamkeiten als auch Gegensätze.

Örtliche Strategien

Die Strategien, welche auf örtlicher Ebene in den drei Gemeinden im Umgang mit Schrumpfung verfolgt werden, unterscheiden sich nur gering voneinander. Jedoch wird deutlich, dass es, je nach Aufgabenbereich, Unterschiede gibt. Des Weiteren zeigt sich, dass nicht alle Strategien Wachstum als Ziel verfolgen.

Im Bereich der weichen Infrastruktur wird in allen drei Gemeinden eine *Anpassungsstrategie* verfolgt. So wurden beispielsweise Schulen geschlossen, der Einzelhandel musste, trotz Vermittlungsversuche seitens der örtlichen Ebene, geschlossen werden. Nichtsdestotrotz wurde versucht die Lebensqualität in den drei untersuchten Gemeinden durch die Sanierung von öffentlichen Plätzen zu verbessern.

Gleichzeitig wurde aber auch versucht sich *neu zu erfinden*. So wurden neue Projekte getestet wie die aktive Miteinbindung der älter werdenden Bevölkerung (e-DefMobil 2.0) oder den Jungfamilien (Umfrage zur Nachmittagsbetreuung). Hinzu kommt eine Intensivierung der

gemeindeübergreifenden Kooperationen in vielen Bereichen der weichen Infrastruktur. So konnte teilweise für die Aufrechterhaltung von Infrastrukturen gesorgt werden, um so auch wieder die Bedürfnisse beispielsweise junger Familien verbessern zu können (Nachmittagsbetreuung).

Doch nicht in allen Bereichen sind Anpassung oder Neuerfindung im Umgang mit Schrumpfung auf örtlicher Ebene festzustellen. Dies ist vor allem bei der Ausweisung von neuen Bauflächen der Fall. Trotz des Wissens um die rückläufigen Bevölkerungszahlen, der damit verbundenen finanziellen Schieflage der Gemeinden, die mögliche Problematik um leerstehende Gebäude in den Gemeinden und den zusätzlich hohen Kosten durch die Erschließung und Instandhaltung von harter Infrastruktur, werden weiterhin neue Bauflächen gewidmet. Ähnlich wie bei WIECHMANN (2015) beschrieben, werden die derzeitigen *Entwicklungen ignoriert* und versucht, neue BewohnerInnen und Unternehmen durch günstige Baugründe anzuwerben. Diese Strategie kann damit erklärt werden, dass einerseits die Wahrnehmung von Schrumpfung auf örtlicher Ebene als ein derzeitiger Trend, der sich ohnehin wieder ändern wird, gesehen wird. Andererseits gilt es den interessierten Personen die Bebauung der gewünschten Flächen zu erleichtern, da man über Zuzug erfreut sein muss. Dies führt dazu, dass die Gemeinden den stattfindenden demographischen Wandel zwar nicht bewusst ignorieren, jedoch darauf mit Wachstumsstrategien reagieren. Sie verbleiben in ihrer gewohnten Routine aufgrund des Glaubens, ohnehin wieder zu wachsen.

In Bezug auf die wirtschaftlichen Entwicklungen zeigt sich, dass auf örtlicher Ebene divergierende Strategien vorherrschen. Vor allem die Strategie der *Trendumkehr* durch wirtschaftliches Wachstum wird dabei in allen drei Gemeinden, jedoch in unterschiedlichen Formen, verfolgt. In St. Veit i. D. und in Hopfgarten i. D. wird es als notwendig gesehen neue Angebote für bereits bestehende aber auch für neue Unternehmen zu entwickeln, wie der Ausbau von Glasfaserkabelleitungen, um so auch die sich verändernden wirtschaftlichen Bedürfnisse zu stillen. Es gilt die Wirtschaftszweige abseits des Tourismus ebenfalls zu fördern. Die bestehende wirtschaftliche Struktur im Bereich der Landwirtschaft und dem Tourismus wird in den beiden Gemeinden zwar nicht als negativ angesehen und soll auch in ihrer Form erhalten bleiben, jedoch wird insbesondere beim Tourismus kritisch hinterfragt, ob hier tatsächlich qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden können. In St. Jakob i. D., dem touristischen Zentrum des Tals, wird hingegen vor allem der Tourismus als *Steckenpferd* für erneutes Wachstum gesehen. Hier wurde bereits ein dementsprechendes Konzept entwickelt, welches es in den nächsten Jahren gilt umzusetzen. In den beiden anderen

Gemeinden setzt man hingegen verstärkt auf die Strategie der *Neuerfindung*, um so mögliche zukunftssträchtige Felder zu erschließen. Vor allem im Hinblick auf globale Veränderungen (z.B. Klimawandel), die Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen (z.B. saubere Wasser und Luft) oder neue gesellschaftliche Bedürfnisse (z.B. Sicherheit), gilt es diese Vorteile strategisch zu nutzen, um so langfristig Zukunftsbranchen aufzubauen. Konkrete Pläne für die Umsetzung gibt es jedoch dafür keine.

Regionale Strategien

Teilweise gänzlich andere Strategien werden auf der regionalen Ebene verfolgt. In Anbetracht der Tatsache, dass der strategische Fokus der EU auf Wachstumsförderung der Regionen liegt, spiegelt sich dies auch in den regionalen Strategien wider. Dabei ist jedoch feststellbar, dass diese Fokussierung auf Wachstum auf regionaler Ebene gleichzeitig auch innerregionale Ungleichgewichte mit sich bringt.

Zum einen ist, bezogen auf die drei untersuchten Gemeinden, zu erkennen, dass für diese Gemeinden durch Projekte versucht wird die Mobilität zu verbessern, Kooperationen zu fördern und den Standort hinsichtlich der Funktion des Wohnens verbessert wird. Dadurch sollen sich die Gemeinden als Wohnstandorte neu etablieren aber auch für die ansässige Bevölkerung attraktiv bleiben. Wie bereits auf örtlicher Ebene können diese Projekte als Versuch einer *Neuerfindung* gesehen werden. Mit Blick auf die tatsächliche Umsetzung wird seitens der regionalen Ebene zwar versucht die Gemeinden dahingehend anzustoßen, die letztendliche Planung und Umsetzung solcher Projekte obliegt jedoch den Gemeinden. Das liegt auch daran, dass die Daseinsvorsorge mit weicher als auch harter Infrastruktur nicht im Bereich der Regionalentwicklung an sich liegt, sondern im Bereich der örtlichen und überörtlichen Ebene. Lediglich in Bereichen, wo es eine Zusatzleistung ist (z.B. Nachmittagsbetreuung, Ergänzung zum ÖPNV), kann die regionale Ebene tätig werden.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den drei Gemeinden werden zwei Strategien deutlich erkennbar. Zum einen ist dies eine mögliche *Neuerfindung* durch eine betriebliche Nischenentwicklung. Gleichzeitig wird weiterhin der Tourismus als wirtschaftliche Triebfeder gesehen, die langfristig wieder zu einer *Trendumkehr* des Schrumpfungsprozesses in den Gemeinden führen kann. Ähnlich wie auf örtlicher Ebene wird jedoch hervorgehoben, dass der Tourismus dabei nicht überbewertet werden sollte, sondern hier eine qualitätsvolle Weiterentwicklung das Ziel sein muss, um so die bestehenden Strukturen erhalten zu können. In Bezug auf die tatsächliche Umsetzung wird auch für die wirtschaftliche Entwicklung

angemerkt, dass dies aus den Gemeinden heraus passieren muss und nicht proaktiv von der Regionalentwicklung verfolgt wird.

Wirtschaftlich zu wachsen ist aus regionaler Sicht vor allem im Lienzer Talboden und dem Iseltal das Ziel und langfristig sinnvoll anzustreben. In den ländlich-peripheren Gemeinden wird daher, abgesehen von der betrieblichen Nischenentwicklung, eine *Anpassung* an den (wirtschaftlichen) Schrumpfungsprozess forciert. Trotz der Tatsache, dass Betriebe und Unternehmen in den Gemeinden durch finanzielle Abgaben einen wesentlichen Beitrag für den Gemeindehaushalt bringen, wird die Fokussierung auf Wachstum rund um Lienz letzten Endes als positiv gewertet. Andere Gemeinden, welche nicht als Wirtschaftsstandort in Frage kommen wie die drei untersuchten Gemeinden, sollten jedoch ihre Qualitäten als Wohnstandorte weiterhin ausbauen.

Überörtliche Strategien

Für die überörtliche Ebene wird erkennbar, dass ebenfalls, abhängig vom jeweiligen Aufgabenbereich, unterschiedliche Strategien verfolgt werden. Im Bereich der Baulandausweisung werden teilweise die derzeitigen *demographischen Veränderungen ignoriert*. Obwohl im Gespräch angemerkt wurde, dass die Ausweisung neuer Flächen mit Vorsicht und langfristig geplant zu passieren und die Bebauung in bereits gewidmeten Bereichen stattzufinden hat, wurde vonseiten der Gemeinden immer wieder darauf hingewiesen, dass die überörtliche Ebene bei Neuwidmungen, unabhängig der Lage und den vorhandenen Flächen, nicht dagegen arbeitet. Es wird also eine bestehende Diskrepanz auf überörtlicher Ebene zwischen den eigenen Zielen bzw. Vorgaben und dem tatsächlichen Vorgehen in der Praxis deutlich. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass das Bewusstsein für die rezenten Entwicklungen auf dieser Ebene gering ist. Nichtsdestotrotz wird auch versucht in den Gemeinden verdichtet zu bauen und neue Formen des Wohnungsbaus angestrebt, welche den sich verändernden Bedürfnissen hinsichtlich der Familienstruktur Rechnung tragen.

Abgesehen davon werden Bildung und die Infrastruktur als die beiden zentralen Hebel gesehen, über welche die überörtliche Ebene Entwicklung steuern kann. Hierbei wird jedoch deutlich, dass für die beiden Bereiche unterschiedliche Strategien verfolgt werden.

Trotz der ohnehin guten infrastrukturellen Ausstattung in allen Landesteilen Tirols und den rückläufigen Bevölkerungszahlen, wurde der Ausbau der harten Infrastruktur forciert und gilt mittlerweile als abgeschlossen. Als zweite Möglichkeit wird, neben dem Ausbau der harten

Infrastruktur, die Dezentralisierung von Bildungseinrichtungen gesehen. Dabei wird, ähnlich wie auf regionaler Ebene, die Stärkung von Lienz als Schulstandort angestrebt, um so die Abwanderung von Jungen in andere Regionen zu stoppen und in Abstimmung mit den Betrieben die benötigten Facharbeitskräfte in der Region auszubilden. Dadurch wird eine *Neuerfindung* der Region als der Schulstandort ermöglicht.

Dass es jedoch nicht wichtig ist, Schrumpfung als solchen Prozess überhaupt wahrzunehmen, um auf Schrumpfung zu reagieren, wird bei der weichen Infrastruktur deutlich. Hier wird eine pragmatische Anpassungsstrategie, basierend auf der sich verändernden Bevölkerungsstruktur, verfolgt, wie am Beispiel des Pflegebettenplans gezeigt wurde. Hinzu kommt eine *Strategie der Neuerfindung* hinsichtlich der Widmung von Gewerbe- und Betriebsflächen. Hier wird seit längerem auf eine verstärkte Kooperation der Gemeinden mit neuen Finanzierungsmodellen gesetzt, was mittlerweile auch gerne von den Gemeinden angenommen wird und sich etabliert hat.

Trotz dieser wirtschaftlichen Maßnahmen wird die eigene Handlungsfähigkeit betreffend der wirtschaftlichen Strategien als stark eingeschränkt angesehen. Denn trotz des Wissens um die Wichtigkeit von Arbeitsplätzen in einer Gemeinde, um langfristig die EinwohnerInnenzahl zu halten oder Wachstum anzuregen, kann die überörtliche Raumordnungsebene den Betrieben nicht vorschreiben, wo sie sich niederzulassen haben.

In der Tabelle (6) werden die unterschiedlichen angewandten Strategien der jeweiligen Ebenen vereinfacht dargestellt.

	ÖRTLICHE EBENE	REGIONALE EBENE	ÜBERÖRTLICHE EBENE
<i>Ignorieren des Wandels</i>	Weitere Baulandausweisung Ausbau der harten Infrastruktur		Weitere Baulandausweisung Ausbau der harten Infrastruktur
<i>Anpassung an Schrumpfung</i>	Sanierung öffentlicher Plätze Schulschließungen	Wirtschaftliche Förderung des Lienzer Talbodens	Weiche Infrastruktur (Pflegebettenplan)
<i>Trendumkehr durch Wachstum</i>	Intensivierung des bestehenden Tourismus	Ausbau eines (qualitätvollen) Tourismus	
<i>Neuerfindung der Gemeinde bzw. der Region</i>	Intensivierung der gemeinde- übergreifenden Kooperationen Miteinbeziehung der Bevölkerung Förderung neuer bzw. anderer Wirtschaftszweige Ausbau neuer Technologien (Glasfaser) Setzen auf Zukunftsthemen	Förderung von Gemeindekooperationen Unterstützung weicher Infrastruktur (Mobilität, Nachmittagsbetreuung) Betriebliche Nischenentwicklung	Dezentralisierung von Bildungseinrichtungen Unterstützung neuer Formen des Wohnungsbaus Unterstützung bei regionalen Betriebsgebiete

Tabelle 6: Systematisierung der Strategien der unterschiedlichen Ebenen (Eigene Darstellung, 2018)

Es zeigt sich, dass, wie bereits von WIECHMANN (2015) beschrieben wurde, unterschiedliche Strategien verfolgt werden, welche nicht zwangsläufig immer Wachstum anstreben. Die hier erkennbaren Strategien unterscheiden sich dabei einerseits zwischen den Ebenen als auch innerhalb der Ebenen und je nach Aufgabenbereich. Auf weiteres Wachstum wird vor allem im Bereich der Ausweisung neuer Wohnflächen und der harten Infrastruktur gesetzt, wohingegen pragmatische Anpassungsstrategien vor allem im Bereich der weichen Infrastruktur erfolgen. Die Ausweisung neuer Bauflächen kann einerseits auf die finanzielle Situation der Gemeinden zurückgeführt werden, da sie dadurch mehr Geld durch den Finanzausgleich erhalten. Andererseits kann dies auch auf die bestehende Vorstellung von regionaler als auch überörtlicher Ebene zusammenhängen, dass die peripheren Gemeinden sich als Wohnort positionieren sollten. Eine weitere Möglichkeit wird darin gesehen, dass vor allem auf örtlicher und überörtlicher Ebene die derzeitigen Entwicklungen als natürliche Pendelbewegung gesehen werden, welche ihre Richtung jederzeit wieder ändern kann.

Des Weiteren wird anhand der Analyse deutlich, dass nicht zwangsweise in allen Bereichen auf Wachstum auf kommunaler Ebene gesetzt wird. Die genannten Beispiele im Bereich der gemeindeübergreifenden Kooperation zeigen Lösungen durch neue Modelle und kreative Finanzierungsmöglichkeiten auf, wobei es hier oftmals um eine pragmatische *Anpassung* zur Förderung der Lebensqualität der BewohnerInnen geht. Wie gezeigt wurde, werden solche Modelle auch gerne von den Gemeinden angenommen.

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung werden ebenfalls neue Ideen entwickelt, wie die Möglichkeit zur Nischenentwicklung in peripheren Gemeinden oder eine *Neuerfindung* durch sich verändernde globale Prozesse. Gleichzeitig wird versucht eine *Trendumkehr* durch die touristische Weiterentwicklung (im touristischen Zentrum) zu schaffen. Die Forcierung dieser Strategie wird jedoch von den anderen Akteuren auf allen Ebenen durchaus kritisch gesehen, Wachstum durch touristische Entwicklung wird von ihnen abgelehnt. Viel eher ginge es, aus überörtlicher und regionaler Sicht, darum, den Zentralraum um Lienz wirtschaftlich zu positionieren und zu stärken. Dies hätte zwar auch positive Ausstrahlungseffekte auf die peripheren Gemeinden (als Wohnstandort), jedoch auch negative Folgen auf die Gemeindefinanzen in den peripheren Gebieten, da sie durch die Nichtansiedelung von Betrieben auf Einnahmen verzichten müssten und die Gefahr besteht, dass die AuspendlerInnen langfristig ihren Wohnsitz ändern könnten.

Doch wie sollte nun die örtliche Raumordnung auf Schrumpfung reagieren und kann die überörtliche Ebene tatsächlich nicht auf wirtschaftliche Schrumpfung reagieren? Das letzte

Kapitel widmet sich den Handlungsempfehlungen, welche aufbauend auf der Analyse und Diskussion der Ergebnisse entwickelt wurden und dabei auch die vorhandenen gesetzlichen Vorgaben (TROG 2016) und strategischen Ansätze (ÖREK 2011) mitbedenken.

6 – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM UMGANG MIT SCHRUMPFUNG

Mit dem Wissen, dass in den nächsten Jahren die Anzahl der Gemeinden wachsen wird, welche von Schrumpfung betroffen sein werden bzw. sich dieser Trend nicht so schnell drehen wird wie von einigen Gesprächspartnern erhofft, werden hier Empfehlungen im Umgang mit Schrumpfung für die unterschiedlichen Ebenen angeführt. Im Abschluss werden noch über diese Ebenen hinaus weitere Maßnahmen aufgezeigt.

6.1 Möglichkeiten auf örtlicher Ebene

Für die Akteure auf örtlicher Ebene ist es notwendig, trotz der negativen Wahrnehmung des Prozesses die eigene Handlungsfähigkeit nicht zu verlieren, wobei gerade auf örtlicher Ebene die Auseinandersetzung mit Schrumpfung unabdingbar ist. Im Hinblick auf den Rückgang der Bevölkerung und den geringer werdenden finanziellen Mitteln wurden für die örtliche Ebene fünf Handlungsempfehlungen konzipiert.

Leerstände revitalisieren

Zum einen gilt es die vorhandenen Leerstände in den Gemeinden zu erfassen, zu sanieren und neu zu nutzen, um dadurch Alternativen anbieten zu können. Eine weitere Ausweisung oder Bebauung von bislang unbebauten Flächen soll verhindert werden. Insbesondere die ohnehin angespannte finanzielle Lage der Gemeinden lässt dies nicht zu. Mit Hinblick auf die Ziele und Aufgaben der örtlichen Ebene im TROG 2016 ist die Ausweisung von weiteren Flächen ebenfalls nicht zu argumentieren. Viel eher wird im TROG 2016 festgelegt, dass die örtliche Entwicklung immer in Abstimmung mit der erwarteten, prognostizierten Bevölkerungsentwicklung stattzufinden hat. Trotz der Annahme von erneutem Wachstum in den Gemeinden zeigen die derzeitigen Zahlen, dass dies in den nächsten Jahren nicht passieren wird. Dementsprechend gilt es der Ausweisung neuer Flächen auf örtlicher Ebene entgegenzuwirken.

Konzentration innerhalb des Gemeindegebiets

In Zusammenhang mit dem ersten Vorschlag sollte eine Verdichtung der Zentren angestrebt und vor allem die dortigen Leerstände oder noch unbebauten Grundstücke mobilisiert werden. Insbesondere in Gemeindeteilen, die ohnehin nur mehr dünn besiedelt sind oder abseits des Zentrums gelegen sind, darf keine weitere Flächenausweisung passieren. Die Konzentration der Gemeindezentren und der dichter bebauten Gemeindeteilen bringen langfristig auch Vorteile für die Gemeinden mit sich. Zum einen sind dies finanzielle Vorteile durch geringere

bis keine neuen Erschließungskosten oder geringere Kosten bei der harten Infrastruktur da bereits Kanal und Straßen vorhanden sind. Des Weiteren werden dadurch auch die Erreichbarkeit der zentralen Einrichtungen und die Versorgung der BewohnerInnen innerhalb der Gemeinden erleichtert. Der Ausbau von abgelegenen Gebieten oder Weilern im steilen Gelände muss, vor allem im Hinblick auf die älter werdende Bevölkerung, gestoppt werden. Langfristig wird die Sicherstellung der Versorgung in diesen Gebieten, vor allem durch die Immobilität im Alter, erschwert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die jetzt dort lebende Bevölkerung zwangsweise abgesiedelt werden muss, sondern die Wiederbesiedelung, insbesondere zu Wohnzwecken, solcher Gemeindeteile verhindert werden muss.

Miteinbeziehung der Bevölkerung

Dass dieser Ausweisungstopp, die Mobilisierung von leerstehenden Gebäuden zur Umnutzung und die Favorisierung von zentral gelegenen bereits gewidmeten Flächen wenig erfreuliche Reaktionen bei der Bevölkerung hervorrufen werden, ist absehbar. Hier gilt es vor allem von Seiten der Gemeinde eine offene Diskussionskultur zu fördern und gleichzeitig auch Bewusstsein in der Bevölkerung dafür zu schaffen, welche negativen Folgen, insbesondere im Bereich der Finanzen, die Ausweisung neuer Flächen trotz Schrumpfung für die Gemeinde und schlussendlich für die Bevölkerung mit sich bringen. Es gilt daher Bewusstsein zu schaffen für die derzeitige Schrumpfung und ihren Auswirkungen, auch mit dem Hinweis, dass dahinter Prozesse stecken (SDT, wirtschaftlicher Strukturwandel), die nur schwer in einer Gemeinde gelöst werden können. Gleichzeitig gilt es den BewohnerInnen zu zeigen, dass es durch ein aktives Mitwirken ihrerseits möglich ist zentrale Einrichtungen weiterhin aufrecht zu erhalten oder die Lebensqualität, auch in den schrumpfenden Gemeinden zu fördern. Das Projekt e-DefMobil 2.0, wo sich genügend Ehrenamtliche zusammengefunden haben, kann hierfür als Beispiel gesehen werden. Vor allem im Hinblick auf die bereits angesprochene und auch nachgewiesene Überalterung der Bevölkerung ist es notwendig den Fokus nicht nur auf die Zuwanderung von Jungen zu legen, sondern auch die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung mitzudenken. Auch wenn ein Trendumschwung angenommen wird, wird die Bevölkerung derzeit und auch in absehbarer Zeit älter werden. Dementsprechend gilt es darauf zu reagieren.

Abwanderung als Potenzial wahrnehmen

Vor allem im Hinblick auf die Geschichte des Tals konnte gezeigt werden, dass die Jungen auch in vergangenen Zeiten die Wohngemeinde auf der Suche nach Arbeit verlassen haben. Dieses Wissen lässt die derzeitig deutlich negativ konnotierte Abwanderung von jungen Bevölkerungsgruppen und den Zwang zur Abwanderung in einem neuen Licht erscheinen. Viel eher sollte versucht werden, diese Bevölkerungsgruppe nicht aus den Augen zu verlieren und, wo dies auch gewünscht ist, Kontakt aufgebaut bzw. Kontakt gehalten wird, um so Verbindungen aufzubauen und auch neues Wissen und Potenziale von außen in die Gemeinden zu bringen.

Kooperationen forcieren

Als vorletzter Punkt soll hier auf die ohnehin stattfindende gemeindeübergreifende Kooperation hingewiesen werden. Diese wird auch im ÖREK 2011 als eine notwendige Strategie gesehen und empfohlen. Wie in den drei Gemeinden deutlich wurde, wird die Kooperation von allen drei Akteuren auf örtlicher Ebene einerseits als notwendig gesehen, um die Daseinsvorsorge im Tal zu sichern. Andererseits werden dadurch aber auch neue Projekte ermöglicht wie die Einrichtung einer Ganztagesbetreuung für Kinder, welche letztlich jedoch aufgrund des fehlenden Bewusstseins der Bevölkerung scheiterte.

Neue Wege im Tourismus gehen

Dass Tourismus eine tragende Rolle in den Gemeinden gespielt hat und immer noch spielt, wird bereits bei der Ankunft im Tal deutlich. Es sollte hier jedoch eine kritische Reflexion auf örtlicher Ebene stattfinden, inwieweit die touristische Intensivierung tatsächlich für Wachstum förderlich ist. Wie bereits auf regionaler Ebene angesprochen wurde und auch statistische Daten belegen¹⁰, führt die Intensivierung von Tourismus nicht zwangsweise zu einem Zuzug in den Tourismusgemeinden. Außerdem besteht die Gefahr, dass es durch die Intensivierung des Tourismus auch zu einem Verlust der natürlichen Ressourcen kommt, welche jedoch von allen Beteiligten als langfristiger Vorteil gesehen wird. Es wird angeraten, die touristische Entwicklung mit der Verschneidung der weiteren im Tal befindlichen Betriebe anzuregen und hier Kooperationen zu forcieren. Ein weiterer, bislang wenig unbeteiligter Partner, könnte hierbei nützlich werden – der Nationalpark Hohe Tauern. Hier sollte die Zusammenarbeit verstärkt und ausgebaut werden, um so die touristische Weiterentwicklung

¹⁰ Mehr Informationen zu Abwanderung und Tourismus: <https://derstandard.at/2000055821519/Welche-Gemeinden-wachsen-welche-schrumpfen> [15.01.2018]

zwar zu ermöglichen, dabei aber die Bedürfnisse einer nachhaltigen Natur- und Kulturlandschaftsentwicklung mitzudenken.

6.2 Möglichkeiten auf regionaler Ebene

Auch wenn, wie bereits eingangs beschrieben, die regionale Ebene nicht per se Raumordnung zu betreiben hat und diese Sicht auch von den Gesprächspartnern bestätigt wurde, hat sie, vor allem aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung, ein nicht außerachtzulassendes Gewicht bei der Entwicklung von Regionen. Im Hinblick darauf wurden wiederum Ideen entwickelt, welche es gilt umzusetzen.

Reflexion der eigenen Rolle

Wie bereits angesprochen wurde, ist die Regionalentwicklung nicht für Raumordnung zuständig, jedoch hat sich bei den Gesprächen gezeigt, dass diese Ebene eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von neuen Modellen der Daseinsvorsorge einnimmt und auch die Finanzierung dahingehend, zumindest in der Startphase, übernimmt. Dahingehend gilt es auch die eigene Rolle der Regionalentwicklung zu überdenken und bei Projekten die räumlichen Auswirkungen mitzudenken. Beispielsweise ist das DefMobil und seine Erweiterung als durchaus gelungen anzusehen, jedoch sollte in einem vorgelagerten Schritt auch überlegt werden, ob ein solches Projekt die erneute Zersiedelung wieder vorantreiben könnte. Viel eher sollte im konkreten Fall auch kommuniziert werden, dass dies eine Reaktion auf das Problem der Zersiedelung ist.

Laufende Finanzierung mitdenken

Ein weiterer Punkt, welcher auch immer wieder genannt wurde, ist die Finanzierung von Projekten. Hier ist es einerseits notwendig, dass bereits in der Startphase von Projekten eine mögliche Weiterfinanzierung durch andere Abteilungen abgeklärt wird, um so die Hemmschwelle für ohnehin finanzschwache Gemeinden zu verringern. Eine langfristige Finanzierung ist vor allem auch notwendig, um nicht von Beginn an Skepsis bei der Bevölkerung zu wecken. Vor allem die Kommunikation und die aktive Miteinbindung der BewohnerInnen können dafür Lösungswege sein.

Die Region differenziert betrachten

Zwar wird von den regionalen Akteuren Schrumpfung in ländlichen Gemeinden durchaus wahrgenommen und nicht immer nur als positiv gedeutet, jedoch ist es notwendig hier die Region in ihren Facetten zu betrachten. Die gewollte Forcierung des Zentralraums der Region

kann langfristig zu einer Schrumpfung in den peripheren Gemeinden führen, was auch von den Gesprächspartnern angesprochen wurde. Hier ist es notwendig die gesamte Region im Blickfeld zu behalten und die Verflechtungen der BewohnerInnen und auch der Finanzflüsse mitzudenken. Dies bedeutet einerseits, dass, auch wenn dies nicht als zentrale Aufgabe der Regionalentwicklung gesehen wird, nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung zu forcieren, sondern ausgleichend auch die Daseinsvorsorge, die Mobilität und die Lebensqualität in den peripheren Gemeinden als Aufgabe wahrzunehmen. Dies ist für Osttirol bereits der Fall, jedoch ist es notwendig auch langfristig die entstehenden innerregionalen Differenzen wahrzunehmen und auch die unterschiedlichen Bedürfnisse auch auf regionaler Ebene zu stillen.

6.3 Möglichkeiten auf überörtlicher Ebene

Nachdem nun bereits die örtliche als auch die regionale Ebene neue Anregungen im Umgang mit Schrumpfung erhalten haben, werden im Anschluss auch der überörtlichen Ebene noch drei Anregungen mitgegeben.

Trends anerkennen

Zunächst ist es dringend notwendig, sich intensiv mit den statistischen Zahlen der letzten Jahre auf Gemeindeebene auseinanderzusetzen, um so zu sehen, dass Schrumpfung in Tirol auftritt. Dabei sollte der Vergleich mit anderen Ländern oder Bundesländern eine untergeordnete Rolle einnehmen und primär eine Auseinandersetzung der Entwicklung in Tirol, respektive Osttirol, stattfinden. Denn, und das konnte in dieser Arbeit deutlich gezeigt werden, Schrumpfung passiert auch in Osttirol. Wichtig ist es, sich dieser Tatsache bewusst zu werden und anzuerkennen, dass sich dieser Prozess in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht ändern wird. Erst danach ist es auf überörtlicher Sicht auch möglich adäquat mit den Prozessen in diesen Gemeinden umzugehen.

Durchgreifen und nicht wegschauen

Als weiterer Schritt ist es notwendig auf überörtliche Ebene die eigenen Ziele und Ansätze auch in der Praxis umgesetzt und weiterhin verfolgt werden. Innenverdichtung, die Mobilisierung von freien, bereits gewidmeten und erschlossenen Grundstücken in Zentrumsnähe und die Freihaltung von Flächen für beispielsweise wirtschaftliche Zwecke werden einerseits bereits im ÖRK 2011 angeregt, andererseits finden sich auch im TROG 2016 gesetzliche Vorgaben die eine solche Richtung vorgeben. Die Umsetzung birgt ein hohes

Konfliktpotenzial und könnte auch für Diskussionen mit den AkteurInnen auf der örtlichen Ebene sorgen. Um diese konfliktgeladene Situation zu entschärfen, ist es einerseits notwendig eng mit den örtlichen AkteurInnen zusammen zu arbeiten und gleichzeitig den Gemeinden die Auswirkungen einer Zersiedelung und der Ausweisung neuer Flächen auch im Hinblick auf die finanzielle Mehrbelastung zu kommunizieren.

Wirtschaft als Aufgabenbereich (wieder)entdecken

Zwar wurde bei dem Gespräch darauf hingewiesen, dass die wirtschaftliche Entwicklung einer Region nicht die Aufgabe der überörtlichen Raumordnung sei, jedoch ist dies indirekt durchaus erkennbar. Die Forcierung von gemeindeübergreifenden Gewerbegebieten, die Dezentralisierung von Bildungseinrichtungen oder auch die Verhinderung von Zersiedelung können als jene Möglichkeiten gesehen werden, die auf überörtlicher Ebene bestehen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu leiten. All diese Ansätze können als Anreize strategisch eingesetzt werden, um Betriebe anzusiedeln. Ähnlich wie auf regionaler Ebene und ihrer impliziten raumordnerischen Rolle, gilt es auf überörtlicher Ebene das Bewusstsein zu stärken, dass genau durch diese Maßnahmen auch die Raumordnung die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen kann. Ebendiese Aufgabe, die bereits im TROG 2016 gesetzlich festgelegt wird, kann als weiterer Beleg dafür gesehen werden.

Planungsverbände stärken und unterstützen

Als letzter Punkt soll abschließend auf die regionalen Planungsverbände eingegangen werden. Vor allem, da diese auch von den Akteuren nur indirekt angesprochen wurden, gilt es diese gemeindeübergreifende Raumordnungsebene zu stärken, um so die Zusammenarbeit nicht nur auf die drei untersuchten Gemeinden, sondern darüber hinaus auf alle Gemeinden im Planungsverband, zu beschränken. Die überörtliche Ebene nimmt hierbei die Vermittlerrolle ein, um so gemeindeübergreifende Alternativen anzuregen und die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit auf Planungsverbandebene zu stärken.

6.4 Möglichkeiten abseits der drei Ebenen

Es wird deutlich, dass trotz Schrumpfung auf allen Ebenen die Möglichkeiten zum Handeln durchaus gegeben sind. Abgesehen davon ist Schrumpfung jedoch auch ein Prozess, der über diese drei Ebenen hinausgeht und dementsprechend auch auf politischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene zum einen wahrgenommen und zum anderen diskutiert werden muss. Aufbauend darauf wurden noch zwei Handlungsempfehlungen entwickelt.

Anpassung der Gemeindefinanzen

Wie bereits eingangs gezeigt und auch von den Akteuren immer wieder angesprochen wurde, sind die sinkenden Einnahmen auf die rückläufigen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen zurückzuführen. Diese Entwicklungen werden auch beispielsweise durch eine Forcierung der Zentren in den Regionen verstärkt. Nichtsdestotrotz werden für die Gemeinden weiterhin Ausgaben bestehen bleiben, auch wenn sie die aufgezeigten Handlungsempfehlungen umsetzen. Dementsprechend gilt es den derzeitigen Finanzausgleich im Hinblick auf die ausreichende Unterstützung von schrumpfenden Gemeinden kritisch zu hinterfragen. Insbesondere auch im Hinblick auf die Aufgabenorientierung im neuen Finanzausgleichsgesetz, da sich diese bislang nur auf die Kinderbetreuung beschränkt. Hier ist es dringend notwendig, dass diese Aufgabenorientierung auch weitere Bereiche umfasst, wie die zusätzlichen Ausgaben für ältere Personen (Aufrechterhaltung der Mobilität). Generell kann der Finanzausgleich, basierend lediglich auf der EinwohnerInnenzahl, als wenig förderlich gesehen werden. So werden zur Anwerbung von neuen BewohnerInnen Anreize geschaffen (günstige Baugründe, neue Widmungen, Zuschüsse bei den Erschließungskosten), welche einerseits aus raumordnerischer Sicht abzulehnen sind und andererseits auch wieder die Gemeindekassen zusätzlich belasten. Dementsprechend ist es sinnvoll, den Finanzausgleich einer Sensibilisierung hinsichtlich der eigenen Raumwirksamkeit anzupassen. Beispielsweise könnte der Rückbau bei peripheren und unbewohnten Gemeindeteilen oder die Mobilisierung von Bauland finanziell ausgeglichen werden. Eine weitere Möglichkeit besteht darin über einen innerregionalen Ausgleich nachzudenken. Vor allem aufgrund der Tatsache, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung und Förderung zunehmend in Richtung Zentren verlagert. Die letztgültige Entscheidung zur Adaptierung des Finanzausgleichs obliegt jedoch den politischen EntscheidungsträgerInnen. Demnach ist es notwendig auf diese dahingehend einzuwirken.

Gesellschaftlicher Diskurs über Schrumpfung

Um vor allem den politischen Druck zu erhöhen, aber auch die Wahrnehmung von Schrumpfung möglicherweise zu beeinflussen, ist es notwendig, dass nicht nur in Räumen, die von Schrumpfung betroffen sind, sondern, auch in der Gesamtbevölkerung über die Prozesse und Auswirkungen von Schrumpfung gesprochen wird. In Anbetracht der Tatsache, dass für die nächsten Jahren Schrumpfung in ländlichen Gebieten zunehmen wird und auch weitere Gemeinden schrumpfen werden, sollte es kein Tabuthema sein, sondern erst recht darüber aufgeklärt und diskutiert werden. Dabei ist es jedoch notwendig einen

ergebnisoffenen Blick zu bewahren und erst in einem offenen, breitgeführten Diskurs sich auf eine gemeinsame Strategie und ein gemeinsames Ziel zu einigen. Im Umgang mit Schrumpfung gibt es jedoch keine allgemeingültigen Ziele, die erreicht werden sollen, wie die unterschiedlichen Zugänge der Nachbarländer schon gezeigt haben. Viel eher ist es notwendig, die möglichen Strategien als auch die Ziele in einem breiten gesellschaftlichen Prozess festzulegen, um so eine höhere Akzeptanz, auch bei unbeliebten Maßnahmen, in der Gesellschaft zu erzeugen.

7 – WAS KOMMT NUN NACH DEM WACHSTUM?

Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit Schrumpfung am Beispiel des Bundeslandes Tirols zeigt sich, dass es nicht eine simple Antwort auf die Frage *Was kommt nach dem Wachstum* gibt. Im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit konnte gezeigt werden, dass Schrumpfung auf den unterschiedlichen Ebenen, die in Österreich für Raumordnung zuständig sind, unterschiedlich wahrgenommen wird und verschiedene Strategien existieren, um dem abnehmenden Wachstum zu begegnen. Im Hinblick auf die Annahme, dass die Wahrnehmung von Schrumpfung negativ ist, bestätigte sich dies auf allen Ebenen. Dass diese negative Wahrnehmung von Schrumpfung jedoch nicht zwangsweise in wachstumsorientierten Strategien mündet, sondern diese auch Schrumpfung miteinbinden, wurde ebenfalls deutlich.

Demnach kann die Kritik seitens der Wissenschaft, die Raumordnung sei in der Praxis wachstumsbefangen, weder gänzlich bestätigt noch gänzlich widerlegt werden. Es wurde hingegen sichtbar, dass es einerseits eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Ebenen braucht. Andererseits ist es aber auch notwendig, die unterschiedlichen Aufgabenbereiche zu betrachten. Das Bewusstsein, dass die Raumordnung ein komplexes Mehrebenensystem ist, unterschiedliche AkteurInnen in diesem System agieren und auch weitere AkteurInnen, wie in diesem Fall anhand der regionalen Ebene gezeigt werden konnte, gilt es in weiteren Forschungen immer mitzudenken.

Im Hinblick auf die Forderung der Wachstumsunbefangenheit wurde noch ein weiterer Punkt sichtbar. Strukturelle (Finanzausgleich) als auch gesetzliche (Wachstumsvorgaben auf regionaler Ebene) Gegebenheiten spielen eine nicht unwesentliche Rolle bei der Auseinandersetzung mit Schrumpfung. In Systemen, in denen Wachstum gefordert und auch finanziell zusätzlich belohnt wird, fällt der Umgang mit Nicht-Wachstum vermutlich schwerer, als in Systemen in denen die Gegebenheiten Wachstum und Schrumpfung als gleichwertige Entwicklung behandeln werden. Diese Gegebenheiten sind auch bei weiteren Forschungen zu diesem Thema dringend notwendig. Im Hinblick auf die derzeitigen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, welche die Schere zwischen Wachstums- und Schrumpfungsgemeinden vergrößern werden, gilt es diese strukturellen und gesetzlichen Bedingungen näher zu betrachten und kritisch zu erforschen.

Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise konnte gezeigt werden, dass auf allen Ebenen noch Handlungspotenzial besteht und Ideen vorhanden sind, welche es nun in den Arbeitsalltag der

AkteurInnen einfließen zu lassen gilt. Doch auch wenn diese Handlungsempfehlungen so umgesetzt werden, wird das Thema in den nächsten Jahren nicht vom Tisch sein. Es braucht ein klares Bekenntnis seitens der Politik und der Gesellschaft, wie mit Schrumpfung umgegangen werden soll. Das Wegschauen oder die Tabuisierung von Schrumpfung gilt es, vor allem aufgrund der negativen Wahrnehmung und der zunehmenden Perspektivenlosigkeit in diesen Gebieten, tunlichst zu vermeiden.

8 – LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

AHRENS G. (2005): Demographic changes. Consequences for the transportation sector. In: *Journal for Public Health*. Issue 13. 16 – 21

BÄHR, J. (2004): *Bevölkerungsgeographie*. 4. Auflage. Stuttgart.

CAVELTI G. KOPAINSKY B. (2006): *Potenzialarme Räume Graubünden*. Version 2. Zürich.

DOEHLER-BEHZADI M. et. al (2005): Planlos Schrumpfen? Steuerungskonzepte für widersprüchliche Stadtentwicklung – Verständigungsversuche zum Wandel der Planung. In: *Netzwerk Stadt und Landschaft*. Band 161. Ausgabe 2. Zürich. 71 – 78.

FASSMANN, H., MARIK-LEBECK S. (2015): Replacement Migration für Österreich. Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung. *MÖGG* 157. 71-90.

FAVRY, E. (2006): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance. In: ÖROK (Hrsg.): *Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance*. Wien.

GANS P. (2005): Schrumpfung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover. 1004 – 1011.

GATTERMAYER F. (2006): Landwirtschaft und Tourismus. In: DARNHOFER I., WALLA C., WYTRZENS H.K. (Hrsg.): *Alternative Strategien für die Landwirtschaft*. Wien. 51 - 61

GIFFINGER R., KRAMAR H. (2008a): Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem. Strukturelle Kennzeichen und regionale Perspektiven. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung (Hrsg.): *FORUM Raumplanung*. Wien. 9 – 26.

GIFFINGER R., KRAMAR H. (2008b): Kleinstädte als Wachstumsmotoren ländlich-peripherer Regionen. Das Beispiel Waldviertel. In: *disP – The Planning Review*. 48:2. 63 - 67

GRUBER E., HUEMER A., FASSMANN H. (2015a): Demographic Change changing SGI demands. The example of Austria. In: FASSMANN H. et al. (Hrsg.): *Services of General Interest and Territorial Cohesion. European Perspectives and National Insights*. Wien. 149 – 165

GRUBER E., HUEMER A., FASSMANN H. (2015b): Managing rural decay. Strategies and responsibilities for declining regions in Austria. Beitrag in AESOP Annual Congress 2015. Prag.

HAHNE U. (2009): Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft. In Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung. Nr 1/2009. Hannover. 2-25

HENKEL G. (2004): Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart

HOVORKA G. (2001): Die Bergbauernförderung hat in Österreich zentrale Bedeutung. In: Ländlicher Raum. Online-Fachzeitschrift des BMLFUW. Nr. 3/2001. Wien.

KRÖLL H., STEMBERGER G. (1985): Defereggen. Eine Landschaft in Tirol. Wien.

LESTHAEGHE R. (2014): The Second Demographic Transition. A Concise Overview Of Its Development. In: PNAS 111(51) 8112-18115

LESTHAEGE R., D. VAN DE KAA (1986): Twee Demografische Transitities? In: R. LESTHAEGE, R. VAN DE KAA (Hrsg.): Bevolking. Groei en Krimp. Mensen Maatschappij. Deventer. Van Loghum-Slaterus. 9–24.

MATTISEK A., PFAFFENBACH C. und P. REUBER (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. Das Geographische Seminar. Westermann. Braunschweig.

MAYRING P. (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim und Basel

MÄNTYSALO R. (2004): Planning for Non-Growth. In: MÄNTYSALO R. et. al (Hrsg.): Maintenance of Rural Building Heritage. The Siikalatva Challenge. Oulo. 27 - 33

ÖROK (2009): Neue Handlungsmöglichkeiten für periphere ländliche Räume. Stärkung sozialer Vielfalt – Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit – Gestaltung der Landschaftsvielfalt. Schriftenreihe Nr. 181. Wien

ÖROK (2011): Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011. Wien.

SCHIPFER R. (2005): Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. In: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF). Nr. 51

SOUSA S., PINHO P. (2015): Planning for Shrinkage: Paradox or Paradigm. In: European Planning Studies: Responding to Tough Times. Policy and Planning Strategies in Shrinking Cities. Vol. 23. Issue 1. 12 – 32.

WEBER G. et al. (2012): Schrumpfung. Die Achillesferse der (Raum)Planung. Im Auftrag des Club of Vienna (COV). Wien.

WEBER G. (2005): 50 Jahre Raumordnung in Österreich. In: ÖROK (Hrsg.): Raumordnung im 21. Jahrhundert. zwischen Kontinuität und Neuorientierung. Wien. ÖROK Schriftenreihe, Sonderserie Raum & Region. 10 – 14

WIECHMANN T., BONTJE, M. (2015): Responding to Tough Times. Policy and Planning Strategies in Shrinking Cities. In: European Planning Studies 23(1). 1-11.

WIRTH P., BOSE M. (2007): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben – und was Kommunen daraus lernen können. München.

Onlinequellen

AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG (2017): Merkblatt für die Gemeinden Tirols
<https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/tirol-europa/gemeinden/downloads/Merkblatt/MB01-2017.pdf> [letzter Zugriff 13.11.2017]

BÄTZING W. (2009): Der Stellenwert des Tourismus in den Alpen und seine Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes. http://www.geographie.nat.uni-erlangen.de/wp-content/uploads/2009/05/wba_publ_143_stellenwert.pdf

BUNDESKANZLERAMT (2018): Kernziele in der Regionalentwicklung
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/kernziele-europa-2020> [letzter Zugriff 18.01.2018]

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN (2017): Kommunalsteuer
<https://www.bmf.gv.at/stuern/a-z/kommunalsteuer/kommunalsteuer.html> [letzter Zugriff 13.11.2017]

BUNDESMINISTERIUM FÜR NACHHALTIGKEIT UND TOURISMUS (2018): LEADER in Österreich

https://www.bmnt.gv.at/land/laendl_entwicklung/leader/LE2020-Regionen.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

DEFEREGGENTAL (2018): Geschichte des Tals

<http://www.defereggental.eu/page.cfm?vpath=st-jakob/aktuelles/ueber-die-gemeinde/geschichte> [letzter Zugriff 18.01.2018]

DEMOKRATIEZENTRUM (2108): Einwanderungsland Österreich

<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/einwanderungsland-oesterreich.html> [letzter Zugriff 18.01.2018]

DUDEN (2018): Definition Schrumpfung

<https://www.duden.de/rechtschreibung/schrumpfen> [letzter Zugriff 18.01.2018]

EFRE (2017): CLLD in Tirol

http://www.efre.gv.at/news/newsdetail/news/lokale-entwicklung-unter-einbindung-der-bevoelkerung-clld-in-tirol/?no_cache=1 [letzter Zugriff 22.11.2017]

EUROPÄISCHE UNION (2017): EU-Regionalpolitik

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> [letzter Zugriff 13.11.2017]

GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON (2018): Struktureller Wandel

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/struktureller-wandel.html> [letzter Zugriff 18.01.2018]

GEMEINDEBUND (2018a): Finanzausgleich

<http://gemeindebund.at/finanzausgleich/> [letzter Zugriff 18.01.2018]

GEMEINDEBUND (2018b): Gemeindefinanzen

<http://gemeindebund.at/gemeindefinanzen/> [letzter Zugriff 18.01.2018]

LEADER (2018): Was ist LEADER

https://enrd.ec.europa.eu/leader-clld_de [letzter Zugriff 18.01.2018]

MITTERER, K. (2016): Finanzausgleich 2017. Eine Sammlung der wichtigsten Neuerungen für Gemeinden. In: Forum Public Management. 7-9
<http://kdz.eu/de/content/finanzausgleich-2017-eine-sammlung-der-wichtigsten-neuerungen-f%C3%BCr-gemeinden>

MÜLLER-JENTSCH D. (2017): Strukturwandel im Schweizer Berggebiet. Strategien zur Erschließung neuer Wertschöpfungsquellen. Avenir Suisse, Zürich
<https://www.avenir-suisse.ch/publication/strukturwandel-im-berggebiet/> [letzter Zugriff 13.11.2017]

NATIONALPARK HOHE TAUERN (2017): Eckdaten und Geschichte
<http://hohetauern.at/de/der-nationalpark-hohetauern/eckdaten-geschichte.html> [letzter Zugriff 01.12.2017]

OECD (2011): OECD Regional Typology.
https://www.oecd.org/gov/regional-policy/OECD_regional_typology_Nov2012.pdf [letzter Zugriff 18.01.2018]

ORF (2018): Hotel Zedernklang
<http://tirv1.orf.at/stories/329933> [letzter Zugriff 18.01.2018]

ÖROK (2017a): ESI-Fonds
<http://www.oerok.gv.at/esi-fonds-at/> [letzter Zugriff 22.11.2017]

ÖROK (2017b): Ziele IWB/EFRE
<http://www.oerok.gv.at/esi-fonds-at/efre/ziel-iwb-efre/iwbefre-programm-oesterreich-2014-2020.html>
[letzter Zugriff 22.11.2017]

REGIONALMANAGEMENT TIROL (2017): Ziele und Aufgaben
<https://www.rm-tirol.at> [letzter Zugriff 22.11.2017]

RMO (2017): Lokale Entwicklungsstrategie
http://www.rmo.at/images/dateien-hp/foerderprogramme/2015-Strategie_LAG_RMO.pdf
[letzter Zugriff 22.11.2017]

STÄDTEBAUFÖRDERUNG (2018)

http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/stadtumbauOst_node.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

STRAHL W. et al. (2011): Mobilisierung des endogenen Potenzials in peripheren ländlichen Regionen. In: SCHENK M. et al. (Hrsg.): Change For Stability. Lifecycles Of Cities And Regions. 643-653

http://www.corp.at/archive/CORP2011_90.pdf

UNITED NATIONS (2014): Urbanisierung Global

<http://www.un.org/en/development/desa/news/population/world-urbanization-prospects.html>

[letzter Zugriff 18.01.2018]

WIECHMANN, T. (2015): Das Schrumpfen akzeptieren. Europas Städte im demografischen Wandel.

<http://www.bpb.de/apuz/209962/das-schrumpfen-akzeptieren-europas-staedte-im-demografischen-wandel?p=all> [letzter Zugriff 13.11.2017]

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (2017): Grundsteuer

<https://www.wko.at/service/steuern/Grundsteuer.html> [letzter Zugriff 13.11.2017]

WONKA E. (2008): Neuabgrenzung des Dauersiedlungsraums. In: Statistische Nachrichten 5/2008. Wien. [http://www.oerok-](http://www.oerok-atlas.at/documents/neuabgrenzung_des_dauersiedlungsraums.pdf)

[atlas.at/documents/neuabgrenzung_des_dauersiedlungsraums.pdf](http://www.oerok-atlas.at/documents/neuabgrenzung_des_dauersiedlungsraums.pdf)

Gesetzesquellen

BUNDESVERFASSUNGSGESETZ (BVG). In: BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 51/2012

TIROLER RAUMORDNUNGSGESETZ 2016 (TROG 2016). In: LGBL. Nr. 101/2016

Veröffentlichung des Kompetenzfeststellungserkenntnisses des Verfassungsgerichts im Bundesgesetzblatt.

VfSlg 2674/1954 BGBl 1954/162

Statistische Datengrundlagen

STATISTIK AUSTRIA (2018a): Bevölkerung

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/index.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018b): Fertilität

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_indikatoren/index.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018c): Zuwanderung

http://www.statistik.at/web_de/presse/102672.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018d): Agrarstrukturerhebung

http://www.statistik.at/web_de/presse/102672.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018e): Erwerbsstruktur im Defereggental

St. Veit in Deferegggen <http://www.statistik.at/blickgem/ae1/g70726.pdf>
[letzter Zugriff 18.01.2018]

St. Jakob in Deferegggen <http://www.statistik.at/blickgem/ae1/g70724.pdf>
[letzter Zugriff 18.01.2018]

Hopfgarten in Deferegggen <http://www.statistik.at/blickgem/ae1/g70709.pdf>
[letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018f): Bevölkerungsdaten Lienz

<http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=70716> [letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018g): Dauersiedlungsraum Österreich

http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/dauersiedlungsraum/index.html [letzter Zugriff 18.01.2018]

STATISTIK AUSTRIA (2018h): Bevölkerung in Deferegggen

https://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/2/index.html?includePage=detailedView§ionName=Bev%C3%B6lkerung&pubId=539 [letzter Zugriff 18.01.2018]

I Impressionen

Leben am Steilhang



Abbildung 22: Die Bebauung auf den Steilhängen und im Talboden in den drei Gemeinden (Eigene Aufnahmen, 2017)

Leerstand in den drei Gemeinden



Abbildung 23: Leerstände und freie Baugründe in den drei Gemeinden (oben: der unbewohnte Gemeindeteil Gassen von St. Veit i.D. und die dafür neu errichtete Straße) (Eigene Aufnahmen, 2017)

Angesprochene Projekte in den Gemeinden



Abbildung 24: Der sanierte Vorplatz mit dem Reimmichlbrunnen in St. Veit i.D. (oben), das neu errichtet Kulturhaus mit Café und Informationsstelle für den Nationalpark (Mitte) und das Hotel Zedernklang (unten) in Hopfgarten i.D. (eigene Aufnahmen, 2017)

II Interviewleitfäden

Interviewleitfaden Gemeinden

Einführung

- Beschreibung der Gemeinde
- Vorstellung und Skizze der Aufgabenbereiche

Örtliche Raumordnung im Hinblick auf schrumpfende Gemeinden

Wirft man einen Blick auf die Bevölkerungszahlen Ihrer Gemeinde zeigen die Bevölkerungszahlen seit den 1980er Jahren einen Rückgang der Bevölkerung (aktuelle Daten), eine niedriger werdende Geburtenbilanz (aktuelle Daten).

- Inwieweit wirken sich diese Veränderungsprozesse auf die Gemeinde aus?
- Reaktionen der örtlichen Raumordnung auf diese Veränderungen?
 - Entstehung neuer formeller/informeller Instrumente
 - Daseinsvorsorge, harte Infrastrukturen
 - (Geht es um Auslastung oder um die Qualität der Auswahlmöglichkeit bei der Daseinsvorsorge?)
- Möglichkeiten/Hindernisse/Potenziale der überörtlichen Raumordnung Schrumpfung mit Schrumpfung umzugehen

Strategien im Umgang mit Schrumpfung

Mit dem zunehmenden Rückgang der Wohnbevölkerung wird die Erhaltung von Infrastrukturen und Einrichtungen oft schwierig – Thema: Minimalauslastung etc. Gibt es seitens der Gemeinde bestimmte Strategien, mit denen versucht wird die Daseinsvorsorge darauf auszurichten bzw. zu erhalten?

Für die Bevölkerung – aktive Ansiedlungspolitik für Junge? Anpassung für Ältere? Neuwidmungen für EFH, Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Rückbau von harter/weicher Infrastruktur?

Rückgang der Hauptwohnsitze (aktuelle Daten) aber Zunahme an Wohnungen insgesamt (aktuelle Daten)

Für die Wirtschaft - aktive Ansiedlungspolitik von externen Wirtschaftstreibende, Förderung von nicht-lokalen/nicht-regionalen Unternehmen, Förderung von endogenen Wirtschaftstreibenden, neue Wirtschaftszweige schaffen, Förderprogramme entwickeln?

Konzentration in Zentren

- Forcierung von Konzentration in Zentren
- Gemeindegebiet als Ganzes erhalten oder Förderung von Zentrenstärkung?
 - Investitionen zurückgenommen, erhöht in Zentren

Kooperationen um mit Schrumpfung umzugehen

- Horizontale Kooperation:
 - mit anderen Gemeinden, wenn ja, warum,
 - welche Bereiche werden in Absprache mit den anderen Kommunen geteilt
 - Kinderbetreuung, Wirtschaftszone
 - Entscheidungsprozess, ob kooperiert wird, wann etwas wo hinkommt?
 - Welche Rolle übernimmt der Planungsverband?
- Vertikale Kooperation:

- Unterstützung der anderen Raumordnungsebenen (Land, Bund) bei der Umsetzung der verfolgten Strategie?
- Absprache über langfristige Entwicklung?
- Gemeinsamkeiten oder Unterschiede auf den unterschiedlichen Ebenen?

Inwieweit würden Sie sagen, dass es für Gemeinden mit schrumpfender Entwicklung eine einheitliche Strategie gibt/braucht?

Schrumpfung gemeinsam planen

- Inwieweit sehen Sie **die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Planungsebenen** als vor- bzw. nachteilig für den Umgang mit Schrumpfung?
- Inwieweit sehen Sie **rechtliche Rahmenbedingungen der Raumplanung** als förderlich/hinderlich, um trotz Schrumpfung zukunftsfähig zu bleiben?
- **Partizipation**
Bevölkerung notwendig? Bewusstsein schaffen für Veränderungen aufgrund von Schrumpfungprozessen?

Derzeit wird wieder sehr viel über die Abwanderung auch medial berichtet und ganz unterschiedliche Vorschläge wie beispielsweise die sukzessive **Absiedelung oder die Verlagerung von öffentlichen Einrichtungen in den ländlichen Raum**. Welche Ziele setzen Sie sich für die **Entwicklung in Hopfgarten in den nächsten 30 Jahren** und wie gilt es diese zu erreichen?

Wachstum in der Raumordnung

In der Wissenschaft und im Bereich der Nachhaltigkeit wird derzeit wieder verstärkt darüber diskutiert, ob es nicht auch wachstumsfreie Entwicklung geben soll, da der natürlichen Ressourcenverbrauch viel zu hoch ist und die Ressourcen nicht unendlich sind.

- Inwieweit sehen Sie es als Möglichkeit für Ihre Gemeinde eine wachstumsunabhängige Entwicklung zu forcieren?
- Welche Rolle hat Wachstum für die Entwicklung im Allgemeinen?
- Für die örtliche Raumordnung im Speziellen?

Kritik ist immer wieder auch, dass es Wachstumszwänge gibt, die dazu führen, dass Wachstum (Bevölkerung und/oder Wirtschaft) passieren muss, um den Status Quo überhaupt zu erhalten. Sehen Sie selbst Wachstumszwänge in der örtlichen Raumordnung?

- Wachstum wird politisch als positiv dargestellt
- Steuern, die durch Wachstum höher ausfallen

Beispiele für Projekte die eine wachstumsfreie Entwicklung fördern:

- Alternativwährungen zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft
- Räume für konsumunabhängige Projekte – 2nd Hand Geschäfte, Tauschbörsen
- Räume für soziale Innovationen
- Kooperativen, Förderung von Allmenden
- Einbindung der lokalen Bevölkerung im Dorf (aktive Nachbarschaftshilfe, Vereine)
- Regionale Wirtschaftskreisläufe

Inwieweit sehen Sie solche Projekte als zunehmenden Ersatz der rückgängigen Daseinsvorsorge? Oder tatsächlich Projekte im Sinne von Postwachstum?

Leitfaden Interviews regionale Ebene

Einführung

- Beschreibung der Arbeit
- Vorstellung und Skizze der Aufgabenbereiche

Veränderung Arbeitsprozess

Wirft man einen Blick auf die Bevölkerungszahlen In Osttirol zeigen die Bevölkerungszahlen seit den 1980er Jahren zwar ein Wachstum der Bevölkerung (1981: 47.494, 2017:48.879), jedoch betrifft der Wachstum nur einige Gemeinden. Andere hingegen schrumpfen kontinuierlich.

- Inwieweit ist es die Aufgabe der Abteilung diese Prozesse mitzudenken?
- Wie wird darauf reagiert?
 - Entstehung neuer formeller/informeller Instrumente
- Möglichkeiten/Hindernisse/Potenziale mit Schrumpfung umzugehen

Strategien im Umgang mit Schrumpfung

Mit dem zunehmenden Rückgang der Wohnbevölkerung wird die Erhaltung von Infrastrukturen und Einrichtungen oft schwierig – Thema: Minimalauslastung etc. Inwieweit übernimmt die Regionalentwicklung hier auch Projekte für die harte und weiche Infrastruktur (Daseinsvorsorge)?

Für die Bevölkerung – aktive Ansiedlungspolitik für Junge? Anpassung für Ältere? Neuwidmungen für EFH, Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Rückbau von harter/weicher Infrastruktur?

Für die Wirtschaft - aktive Ansiedlungspolitik von externen Wirtschaftstreibende, Förderung von nicht-lokalen/nicht-regionalen Unternehmen, Förderung von endogenen Wirtschaftstreibenden, neue Wirtschaftszweige schaffen, Förderprogramme entwickeln?

Konzentration in Zentren

- Forcierung von Konzentration in Zentren in der Region durch die Regionalentwicklung
- Region als Ganzes erhalten oder Förderung zur Zentrenstärkung?
 - Investitionen zurückgenommen, erhöht in Zentren

Kooperationen um mit Schrumpfung umzugehen

- Horizontale Kooperation:
 - mit anderen Sachbereichen, wenn ja, warum?
 - Einbindung der Gemeinden zur Förderung der Kooperation der Gemeinden?
 - Unterschiedliche Aufgabenbereiche und Ansätze auf den unterschiedlichen Ebenen?
 - Welche Rolle übernimmt der Planungsverband?
- Vertikale Kooperation:
 - Unterstützung weiterer Ebenen wie Gemeinden (Land, Bund) bei der Umsetzung der verfolgten Strategie?
 - Absprache für langfristige Entwicklung?
 - Unterschiedliche Aufgabenbereiche und Ansätze auf den unterschiedlichen Ebenen?

Inwieweit würden Sie sagen, dass es für Gemeinden und Regionen mit schrumpfender Entwicklung eine einheitliche Strategie gibt/braucht?

Schrumpfung gemeinsam planen

- Inwieweit sehen Sie **die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Fachbereiche** als vor- bzw. nachteilig für den Umgang mit Schrumpfung?
- Inwieweit sehen Sie **rechtliche Rahmenbedingungen innerhalb der Regionalentwicklung** als förderlich/hinderlich, um trotz Schrumpfung zukunftsfähig zu bleiben?
- **Partizipation**
Bevölkerung notwendig? Bewusstsein schaffen für Veränderungen aufgrund von Schrumpfungprozessen?

Derzeit wird wieder sehr viel über die Abwanderung auch medial berichtet und ganz unterschiedliche Vorschläge wie beispielsweise die sukzessive **Absiedelung oder die Verlagerung von öffentlichen Einrichtungen in den ländlichen Raum**. Welche Ziele setzen Sie sich für die Entwicklung in Osttirol in den nächsten 30 Jahren und wie gilt es diese zu erreichen?

Wachstum in der Raumordnung

Aufgrund von Klimawandel und Übernutzung der Ressourcen da der natürliche Ressourcenverbrauch zu hoch ist und die Ressourcen nicht unendlich sind. Inwieweit sehen sie wachstumsfreie Entwicklung – mit dem Fokus auf Suffizienz und Selbstversorgung –als Möglichkeit im Deferegental?

Beispiele für Projekte die eine wachstumsfreie Entwicklung fördern:

- Alternativwährungen zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft
- Räume für konsumunabhängige Projekte – 2nd Hand Geschäfte, Tauschbörsen
- Räume für soziale Innovationen
- Kooperativen, Förderung von Allmenden
- Einbindung der lokalen Bevölkerung im Dorf (aktive Nachbarschaftshilfe, Vereine)
- Regionale Wirtschaftskreisläufe

Inwieweit sehen Sie solche Projekte als zunehmenden Ersatz der rückgängigen Daseinsvorsorge?

- Inwieweit sehen Sie es als Möglichkeit für das Deferegental eine wachstumsunabhängige Entwicklung zugunsten einer ressourcenschonenden Entwicklung zu forcieren?
- Welche Rolle hat Wachstum für die Regionalentwicklung und deren Ziele (Indikatoren) im Speziellen?

Kritik ist immer wieder auch, dass es Wachstumszwänge gibt, die dazu führen, dass Wachstum (Bevölkerung und/oder Wirtschaft) passieren muss, um den Status Quo überhaupt zu erhalten. Welche Gründe erkennen sie für diese Kritik und wo würden sie widersprechen?

- Wachstum wird politisch als positiv dargestellt
- Steuern, die durch Wachstum höher ausfallen

Leitfaden Interview ÜÖ RO

Einführung

- Beschreibung der Arbeit
- Vorstellung und Skizze der Aufgabenbereiche

Veränderung Arbeitsprozess

Wirft man einen Blick auf die Bevölkerungszahlen In Osttirol zeigen die Bevölkerungszahlen seit den 1980er Jahren zwar ein Wachstum der Bevölkerung (1981: 47.494, 2017:48.879), jedoch betrifft der Wachstum nur einige Gemeinden. Andere hingegen schrumpfen kontinuierlich.

- Inwieweit sind diese Veränderungen auch Thema in der überörtlichen Raumordnung und werden diese Prozesse für langfristige Entwicklungen mitgedacht?
- Wie wird darauf reagiert?
 - Entstehung neuer formeller/informeller Instrumente
- Möglichkeiten/Hindernisse/Potenziale seitens der überörtlichen RO und deren Instrumente mit Schrumpfung umzugehen

Strategien im Umgang mit Schrumpfung

Mit dem zunehmenden Rückgang der Wohnbevölkerung wird die Erhaltung von Infrastrukturen und Einrichtungen oft schwierig – Thema: Minimalauslastung etc. Welche Strategien verfolgt die überörtliche RO im Bereich der Daseinsvorsorge?

Welche Strategien werden...angedacht

Für die Bevölkerung – aktive Ansiedlungspolitik für Junge? Anpassung für Ältere? Neuwidmungen für EFH, Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Rückbau von harter/weicher Infrastruktur?

Welche Strategien werden...angedacht

Für die Wirtschaft - aktive Ansiedlungspolitik von externen Wirtschaftstreibende, Förderung von nicht-lokalen/nicht-regionalen Unternehmen, Förderung von endogenen Wirtschaftstreibenden, neue Wirtschaftszweige schaffen, Förderprogramme entwickeln?

Häufig ergeben sich für Gemeinden finanzielle Probleme aufgrund der rückgängigen Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung. Welche Strategien seitens der üö RO werden hier verfolgt, um den finanziellen Druck der Gemeinden zu verringern?

Leerstand?

Konzentration in Zentren

- Forcierung von Konzentration in Zentren in der Region durch die Regionalentwicklung
- Region als Ganzes erhalten oder Förderung zur Zentrenbildung?
 - Investitionen zurückgenommen, erhöht in Zentren

Kooperationen um mit Schrumpfung umzugehen

- Horizontale Kooperation:
 - mit anderen Sachbereichen, wenn ja, warum,
 - Einbindung der Gemeinden zur Förderung der Kooperation der Gemeinden?
 - Unterschiedliche Aufgabenbereiche und Ansätze auf den unterschiedlichen Ebenen?
 - Welche Rolle übernimmt der Planungsverband?

- Vertikale Kooperation:
 - Unterstützung weiterer Ebenen wie Gemeinden, Bund) bei der Umsetzung der verfolgten Strategie?
 - Absprache für langfristige Entwicklung?
 - Unterschiedliche Aufgabenbereiche und Ansätze auf den unterschiedlichen Ebenen?

Inwieweit würden Sie sagen, dass es für Gemeinden und Regionen mit schrumpfender Entwicklung eine einheitliche Strategie gibt/braucht?

Schrumpfung gemeinsam planen

- Inwieweit sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Fachbereiche als vor- bzw. nachteilig für den Umgang mit Schrumpfung?
- Inwieweit sehen Sie rechtliche Rahmenbedingungen innerhalb der Raumordnung als unterstützend, um zukunftsfähig zu bleiben?
- Partizipation
Bevölkerung notwendig? Bewusstsein schaffen für Veränderungen aufgrund von Schrumpfungprozessen?

Derzeit wird wieder sehr viel über die Abwanderung auch medial berichtet und ganz unterschiedliche Vorschläge wie beispielsweise die sukzessive **Absiedelung oder die Verlagerung von öffentlichen Einrichtungen in den ländlichen Raum. Welche Ziele setzen Sie sich für die Entwicklung in Osttirol in den nächsten 30 Jahren und wie gilt es diese zu erreichen?**

Wachstum in der Raumordnung

Aufgrund von Klimawandel und Übernutzung der Ressourcen da der natürliche Ressourcenverbrauch zu hoch ist und die Ressourcen nicht unendlich sind. Inwieweit sehen sie wachstumsfreie Entwicklung – mit dem Fokus auf Suffizienz und Selbstversorgung –als Möglichkeit im Defereggental?

Beispiele für Projekte die eine wachstumsfreie Entwicklung fördern:

- Alternativwährungen zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft
- Räume für konsumunabhängige Projekte – 2nd Hand Geschäfte, Tauschbörsen
- Räume für soziale Innovationen
- Kooperativen, Förderung von Allmenden
- Einbindung der lokalen Bevölkerung im Dorf (aktive Nachbarschaftshilfe, Vereine)
- *Regionale Wirtschaftskreisläufe*

Inwieweit sehen Sie solche Projekte als Potenzial/zunehmenden Ersatz der rückgängigen Daseinsvorsorge?

- Inwieweit sehen Sie es als Möglichkeit für das Defereggental eine wachstumsunabhängige Entwicklung zugunsten einer ressourcenschonenden Entwicklung zu forcieren?
- Welche Rolle hat Wachstum für die überörtliche Raumordnung und deren Ziele (Indikatoren) im Speziellen?

Kritik ist immer wieder auch, dass es Wachstumszwänge gibt, die dazu führen, dass Wachstum (Bevölkerung und/oder Wirtschaft) passieren muss, um den Status Quo überhaupt zu erhalten. Welche Gründe erkennen sie für diese Kritik und wo würden sie widersprechen?

III Kurzfassung/Abstract

Im Rahmen der Masterarbeit werden am Beispiel des Bezirks Osttirols die Wahrnehmungen von und möglichen Strategien im Umgang mit Schrumpfung bei den raumordnerischen EntscheidungsträgerInnen aufgezeigt. Die theoretischen Überlegungen bauen auf den wissenschaftlichen Forderungen auf, dass sich die Raumordnung in der Praxis intensiv mit Schrumpfung auseinandersetzen muss, ihre facheigene Wachstumsbefangenheit abzulegen hat und Schrumpfung als Entwicklung nicht tabuisiert werden darf. Mittels einer quantitativen Strukturdatenanalyse der 33 Osttiroler Gemeinden und sechs leitfadengestützten Interviews mit den AkteurInnen der Raumordnung der relevanten Ebenen (örtlich, regional, überörtlich) wurde deutlich, dass, trotz der derzeitigen Schrumpfungsprozesse in den Gemeinden, die Wahrnehmung zwar häufig negativ ist, jedoch die Strategien nicht zwangsweise wachstumsbefangen sind. Viel eher wurden unterschiedliche Strategien sichtbar, welche je nach Aufgabenbereich von den jeweiligen AkteurInnen verfolgt werden. Zum Abschluss wurden einerseits Handlungsempfehlungen für die drei Ebenen entwickelt, um mit den derzeitigen Herausforderungen besser umgehen zu können. Andererseits wurden Empfehlungen entwickelt, welche über die Ebenen der Raumordnung hinausgehen, da die Schrumpfung in ländlich-peripheren Gebieten, wie gezeigt wird, das derzeitige Raumordnungssystem im Allgemeinen auf die Probe stellt.

The present master's thesis deals with the perceptions of shrinkage and possible strategies to cope with it among the spatial decision-makers using the example of the Tyrolean district of Osttirol. The theoretical framework is based on the scientific demand that spatial planning must also deal with shrinkage and should not only focus on growth in all regions while shrinkage remains a taboo or is being ignored. Through a quantitative structural data analysis of the 33 municipalities in Osttirol and six guideline-based interviews with the main actors of spatial planning of the relevant levels (local, regional, supra-local) it became clear that, despite the current shrinking processes in the municipalities, the perception of shrinkage is often negative, yet the strategies are not necessarily growth-oriented. Indeed, the thesis shows that, depending on the respective spatial planning level and task area, actors pursue different strategies. Finally, recommendations for the three levels were developed to deal with the current challenges in a well-coordinated way. Since the shrinking process in rural-peripheral areas also tests the current spatial planning system in general, recommendations that go beyond the mentioned spatial planning levels were also developed.